



werden, was ihnen unbedingt zukommt. Da war es nun an dem preussischen Abgeordnetenhaus, seinerseits der preussischen Regierung, dieser eigentlichen Gegnerin der Reichstagsforderungen, mit aller Entschiedenheit zu sagen: Auch wir verlangen die Besserstellung der gehobenen Unterbeamten.

Hätte sich der Landtag in seiner Wehrheit auf diesem, eines ernsthaft zu nehmenden Parlaments einzig würdigen Standpunkt gestellt, so wäre sicherlich der Widerstand der Bundesländer Regierungen zu brechen gewesen. Aber sämtliche bürgerliche Parteien im Dreiklassenparlament knieten vor dem Widerstand der Regierung zusammen und vollendeten damit die Preisgabe der gehobenen Unterbeamten, deren Zahl sich ja in Preußen auf viele Zehntausende beläuft. Sie bestärkten damit die Reichsregierung in ihrer Bosheitspolitik, nur die Landbriefträger zum Trügerlügen ihrer Obstruktion zu machen. Wenn jetzt nicht nur die gehobenen Unterbeamten in Preußen und im Reich, sondern auch die Landbriefträger die Gevrellten sind, so trägt nächst dem konservativ-liberalen Umfällblock des Reichstags die kompakte bürgerliche Masse der Dreiklassenmänner dafür die Verantwortung!

Die Interessen dieser Beamtenkategorien sind schon geopfert, bevor noch die zweite und dritte Lesung im Plenum stattgefunden, ja bevor noch die verstärkte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses ihre Arbeit begonnen hat. Denn das diese auch nicht im Traume daran denkt, an der Regierungsvorlage irgend etwas Wesentliches zu ändern, liegt auf der Hand.

Man vergegenwärtige sich nur die Art, wie die Befoldungsnobelle Juni durchgepeitscht werden soll. Am 9. Juni soll das Plenum wieder mit den Beratungen beginnen. Am 13. Juni soll die Session spätestens vertagt werden, nachdem die Befoldungsnobelle vorher verabschiedet ist. Am 8. Juni aber erst wird die verstärkte Budgetkommission zusammentreten, um pro forma den Regierungsentwurf durchzubetiteln! Was das für eine Beratung sein wird, ergibt sich schon daraus, daß nicht weniger als 350 Petitionen der verschiedensten Beamtenkategorien vorliegen — abgesehen von den diversen hundert Petitionen, die die Ortsklasseneinteilung betreffen. Daß in den paar Stunden, die der Kommission zur Verfügung bleiben, das Vierteltausend Petitionen der Beamten gründlich durchgeprüft werden könnte, wird man ja wohl keinem Beamten weis machen wollen! Dazu gehörten wochenlange Tagungen. Man wird die Wünsche und Beschwerden der Beamten eben einfach in Haufen und Bogen abtun und dann feilenruhig im Papierkorb verschwinden lassen.

Wenn es hoch kommt, wird man eine ähnliche Resolution annehmen, wie sie der Kompromißblock im Reichstage vorgeschlagen hat: daß nämlich die Gehälter der gehobenen Unterbeamten wenigstens im Jahre 1916 aufgebessert werden möchten. Selbst wenn die preussische Regierung keinen Einspruch gegen diesen Beschluß erheben sollte, fehlen alle Garantien, daß nun wenigstens in zwei Jahren die nur zu berechtigten Wünsche der gehobenen Unterbeamten Befriedigung finden werden. Denn wie schon Genosse Ströbel in seiner Rede hervorgehoben hat, läuft im Jahre 1917 ja ohnehin die in Aussicht genommene Weltungsdauer für die im Jahre 1909 geschaffene Befoldungsreform ab. Was liegt da näher, als der Vorwand der Regierung, nun mit der Regelung der Gehälter der gehobenen Unterbeamten auch noch ein oder zwei Jahre zu warten, bis die allgemeine „organische“ Regelung der Beamtenbefoldungsverhältnisse fällig wird. Sollte bis dahin obenstehend eine unangünstige wirtschaftliche Konjunktur die Eisenbahnüberschüsse vermindern oder auch nur eine neue Militär- oder Marineverlehnung die Finanzkräfte des Reiches in Anspruch nehmen, so würden die Versprechungen unserer Kompromißpartei vollends uneingelöste Wechsel bleiben!

Kaum jemals lag die Situation für die Parlamente so klar, kaum je waren ihnen die Richtlinien ihres Verhaltens so unübersehbar vorgezeichnet, wie bei der diesmaligen Befoldungsfrage. Was im Reichstage Kommission und Plenum einstimmig als durchaus maßvolle, aber darum auch unbedingt zu vertretende Mindestforderung aufgestellt hatten, das mußte auch mit aller Energie der Regierung gegenüber vertreten werden. Jedes Zurückweichen vor dem Nein der Regierung bedeutete im Reichstage wie im preussischen Abgeordnetenhaus nichts als das blamable Eingeständnis, daß es den Kompromißpartei im Ernste ja gar nicht um die Durchsetzung ihrer Forderungen zu tun war, sondern daß es sich eben nur um das famose „theoretische“ Wettrennen um die Gunst der Beamten handelte!

Das feste Verharren auf den gestellten Forderungen hätte eine um so selbstverständlichere Pflicht der Parteien sein müssen, als es sich ja in Wirklichkeit gar nicht um Kleinausgaben gehandelt hätte. Der Freimünderer Deltus selbst führte ja der preussischen Finanzverwaltung zu Gemüte, daß die Aufbesserung der 60 000 gehobenen Unterbeamten in Preußen um je 100 M. nur eine jährliche Mehrausgabe von 6 Millionen verursachen würde, also im Grunde eine Bagatelle für das in Geld schwimmende Preußen. Ebenso lagen die Dinge im Reich. Aber man gab die Beamten preis, weil man im Grunde seines Herzens trotz aller Beamtenfreundlichkeit, von der die Lippen triefen, die verdammte „Begehrlichkeit“ der Beamten verwünschte. Die Regierung hatte ja die tieferen Gründe ihres Widerstandes schon verraten. Sie hatte mit dem Jauchzettel darauf hingewiesen, daß die Erhöhung der Beamtengehälter auch für das private Unternehmertum die Gefahr einer Aufbesserung der Privatbeamtengehälter und Arbeiterlöhne nach sich ziehe. Und davor graute den bürgerlichen Parteien, denen ja allesamt die Ausbeuterinteressen unseres Unternehmertums dreimal geliebt sind!

In ihrem bösen Gewissen machen die bürgerlichen Parteien nun die posthume Versuchung, die Schuld für die Freilassung der Beamten von sich und der Regierung auf die Reichstagsmehrheit, speziell die Sozialdemokratie abzumälen. Namentlich die liberale Presse kann sich nicht genug tun in komischsten Ablenkungsmanövern. Statt die Regierung und sich selbst dafür verantwortlich zu machen, daß die Landbriefträger nun einseitig auch um die ihnen zugehörige Gehaltserhöhung gekommen sind, möchten sie die Sozialdemokratie zum Sündenbock machen.

Als ob nicht schon die Haltung der Sozialdemokratie dadurch die glänzendste Rechtfertigung erfahren hätte, daß gerade die beiden Freimünderer, die sich bisher um die Vertretung der Beamteninteressen innerhalb der Reichstagsfraktion das größte Verdienst erworben und den Beamtenorganisationen selbst am nächsten stehen, die Abgeordneten Hubrich und Struve, mit der Sozialdemokratie zusammen gestimmt hatten!

Ebenso wenig wird das „Berliner Tageblatt“ damit haben, daß es sich auf den Tadel bezieht, den — im Wahlkreise Rindow-Bredenberg — eine Anzahl Genossen gegenüber der Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wegen ihres Nichteingehens auf das konservativ-liberale Kompromiß ausgesprochen haben. Diese Genossen, die mit ihrer Auffassung innerhalb der Partei eine ganz verurteilende Minderheit bilden dürften, würden vielleicht anders geurteilt haben, wenn sie ihre Informationen über die Vorgänge nicht aus dem „Berliner Tageblatt“ aus den Parliaments-

berichten und aus den Meinungsäußerungen der Beamten selbst geschöpft hätten. Denn die am unmittelbarsten in Frage kommenden Interessenten, eben die Beamten, billigen durchaus die Haltung, die vom Zentrum und der Sozialdemokratie im Reichstage eingenommen worden ist.

Die „Deutsche Post“, das Organ des weit über 100 000 Mitglieder zählenden Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten, dem auch die Landbriefträger angehören, beschäftigt sich in ihrer Nummer vom 24. Mai mit dem Scheitern der Befoldungsnobelle. Nach einer zusammenfassenden Betrachtung über den Gang der Verhandlungen wird dort ausgeführt:

„Aus all diesen Gründen können wir die Haltung der Reichsregierung nicht begreifen, noch dazu, wo es sich um eine geringe Einkommensverbesserung gering besoldeter Beamten handelt. Wir können nur unsere tiefsten Schmerz und unser tiefstes Bedauern zum Ausdruck bringen, daß wir, wie im Jahre 1909, so auch jetzt wieder, in die unangenehme Lage veretzt sind, das Scheitern unserer Wünsche auf die Haltung der hohen Reichsregierung zurückführen zu müssen.“

Der Verband hätte seinen Grundgedanken ins Gesicht geschlagen, seine Pflicht aufs äußerste vernachlässigt, wenn er untätig zugehört hätte, wie ein großer Teil seiner Mitglieder in seinen berechtigten Interessen eine schwere, nicht wieder gut zu machende Schädigung erlud. Eins war nicht zu übersehen: wurde das Befoldungsgesetz ohne Einbeziehung der Gehobenen verabschiedet, so war das Schicksal der Oberhäufiger aller Wahrscheinlichkeit bis zum Jahre 1918 besiegelt.

Eine andere Organisation, die in einer Situation, wie der diesjährigen, eine andere Politik eingeschlagen hätte, wie sie der Verband im Interesse der Oberhäufiger eingeschlagen hat, wäre nicht wert, sich als eine Ständesorganisation zu bezeichnen. Eine Organisation, die bei einer derartig selbstverständlichen Politik, bei dem geringsten Hindernis zusammenknicken wollte, hätte ebenfalls ihren Verfall verfehlt, denn gerade bei der Überwindung von Schwierigkeiten und Hindernissen ist die Kraft der Organisation, soweit sie sich in zulässigen und gesetzmäßigen Grenzen betätigen kann, in Anwendung zu bringen. Darum war es eine Ehrenpflicht für den Verband, nachdem er sich in seinen Wünschen und Forderungen das äußerste Maß von Zurückhaltung auferlegt hatte, nicht von der Seite des Reichstages zu weichen, der um unserer willen in einen Gegenstand zur Regierung geraten war. Ebenso wenig wie dem Reichstage ist es uns auch nur einen Augenblick in den Sinn gekommen, daß an der Revolte für die Oberhäufiger das ganze Gesetz scheitern könnte. Und als die dunklen Wolken einer drohenden Katastrophe wider Erwarten sich dennoch über unseren Häuptern zusammenzogen, vermochten wir vorderhand an einen schlimmen Ausgang nicht zu glauben. Wir verdoppelten unsere Kraft, wir wurden nicht müde, in unseren Vermählungen für das Zustandekommen des Gesetzes bei den Parteien zu werben, für das Zustandekommen in einer für uns annehmbaren, das heißt, in einer die Interessen der Landbriefträger und Oberhäufiger gleichmäßig sicherstellenden Form. Wir gaben den Parteien zu verstehen, daß wir zur Vermeidung jedweder, auch nur vorübergehender Schädigung der Landbriefträger und zur Rettung damit einverstanden wären, das Gehalt der Oberhäufiger erst vom 1. April 1915 zu erhöhen. Wir machten dies Zugeständnis in letzter Stunde, um zu retten, was zu retten war, um die Aufbesserung der Landbriefträger nicht zu gefährden und die Aufbesserung der Oberhäufiger für 1915 zu sichern. Auch das war nicht zu erreichen.

In dem Bewußtsein, in schwieriger Stunde auf schwierigem Posten seine Pflicht getan zu haben, legt der Verband seinen Kurs fort in der Gewißheit, daß der Erfolg nur noch eine Frage von wenigen Monaten ist.

Der Landbriefträger, der einige Monate länger auf das höhere Gehalt wartet, wird das tun in dem Bewußtsein, daß er wie der Postbote und Schaffner seine Aufbesserung der Wirksamkeit des Verbandes zu danken hat, und daß es für alle unteren Beamten unter Umständen von verhängnisvollster Wirkung hätte sein können, wenn die Möglichkeit bestehen geblieben wäre, die Oberhäufiger erst 1915 aufzubessern.

Das ist eine glatte Wulst der Kompromißpartei und eine völlige Rechtfertigung der Haltung der Sozialdemokratie.

## Neue Scharfmacherei im Herrenhause.

Langsam und langweilig schleppte sich in den ersten Stunden am Donnerstag im Hause der geborenen Gesetzgeber die Staatsberatung weiter. Leben kam erst in die Hude beim Etat des Ministeriums des Innern. Hier ritt ein Junker Puttkamer (der Name sagt alles!) in die Schranken, um das, was am Mittwoch von der Sozialdemokratie etwa noch am Leben geblieben war, nunmehr vollends in den Sand zu streuen. An derthalb Stunden weiter und suchte der Mann aus Weidewerk so ziemlich gegen alles: der vom Minister tags zuvor angekündigte umfassende „Schutz der Arbeitswilligen“ auf dem Verwaltungsweg genügt dem Herrn keineswegs — ein besonderes Ausnahmengesetz muß geschaffen werden, um die Gewerkschaften auf die Anie zu zwingen. Die Freimünderer, die mit der Sozialdemokratie hier und da paktiert haben, sind Verräter an der gemeinsamen bürgerlichen Sache; in Baden und Bayern hat sich der ganze Liberalismus mit Haut und Haaren den roten verschrieben. Das preussische Wahlrecht ist das festeste Bollwerk gegen den Umsturz; es darf unter keinen Umständen angefaßt werden. Der Minister, der die Hand dazu löste, in Preußen das Reichstagswahlrecht einzuführen, müsse, nach einem Rantewort, „an die nächste Laterne gehängt“ werden. „Standalös und frech“ sei die antimonarchische Demonstration der Sozialdemokratie beim Reichstagschluß gewesen; die Sozialdemokratie hefe auf der ganzen Linie zu „Trennung und Landesverrat“. Schlimme Dinge sind auch das Wahllosgesetz, das Mäntelgesetz für den Reichstag und der Ansturm des Interpellationsrechts im Reichstage; die kleinen Anfragen bedeuten direkt Umsturz, ebenso die Einsetzung der Kommission für die Prüfung der Rüstungslieferungen. An so große Dinge wie die Einführung der Verfassung für Elsaß-Lothringen, die Wöberung einiger Paragraphen des Militärstrafgesetzbuches, das Dedungsgesetz zur Wehrvorlage und Wendels hochherrlicher Ruf „Vive la France“ mag Herr von Puttkamer nicht einmal denken. Paul Göhre, ein ehemaliger Pastor, hat aufgefodert, „in Gottes Namen Rom zu schmeißen“; einen Parteigenossen dieses Vorbis, den Scheidemann, haben sogar Nationalliberale zum Vizepräsidenten des Reichstages gewählt. Das furchtbare aber ist in Basel geschehen: dort haben Leute mit Namen wie Rosenstein, Cohn, Frank, Arons, Heumann, Davidsohn, Stadthagen, Feuerstein und Bernstein unter Glockengeläute in eine christliche Kirche ziehen und dort Brand-

reden halten dürfen. Auch die Königin Luise wird immer noch von der Sozialdemokratie geschmäht. Kurz: es ist eine ganz schreckliche Zeit! Der einzige Lichtblick ist die Verurteilung der „wildesten Heherin“, einer russisch-polnischen Jüdin“ mit Namen Rosa Luxemburg. Diese Verurteilung war zwar noch lange nicht scharf genug, hat aber immerhin geradezu erfrischend und lustreinigend gewirkt. Jetzt muß noch ihr Verteidiger, „der süßliche Rechtsanwalt Rosenfeld“, gepödt werden. Auch den Scheidemann hätte man nach seiner „skandalösen Pariser Hejrede“ sofort „scharf anpacken“ sollen. Daß man die „blutroten Reden struppeliger Hejer“ jetzt sogar dumm duldet, wenn sie unter freiem Himmel gehalten werden, versteht Herr von Puttkamer nun schon gar nicht. „Uns fehlt ein Bismard, der den Mut zu einem Sozialistengesetz hatte. Vor lauter Überlegen kommen wir zu keinem Entschluß! Mit aller Macht müssen wir der drohenden Revolution entgegenzutreten.“

Herr von Voebell deutete in seiner Antwort zart an, daß er nicht über Lust habe, der von dem Puttkamer herbeigeführte „neue Bismard“ zu werden und wenn es nötig sei, auch „auf dem Wege der Gesetzgebung“ gegen den Umsturz anzukämpfen. . . .

Der Schluß der Sitzung war dann friedlicher; ihn füllten Erörterungen über die Homöopathie, die Impffrage und das Salvarjan ans. Am Freitag soll die Staatsberatung zu Ende gehen.

## Zum Kampfe ums Koalitionsrecht.

Die sächsische Regierung müßt sich im Schweiße ihres Angesichts ab, eine Verordnung zu erlassen, die das Streikpostenwesen unmöglich machen soll. Es soll in dieselbe die Belästigung von Arbeitswilligen und anderen Personen auf öffentlichen Plätzen und Straßen durch Ansprechen oder augenfällige Begleitung verboten und den Polizeibeamten das Recht zugesprochen werden, solche „Belästiger“ fortzuweisen. Dann heißt es in dem Entwurf weiter:

„Müssen Streikposten wegen derartiger Belästigungen fortgewiesen werden, oder ist durch Streikposten eine unmittelbare Störung der öffentlichen Ordnung zu erwarten, so kann die Polizeibehörde nach Lage des Falles die Aufstellung von Streikposten verhindern oder für die Dauer des betreffenden Streikes ganz verbieten.“

Dieser Entwurf wird wohl Entwurf bleiben, weil er noch klarer als die bekannte Lübecker Verordnung, deren Rechtsunmöglichkeit vom Reichsgericht anerkannt wurde, das Koalitionsrecht verletzt und deshalb ungültig ist.

Die sächsische Regierung demittiert, daß sie eine solche Verordnung erlassen wolle. Sie sagt:

„Tatsächlich steht der Erlaß einer Verordnung bevor, doch sie hat einen ganz anderen Sinn. Es wird in der Verordnung ausdrücklich bestimmt werden, daß die Polizeibehörde sich in gewerbliche Streikigkeiten, insbesondere Streiks und Aussperrungen nicht einzumischen hat, sondern nur mit strenger Unparteilichkeit darauf sehen soll, daß die öffentliche Ordnung nicht gefährdet, namentlich niemand an Leben und Gesundheit beeinträchtigt werde, Eigentumschädigungen und andere strafbare Handlungen verhindert und die Freiheit und Sicherheit des öffentlichen Verkehrs, besonders nach und von der Arbeitsstelle, in jeder Hinsicht geschützt werde. Auch wird die Bestimmung vorgesehen sein, daß die Aufstellung von Streikposten auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen und Wasserzweigen an sich nicht zu beanstanden sei, wenn sie den freien Verkehr nicht beeinträchtigt und sich darauf beschränkt, die Arbeitsverhältnisse zu beobachten, ohne daß hierbei Personen belästigt werden. Die Verordnung gibt dann einzelne Vorschriften, Ausschreitungen zu begegnen. Sie wird zu dem besonderen Zweck erlassen, den Polizeibehörden ein rein paritätisches Verhältnis zu erleichtern, wodurch einerseits den Schwierigkeiten, die die Polizeibehörden geneigt seien, das Streikrecht zu verflummern, und andererseits den Klagen, daß die Arbeitswilligen nicht genügenden Schutz haben, begegnet werde.“

Warten wir ab, wie die „paritätische“ Verordnung ausfallen wird.

Die preussische Polizeiverordnung, auf die der damalige Minister des Innern v. Dollwitz im Abgeordnetenhaus als eine vorbildliche hinwies, unterlag am 18. d. M. der Nachprüfung des Kammergerichts. Es handelt sich um die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen vom 11. Juli 1908. Sie ist so weit rechtlich ungültig erklärt, als sie über die allgemein bekannnten sogenannten Straßenzugspolizeiverordnungen hinausgeht.

Diese Verordnung bestimmt in § 1:  
„Den Anordnungen der polizeilichen Aufsichtsbeamten, die a) zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung, insbesondere zum Schutze der Person und des Eigentums, b) zur Erhaltung der Ruhe, Sicherheit, Ordnung und Bequemlichkeit des Verkehrs auf den öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder Wasserstraßen getroffen werden, ist Folge zu leisten.“

Wegen Übertretung dieser Verordnung, und zwar des § 1a, waren eine Reihe Landbesitzer aus der Gegend von Baderborn (Reifenschnieder und Genossen) angeklagt worden. Es handelte sich um einen Vorgang bei dem Schauffliegen eines Aviatisier-Volzeiländerseits war eine sehr sehr große Fläche abgesperrt worden, zu der auch Kecker der Angeklagten gehörten. Die Angeklagten hatten sich nun trotz der Sperrung auf ihre Kecker begeben und sich trotz Aufforderung nicht von ihren Keckern entfernt. Darin wird die Straftat gesehen. Da es sich nicht um öffentliche Straßen oder Plätze handelte, konnte natürlich die Vorschrift unter § 1b nicht zur Anwendung kommen. Die Strafkammer in Baderborn verurteilte aber die Angeklagten aus § 1a der zitierten Verordnung, weil sie nicht befolgt hätten die Aufforderungen polizeilicher Aufsichtsbeamten, die zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, insbesondere zum Schutze der Person und des Eigentums ergangen seien.

Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob am 18. d. M. das landgerichtliche Urteil auf und sprach die Angeklagten frei. Begründend wurde ausgeführt:

Die hier angewandte Bestimmung des § 1a müsse als ungültig erachtet werden. Es fehle dieser Bestimmung, die allgemein von Anordnungen zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung, insbesondere zum Schutze der Person und des Eigentums handele, an einem Rechtsboden, § 10, Teil 2, Titel 17 des Allgemeinen Landrechts könne sie nicht stützen. Die Bestimmung würde wäre sie gültig, in der Aneipe, wenn ihm das Bier nicht gut genug erscheine, sich in die Verkaufsgeschäfte des Gastwirts einmischen

Der Wendarm, vielleicht ein Pferdewarmer, könnte auf dem Pferde-  
markt dazu kommen, zum Schutze des Eigentums im Interesse  
der öffentlichen Ordnung den Verkauf bestimmter Pferde zu ver-  
bieten. Die Bestimmung in § 1a geht also viel zu weit. Wollte  
man eine solche Vorschrift für gültig ansehen, dann würde man  
sicherlich doch aus dem Rechtsstaat zum Polizeistaat gelangen.  
Rangels der Gültigkeit des § 1a seien die Angeklagten frei-  
zusprechen.

Was die Bestimmung des § 1b der Verordnung angeht, so  
sind solche Vorschriften allerdings als gültig anzusehen und ja auch  
immer als gültig erachtet worden. Anordnungen im Sinne des  
§ 1b, die zur Erhaltung der Sicherheit, Ordnung und Leichtigkeit  
des Verkehrs auf öffentlichen Straßen und Plätzen ergehen, seien  
zu befolgen. Diese Bestimmung werde durch § 6b des Polizeiver-  
waltungsgesetzes gestützt und auch der § 266 Ziffer 10 des Straf-  
gesetzbuchs erwähne Polizeiverordnungen dieser Art. Bei Anord-  
nungen in dem Sinne handele es sich ja auch immer bloß um ein  
Interimsmaß im Strafverfahre, um augenblickliche verkehrs-  
polizeiliche Anordnungen, um einen geringeren Eingriff. — Anders  
verhalte es sich mit § 1a, wie oben ausgeführt sei.

Die Rechtungsgültigkeitserklärung der Ziffer a der Ver-  
ordnung wird die Gerichte freilich nicht abhalten, die Ziffer b  
gegen Streikposten anzuwenden, sobald der Schutzmann er-  
klärt, er habe die Fortweisung des Postens für nötig erachtet  
zur Erhaltung der Ruhe und Sicherheit, Ordnung oder der  
Bequemlichkeit des Verkehrs. Ob diese Notwendigkeit vor-  
liegt, prüft der Richter nicht nach, da auch des Kammergerichts  
Anschauung des Schutzmanns Majestät in diesen Dingen dem  
Richter eine Nachprüfung verlagern.

## Politische Uebersicht.

### Verhaftung deutscher Fliegeroffiziere.

Russland hat wieder einmal das Vergnügen, zwei deutsche Luft-  
piloten hinter Schloss und Riegel setzen zu können. Sein Triumph  
ist diesmal noch größer, da es sich nicht um private Ballonführer  
oder einen Zivilpiloten handelt, sondern um zwei deutsche Flieger-  
offiziere, die mit einem Militärflugzeug die russische Grenze über-  
flogen haben. Die beiden Offiziere, Hauptmann Schmegeger und  
Oberleutnant Paul, machten auf einem Albatrossdoppeldecker einen  
Flug in der Nähe der russischen Grenze. Sie wurden dabei von  
einem Gewittersturm überrascht und aus dem Kurs getrieben, so  
daß sie die Grenze überflogen. Die Flieger, die vorher durch die  
russischen Grenzposten scharf beschossen worden waren, wurden so-  
fort nach der Landung verhaftet. Jemand etwas Verdächtig haben  
sie nicht getrieben. Aber da sich in ihrem Besitz ein photographischer  
Apparat befand, ein Requisit, das ja ziemlich jeder Militär-  
flieger mit sich führt, werden sie natürlich als der Spionage ver-  
dächtig betrachtet worden.

Uebrigens hat die deutsche Presse nicht den geringsten Anlaß,  
sich gerade in diesem Falle über die eigenartige Gastfreundschaft  
Russlands zu beklagen. Ist doch erst dieser Tage dem französischen  
Zirkusballonfabrikanten Clement Gohard auf deutschem Gebiete min-  
destens ebenso mitgespielt worden. Auch er soll sich dem Verdacht  
der Spionage ausgegesetzt haben, der sicherlich ebenso unbegründet  
ist, als der von Russland den beiden Fliegeroffizieren gegenüber  
gehobte. Dagegen lehnen die sich immer wiederholenden Infor-  
mationen der Flieger über die Grenze und die sich daraus ergebenden  
Verwickelungen, daß es allerhöchste Zeit ist, endlich  
kurzgreifende Remedur einzutreten zu lassen. Entweder  
sollte man in allen Ländern, zumal bei ungünstigem Wetter, alles  
fliegen in der Nähe der Grenze vermeiden, oder aber man sollte  
sich vernünftig sein, die törichte Spionagefurcht aufzu-  
geben und vorsehen, die Grenze überfliegende Fliegeroffiziere  
sollten nach dem üblichen Verfahren sofort wieder nach Austausch der  
Komplimente über die Grenze zurückschicken.

Die unflinchtige Spionagerie und die ewigen Reibungen  
durch die Zufälligkeiten des Luftmilitarismus liefern höchstens dem  
internationalen Chauvinistengefindel Wasser  
auf die Mühle!

### Zammeltrompete.

Vor einigen Tagen erst ließ im Scharflichen "Tag" der Reichs-  
verhandler General v. Liebert seinen Antrag zur Sammlung  
gegen die Sozialdemokratie erschallen. Jetzt kommt die andere  
Seite der Saum noch dem Namen nach bestehenden Reichspartei.  
Herr Dr. Otto Arendt, Mitglied des Reichstags und des preußi-  
schen Landtags, bläst zur Sammlung gegen den roten Feind.  
Arendt sieht in der Neubefestigung des Reichstagspräsidiums das  
Witzel, die bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie zu  
einen: entweder der alte Kampf, der sich durch seinen guten  
Willen und seine christliche Unparteilichkeit im steigenden Maße Schim-  
perbe bei der Rechten des Reichstags erworben, bleibe Präsident  
und man gäbe ihm einen konservativen und einen Nationallibe-  
ralen als Vizepräsidenten bei, oder Paasche erhalte das Präsidium  
und finde sich mit einem Zentrum- und einem konservativen Vize-  
präsidenten ab. Im letzteren Falle komme im Reichstagspräsidium  
der "Arbeitsblock" zum Ausdruck, dem gegenüber die Sozialdemo-  
kraten und der Fortschritt ohnmächtig seien. Der Zweck der Arendt-  
schen Spekulation ist ausgesprochenemachen, die bürgerlichen Par-  
teien gegen die Sozialdemokratie zusammenschweißen. Er sagt  
das in folgenden Ausführungen:

„Das Anwachsen der Sozialdemokratie zwingt die bürger-  
lichen Parteien, ob sie wollen oder nicht, zum Zusammenschluß  
gegen die Umsturzpartei. Die Partei, die beim Kaiserhoch sitzen  
bleibt, darf auch nicht mehr die Förderung erfahren, daß man  
sich mit ihren Verbündeten verbindet. Der Bruch zwischen  
Nationalliberalen und Fortschrittler ist nur dann vermeidbar,  
wenn die Fortschrittler jede Volksgemeinschaft mit der Umsturz-  
partei abweisen. Dieser Zeitpunkt wird einmal kommen, aber  
er ist noch fern. Für die nächsten Wahlen werden die Fort-  
schrittler noch mit den Sozialdemokraten, die Nationalliberalen  
aber wieder mit den Reichsparteien zusammenhängen. Deshalb  
ist das Bündnis zwischen beiden liberalen Parteien für beide  
Teile unnatürlich. Es kann die unüberbrückbaren Gegensätze  
nicht aus der Welt schaffen. Der Feind steht links! — Das  
wird das einheitliche Feldgeschrei der nächsten Wahlen für die  
Rechte und für die Nationalliberalen. Die Präsidentenwahl bei  
Wiederzusammenritt des Reichstags im November wird bereits  
der Auftakt für die allgemeinen Wahlen, die spätestens im Ja-  
nuar 1917 stattfinden müssen — das gibt dieser Präsidentenwahl  
eine besonders große Bedeutung.“

Daß Arendt beim Zentrum und auch bei einem guten Teil der  
Nationalliberalen auf Entgegenkommen rechnen wird, ist nicht zu  
bezweifeln. Die Fuhrmannsche Richtung in der nationalliberalen  
Partei hat von jeher auf dem Standpunkt gestanden, daß ihr  
Platz bei den Konservativen und beim Zentrum ist, und wenn man  
Paasche mit dem Reichstagspräsidium übertrifft, werden auch sie  
keine Einwendungen mehr gegen den Rechtsdemokrat erheben;  
bleiben die ausgesprochenen Jungliberalen, deren etwaiger Protest  
inzwischen nicht weiter zu fürchten ist. Der Bloß der Rechten ist  
Schicksal der Nationalliberalen ist also nicht nur möglich, sondern

sogar wahrscheinlich. Freilich wird auch dieser Bloß den Zweck nicht  
erreichen, dem er dienen soll: die Sozialdemokratie auf ihrem Vor-  
marsch aufzuhalten. Man kann ihr besten Falls wie im Jahre  
1907 eine Anzahl Mandate abjagen, ihre Macht im Volke aber  
vermag man nicht zu schmälern, die wird auch bei jeder kommenden  
Wahl weiterwachsen, und mit dem steigenden Mißverhältnis zwi-  
schen Anhängerschaft im Volke und parlamentarischem Einfluß nur  
den Bankrott der herrschenden Gesellschaft und des Konstitutionalis-  
mus offenbar machen.

### Neue preussische Wahlrechtsproteste.

Im Aielez Wahlkreis fanden am Dienstag und Mittwoch drei  
gut besuchte Wahlrechtsversammlungen statt. Die Referenten er-  
klärten unter Beifall der Versammlung, daß die Zeit gekommen sei,  
wo das Proletariat energisch unter Zuhilfenahme seiner  
wirtschaftlichen Machtmittel den Wahlrechtskampf führen  
müsse.

Im Wahlkreis Solingen hat in den letzten Tagen Genosse  
Scheidemann, der Vertreter dieses Kreises im Reichstage,  
eine Anzahl Versammlungen abgehalten mit dem Thema: „Eine  
neue politische Aera im Reiche“. Genosse Scheidemann unterzog in  
seinem Referat die herrschende Politik einer vernichtenden Kritik;  
und diese Kritik wurde nicht nur unterstrichen durch den unein-  
geschrankten Beifall der Versammlungsbesucher, sie kam auch in den  
Resolutionen zum Ausdruck, die überall von den überfüllten Ver-  
sammlungen einstimmig angenommen wurden. In Bezug auf den  
preussischen Wahlrechtskampf heißt es darin, daß die  
Forderungen auf Einführung des gleichen Wahlrechts für Preußen  
erhöhen werden; auf den Beschluß des Jenaer Parteitages von 1910  
„im Kampfe gegen das Dreiklassenwahlrecht alle Kräfte anzuspannen“,  
wurde mit besonderem Nachdruck verwiesen.

### Das politische Testament des Reichsverbändlers Dr. Ludwig.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie macht be-  
kannt, daß in seinem Verlag soeben eine neue Broschüre er-  
schienen ist, die sich betitelt: „Sozialdemokratischer Terroris-  
mus“. In der Schrift sind 26 angebliche Terroristensfälle  
zusammengetragen. Vermutlich stammt die Substanz noch von  
dem bisherigen ersten Geschäftsführer des Reichsverbandes  
Dr. Ludwig, der neben seinen Titelschachergeheimnissen immer  
noch Zeit genug fand, mit Dred nach der Sozialdemokratie zu  
werfen. Jetzt, wo der Häuptling bürgerlicher Korruption ent-  
larvt und abgetan ist, wird wohl der Reichsverband diese seine  
letzte Schrift mit besonderer Behmut verbreiten. Wie wäre  
es, wenn seine nächste Schrift zur Abwechslung einmal den  
Titel tragen würde: „Der Geschäftsführer des Reichsverbandes  
als Titelschacherer“?

Wie die Reichsverbandsleitung mitteilt, hat sie ihrem  
ersten Geschäftsführer nun doch den Laufpaß gegeben.  
Der Entlassene soll die Absicht hegen, fortan im Ausland  
zu bleiben. Von wegen dem Staatsanwalt?

### Die Weltfremdheit der preussischen Richter

zeigt sich recht drastisch in einem Bescheid, den jetzt das Oberlandes-  
gericht in Düsseldorf gegeben hat.

Ein Arbeiter, schon ziemlich belagert und Ernährer einer recht  
starken Familie, war wegen Diebstahls zu nicht weniger als acht  
Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte fortgesetzt in  
seinem Wittwensgeschirre fleißig Abfälle von Blei und Zinn mit nach  
Hause genommen. Darauf strengte er das Wiederaufnahmever-  
fahren an, mit der Begründung, bei seiner Verurteilung wäre un-  
berücksichtigt geblieben, daß er aus Not gehandelt hat. Wäre er  
nun mit diesem Antrag durchgedrungen, so hätte seine Strafe  
unter Anwendung des sogenannten Notparagrafen mindestens bedeutend  
gemildert werden müssen. Doch er kam nicht durch, vielmehr lebten  
erst das Landgericht und dann auch das Oberlandesgericht den  
Antrag ab. Und dabei nun leistete sich das Oberlandesgericht in der  
Begründung folgende Sätze:

„Nach dem Urteilstenor ist der Verurteilte im Jahre 1889  
geboren, befindet sich jetzt also im 32. Lebensjahre. Erfahrungsg-  
gemäß (!!) ist in diesem Alter die Arbeitskraft eines Mannes,  
sofern nicht besonders ungünstige Umstände vorliegen, noch un-  
vermindert. Der Umstand, daß Angeklagter 9 (!) Kinder  
hat, rechtfertigt allein die Annahme, daß er sich mit seiner Fa-  
milie in Not befindet, nicht. Wie oft seine Kinder selbst sind,  
hat er nicht angegeben. Daher (!) kann angenommen werden, daß  
sich mehrere von ihnen bereits in einem Alter befinden, in dem  
sie ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können. Außerdem  
nötigt der Umstand, daß der Angeklagte sich in Not befindet hat,  
noch keineswegs zu dem Schluß, daß er die Diebstahls aus Not  
begangen hat.“

Diese Sätze nötigen geradezu um Kopfschütteln ab, soviel Welt-  
fremdheit eimen sie. Ein Arbeiter, der im 32. Lebensjahre noch  
unvermindert tätig sein kann; der nicht in Not ist, weil einige  
seiner 9 Kinder schon ein paar Groschen verdienen könnten; der  
nicht, weil er etwa mit Kleptomane oder einer anderen vornehmen  
Krankheit behaftet ist — ja, vergißt man denn ganz, daß es sich  
hier um einen Arbeiter handelt und nicht um einen Bourgeois!!  
Wenn man freilich das Leben so beträcht, dann braucht einem wirklich  
nicht so manches unfaßbare Urteil zu wundern, das so oft gefällt  
wird.

### Politische Maßregelung.

Der nationalliberale Seminarlehrer Kufchel in Rognit ist  
an das Seminar in Ortelsburg verlegt worden. Die liberale Presse  
bezeichnet diese Verlegung als eine politische Maßregelung, weil  
Kufchel bei den beiden letzten Reichstagswahlen als einer der  
eifrigsten Vorämpfer des Liberalismus hervorgetreten ist und durch  
seine organisatorische Tätigkeit wesentlich zur Vermehrung der  
nationalliberalen Stimmen beigetragen hat. Auch der frühere Vor-  
sitzende des nationalliberalen Vereins in Rognit, ein Kataster-  
Kontrollleur, ist im „Interesse des Dienstes“ nach Hinterkommen  
versetzt worden. Anstatt den Kampf gegen diesen Terrorismus mit  
aller Schärfe aufzunehmen, begnügt sich die liberale Presse mit der  
Feststellung: das sei man in Preußen so gewohnt!

### Massenausfuhr deutschen Getreides nach Russland.

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung teilt mit, daß in den  
letzten Monaten die nach zur Verfügung stehende Zeit der Zollfreiheit  
von den Agrariern dazu benutzt wurde, um möglichst große Mengen  
Getreide nach Russland auszuführen. Während in den Monaten  
Januar—April des Jahres 1918 rund 600 000 Doppelzentner  
Roggen nach Russland ausgeführt wurden, beläuft sich die Ausfuhr  
in den ersten vier Monaten dieses Jahres auf  
1,8 Millionen Doppelzentner, sie hat sich mithin mehr  
als verdoppelt. An Beizen wurden in den ersten vier Monaten des  
vergangenen Jahres 84 000 Doppelzentner nach Russland ausge-  
führt, in diesem Jahre 172 000 Doppelzentner. Die Ausfuhr von  
Ofer stieg von 120 000 Doppelzentner im Januar bis April  
1918 auf 185 000 Doppelzentner im Januar bis April 1914. —  
Wie man sieht, bemühen sich die Agrarier, ohne Rücksicht  
auf den heimischen Bedarf, vor Fortschluß an Einfuhrerlösgewinnen  
noch einzufahren, was irgend möglich ist. Eine Schande, daß eine  
gegesetzliche Maßregel des Auslandes — der russische Getreide-

zoll — notwendig ist, um diesen Beutelschneidern das Handwerk zu  
legen.

### Katholische Bauern für Zölle auf Milch und Gemüse.

Der badische Bauernverein, der in 1000 Orts-  
vereinen 75 000 Mitglieder zählt und vom Zentrum  
gegründet worden ist, ließ in diesen Tagen durch seinen Haupt-  
vorstand seine Stellung zum Ablauf der Handelsverträge und  
zur Zolltarifrevision dahin präzisieren, daß ein Abbau oder  
eine Abschaffung landwirtschaftlicher Schutzzölle unbedingt  
abzulehnen sei. Im Gegenteil sollte den kleinen Landwirten  
für die Milch und das Gemüse ein Zollschutz zuge-  
billigt werden.

### Zur deutsch-französischen Verständigung.

Das von der deutsch-französischen Konferenz in Bern im  
vorigen Jahre errichtete ständige Komitee wird am nächsten  
Sommer in Basel zusammentreten. Von französischen Mit-  
gliedern werden an der Zusammenkunft teilnehmen: die Sena-  
toren La Batut, d'Estournelles de Constant, Gaston Menier und  
die Deputierten Augagneur, E. Bender, Franklin-Bouillon, Arphons  
Chautemps, Duménil, Justin Godard, Grouffier, Jean Jaurès,  
Lang, General Pedoya, Schmidt, Marcel Sembat und Albert  
Thomas.

Von deutscher Seite nehmen folgende Mitglieder des Reichs-  
tages teil: Dr. Belger, Holz, Dr. Bollert, Dr. David, Hübner,  
Dr. Frank, Gotthein, Haase, Dr. Haegh, Konrad Haußmann,  
Seebour, Liesching, Dr. v. List, Dr. Müller-Reinigen, Dr.  
Pfeiffer, Dr. Rühl, Scheidemann und Dr. Weill. Bei der  
französischen Gruppe wird d'Estournelles de Constant, bei der  
deutschen Konrad Haußmann den Vorsitz führen.

### Die Wirren in Albanien.

Durazzo, 28. Mai. (Meldung der Agencia Stefani.)  
Die Internationale Kontrollkommission hat sich nach Tirana begeben, um mit den dortigen Aufständischen,  
die ebenso wie die Aufständischen von Ramaja einen  
mohamedanischen Fürsten verlangen, zu verhandeln. Voraussichtlich wird am 2. Juni in Schial eine Ver-  
sammlung der Delegierten der verschiedenen Stämme statt-  
finden, um die der Kontrollkommission vorgelegenden Forde-  
rungen aufzustellen.

Die Aufständischen sammeln sich am Skumbi,  
um dort Aziz Pascha-Brioni Widerstand zu leisten, der mit  
regierungsstreuen Albanesen sich im Anmarsch befindet. Infolgedessen fand die Kontrollkommission in Ramaja  
außer dem Mufti keine führenden Persönlichkeiten vor.

### Die Stützen des Abreits.

Wien, 28. Mai. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Skutari: Gestern  
fand hier eine große Versammlung von Nationalen und Liberalen statt,  
etwa 1000 Mann waren versammelt. Vrent Bib Doba führte den  
Vortrag. Die Versammlung beschloß, eine Abordnung an den Fürsten  
Wilhelm zu senden, um ihm über die Lage und die Stimmung in  
Nordalbanien zu berichten und ihm ferner mitzuteilen, daß sie bereit  
sei, gegen die aufständischen Anhänger Offiziere zu marschieren. Wenn  
der Fürst gezwungen werden sollte, den Aufständischen Konzessionen  
zu machen, so würden diese von den Versammelten nicht anerkannt  
werden. Es herrschte eine sehr erregte Stimmung.

### Spanien.

#### Stolze Spanier.

Madrid, 28. Mai. Als sich der radikale Deputierte Rodrigo  
Soriano gestern in den Wandelgängen der Kammer mit seinen  
Freunden unterhielt, eilte plötzlich Antonio Maura, der Sohn  
des früheren Ministerpräsidenten, auf ihn zu und versetzte ihm,  
ehe er daran gehindert werden konnte, mehrere Hiebe mit  
einem Stock und mit der Faust. Soriano blutete stark aus der  
Nase.

Der Angriff war durch das Wort „Feigling“ veranlaßt  
worden, welches Soriano während des Tumultes in der gestrigen  
Sitzung mit Bezug auf den Kaiser Muros gebraucht hatte. So-  
riano hatte Antonio Maura versprochen, den Ausbruch zurückzu-  
nehmen. Da Soriano dies aber nicht tat, züchtigte ihn Maura.  
Als der Kammerpräsident davon erfuhr, ließ er Maura  
wissen, daß Soriano das Wort erbeten hatte, daß er sich aber auf  
Witten des Präsidenten dazu verstanden hatte, bis zum nächsten  
Tage zu warten. Daraufhin schickte Antonio Maura an Soriano  
einen Brief, in welchem er um Entschuldigung bat. Hiermit  
gab sich Soriano zufrieden.

Vor dem Kammergebäude fanden Zusammenstöße  
zwischen Anhängern und Gegnern Maura's statt, wobei meh-  
rere Verhaftungen vorgenommen wurden.

## Letzte Nachrichten.

### Für den Kosak Militarismus.

Budapest, 28. Mai. Die österreichische Delegation nahm  
nach Erledigung des Seereschuldens den Voranschlag für die  
Kriegsmarine sowie den 45-Millionenkredit als  
erste Rate des auf fünf Jahre zu verteilenden 426-Millio-  
nenkredits an, welcher für den Erwerb der Monarchflotte sowie  
der ersten Schiffe der Subburgflotte dient.

### Winterlandschaft zu Pfingsten.

Karlruhe, 28. Mai. Im Hochschwarzwald fällt seit  
gestern bei ein Grad Ralte Schnee. Das Gebiet des  
Schneegebirges erstreckt sich vom Becken bis zum Herzogenhorn und  
vom Feldberg bis nach Todnaun hin. In den Bergen schnell es  
auch heute weiter.

### Deutsche Schwindler in Paris verhaftet.

Paris, 28. Mai. Auf gemeinsames Ersuchen der deutschen und  
französischen Postbehörden hat die Polizei auf dem Pariser Haupt-  
postamt den Deutschen Bernhard Mohr aus Köln verhaftet.  
Er wird beschuldigt, während der letzten zwei Monate als  
15 000 Frank erlangt zu haben, indem er Bekantheitungen abgab,  
die von einem Helfershelfer, den er nicht nennen will, ausgestellt  
worden waren. Außerdem wurde ein Deutscher namens Tan-  
häuser aus Wittenhausen verhaftet, der im Verdacht steht,  
an dem internationalen Patentwindel beteiligt zu sein.

### Die Ausländerfrage in Mexiko.

Washington, 28. Mai. Carranza hat dem englischen Bot-  
schafter Spring Rice telegraphiert, daß die Ausländer in  
Mexiko nicht ungerade behandelt oder mit unbilligen Abgaben  
belastet würden. Diese Botschaft gilt als Antwort auf die Forde-  
rungen, die besonders in Bezug auf die Oelfelder in Tampico  
gestellt wurden, und wird als befriedigend angesehen.

# Sechster Wahlkreis.

## Oeffentl. Kommunalwähler-Versammlung

am Freitag, den 29. Mai 1914, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr,  
für den 34. Kommunal-Wahlbezirk  
in den Borussia-Festsälen, Ackerstraße 6-7.

Tagesordnung:

Wen wählen die Wähler des 34. Kommunalwahlbezirks  
am 7. Juni ins Rathaus? Referent: Stadtverordneter Carl Leib.

Freie Diskussion. — Aufstellung eines Kandidaten.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

228/14.

### Todes-Anzeigen

Am Dienstag früh verstarb plötzlich und unerwartet mein herzlich geliebter Mann und Vater, der Einnehmer

**Hermann Just**

im 63. Lebensjahre.  
Die trauernde Witwe  
**Agnes Just nebst Kindern.**  
Die Beerdigung findet am  
Sonnabend, den 30. Mai, nachm.  
5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, auf dem Zentralfriedhof  
in Friedrichsfelde statt.

### Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises

Stralauer Viertel, Bezirk 330.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Tischler

**Hermann Just**

(Dirshauer Str. 8)  
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Sonnabend, den 30. Mai, nach-  
mittags 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, von der Halle  
des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Tischler

**Hermann Just**

(Dirshauer Str. 8) im Alter von  
63 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Sonnabend, den 30. Mai, nach-  
mittags 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, von der Seiten-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

### Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises.

Am Mittwoch, den 27. Mai,  
verstarb unser Genosse, der  
Brauereiarbeiter

**Ferdinand Mehrwald**

Kochlauer Str. 12.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Sonnabend, den 30. Mai, nach-  
mittags 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, von der Halle  
des Bethemann-Kirchhofes in  
Nieder-Schönhausen-Nord aus  
statt. — Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

### Verband d. Brauerei- u. Mühlen- arbeiter u. verw. Berufsgenossen. Zahlstelle Berlin.

Den Kollegen diene zur Nach-  
richt, daß unser Mitglied, der  
Handwerkerhilfsarbeiter

**Ferdinand Mehrwald**

(Böhmisches Brauhaus)  
am 27. d. Mts. im Alter von  
32 Jahren an Herzschlag ge-  
storben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Sonnabend, den 30. Mai, nachm.  
5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, auf dem Bethemann-  
Kirchhof in Nordend statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

### Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.

Unseren Mitgliedern zur Nach-  
richt, daß der Kollege

**Paul Arendt,**

welcher im Betriebe der Gas-  
anstalt Schwanendorf beschäftigt  
war, verstorben ist.

Wir werden ihm ein ehrendes  
Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am  
Sonnabend, den 30. Mai, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Halle des  
Lützen-Kirchhofes in Wedding aus  
statt. 34/12

Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.

Der Feiertage wegen sind die Büreaus und Arbeits-  
nachweise geschlossen: Montag, den 1., und Dienstag,  
den 2. Juni, den ganzen Tag, und Sonnabend, 30. Mai,  
von 1 Uhr nachmittags ab.

Die Auszahlung der Arbeitslosen-Unterstützung geschieht  
in folgender Weise: Die Kollegen, die am Sonnabend, den  
30. Mai, und Montag, den 1. Juni, an der Reihe sind,  
müssen am Freitag, den 29. Mai, Mitgliedsbuch und Ar-  
beitslosenschein im Arbeitsnachweis abgeben und erhalten am  
Sonnabend, den 30. Mai, in der für Sonnabends fest-  
gesetzten Reihenfolge ihre Unterstützung.

Die am Dienstag, den 2. Juni, fällige Unterstützung  
wird am Mittwoch, den 3. Juni, mit ausgezahlt.

Die Kassierung der Beiträge erfolgt am Sonnabend, den  
30. Mai, in allen Zahlstellen von 6 bis 8 Uhr abends.

### Die Sitzung der Ortsverwaltung fällt heute aus!

Mittwoch, den 3. Juni, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:

### Vertrauensmänner-Versammlungen

der Bezirke und Branchen.

Die Versammlungslokale werden am Sonntag bekanntgegeben.

Montag, den 8. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschafts-  
haus, Engelauer 15:

### General-Versammlung.

Tagesordnung: Berichterstattung vom Verbandstage.  
Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Komm-  
arbeiter

**Konrad Grüger**

am 28. d. Mts. im Alter von  
40 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Den Mitgliedern ferner zur  
Nachricht, daß unser Kollege, der  
Straßenbahnkassierer

**Emil Eschbaech**

am 26. Mai im Alter von  
46 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am  
Sonnabend, den 30. Mai, nachm.  
5 Uhr, von der Seitenhalle des  
neuen St. Pauls-Kirchhofes in  
Friedrichsfelde aus statt.  
Die Bezirksverwaltung.

### Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.

Unseren Mitgliedern zur Nach-  
richt, daß der Kollege

**Johann Haase,**

Genossin, am 27. Mai ver-  
storben ist.

Wir werden ihm ein ehrendes  
Andenken bewahren!

Die Beerdigung findet am  
Sonnabend, den 30. Mai, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Halle des  
Georgen-Kirchhofes, Landsberger  
Allee, aus statt. 34/10

Die Ortsverwaltung.

### Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.

Durch den Tod ist uns eines  
unserer Mitglieder, der Kollege

**Johannes Kunz**

welcher im Betriebe der 14. Res.-  
Inspektion der städt. Gaswerke be-  
schäftigt war, entfallen worden.

Wir werden ihm ein ehrendes  
Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet heute  
Freitag, nachmittags 4 Uhr, von  
der Halle des Himmelstabs-Kirch-  
hofes in Nieder-Schönhausen  
aus statt. 34/11

Die Ortsverwaltung.

### Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.

Unseren Mitgliedern zur Nach-  
richt, daß der Kollege

**Paul Krause**

welcher im Betriebe der Ver-  
waltung Schöneberg beschäftigt  
war, verstorben ist.

Wir werden ihm ein ehrendes  
Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am  
Sonnabend, den 30. Mai, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Halle  
des städtischen Friedhofes in  
Schöneberg, Magistrate, aus statt.  
34/10

Die Ortsverwaltung.

### Am 27. Mai verstarb nach langen Leiden unser lieber Sohn, Bruder, Neffe und Schwager

**Karl Kabler**

im Alter von 23 Jahren.

Im Namen der Hinterbliebenen

**C. Kabler, Anulldorf,**

Kolleggerstraße.  
Die Beerdigung findet morgen  
Sonnabend, nachmittags 3 Uhr,  
von der Seitenhalle des neuen  
Kaufler-Gemeinde-Friedhofes,  
Dorsstraße, aus statt. 962

### Mit der traurigen Nachricht, daß am 26. Mai, früh 5 Uhr, meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Großmutter

**Anna Lange**

geb. Schulze

im Alter von 58 Jahren nach  
kurzem Leiden verstorben ist.

Um stille Beileid bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am  
Sonnabend, nachmittags 3 Uhr,  
von der Seitenhalle des Zentral-  
friedhofes in Friedrichsfelde aus  
statt.

### Maßschneiderei

eleg. Herrenmoden

beste Stoffe, schick Schnitt  
la Verarbeitg., ps. Zutaten

enorm billig.

**E. Sommermeier**

Schönhauser Allee 136  
Tel. Norden 2195.

JOE LOE

**Aha!**

**BRAUNE SALAMANDER**

Salamander-Schuhgef. m. b. H. Berlin

**vorbildlich**

und von keinem anderen Geschäft mehr zu über-  
bieten, sind unsere wundervollen Ausstellungsräume in  
unserem neu hinzugenommenen Parterre-Lokal mit  
2 riesigen Schaufenstern, die eine Fülle der  
gediegensten Frühjahrsmoden zur Ansicht bringen

**Auf Kredit**

**Zum Pfingstfeste**

**Herren-Sakko-Anzüge**  
blau, marongo, gestreift

**Eleg. Damen-Kostüme**  
in wundervollen Farben

**Cutaway-Anzüge**  
schwarz und marongo

**Vornehme seidene Kleider**  
in prima Ausführung

**Gehrock-Anzüge**

**Eleg. wollene Kleider**

**Sommer- u. Sport-Paletots**

**Schicke Sport-Jacken**

**Burschen- u. Jüngl.-Anzüge**

**Eleg. seidene Jacken**

**Knaben-Anzüge**

**Blusen o. Reiher**

Anzahlung von M. 5.— an 4 Wochenrate M. 1.—

**GRATIS! Hut oder Oberhemd GRATIS!**

**C. Wachsmann & Co.**

15 Reinickendorfer Straße 15

Parterre und I. Etage. Neben der Feuerwache.

Bewerkschaftliches.

Zusammenschluß der Scharfmacherverbände.

Zimmer fester schließen die Unternehmer sich zusammen, enger und straffer ziehen sie das Organisationsband. Fast lückenlos erhebt sich der Bau ihrer Vereinigung, dessen Bausteine die einzelnen beruflich und lokal gegliederten Verbände abgeben.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Freizeugehilfen! Für Verbandsmitglieder gesperrt: Schleich, Schibelbeiner Str. 39, Steinhoff, Schibelbeiner Str. 44.

Die am 27. Mai gebrachte Notiz betreffend Herrn Leonhardt, Berlin, Ergänzstr. 21a, und die angebliche Aufforderung desselben an seinen Gehilfen, einen Revers zu unterschreiben, daß er sich nicht an einem eventuellen Streik beteiligen solle, ist durch einen Irrtum entstanden, der nach Aussprache mit uns völlig beseitigt ist.

Weiteres zur Bewegung der Freizeugehilfen. Herr Werth, Grunthaler Str. 10, ersucht uns um die Mitteilung, daß nicht er,

sondern Herr Kolberg, Grunthaler Str. 13, gesperrt sei. In der Veröffentlichung des Verbandes hieß es verheerend Grunthaler Straße 10 statt 13, so daß die nicht gesperrte Firma Werth leicht mit der gesperrten Kolberg verwechselt werden kann.

Deutsches Reich.

„Ich bin der Herr Oberleutnant!“

Die Amtsvorsteher in Preußen sind meist die erbittertesten Gegner der Arbeiterbewegung. Einen drastischen Beweis für die Unmählichkeit, mit der diese Gegnerschaft auftritt, lieferte vor einiger Zeit der Amtsvorsteher Herfert in Lentzschel, Kreis Liegnitz in Schlesien.

Um aber die Gefahr, die seinem Ort durch das Eindringen der Landarbeiterorganisation drohte, mit einem Schlage zu beseitigen, begab er sich einige Tage später in die Dorfschenke, um den gefährlichen Verbandsagitator, den er dort vermutete, zu vertreiben.

Mit dem Krüdstod auf dem Arm, betrat er das Gastzimmer, wo eben den Arbeitern der Lohn ausbezahlt wurde. Ohne sich lange umzusehen, stürzte er sich auf einen in Sonntagskleidung daselbstenden Arbeiter, den er für den Feind hielt, und schrie ihn an: „Ich verbiete Ihnen jede sozialdemokratische Organisation in meinem Dorfe.“

Der Amtsvorsteher: Ich bin der Herr Oberleutnant und verbiete Ihnen jede sozialdemokratische Agitation.

Der Gauleiter: Sie haben gar nichts zu verbieten! Auch wenn Sie sich mir als Oberleutnant vorstellen, schäme ich Sie nicht höher ein, als jeden anderen Menschen. Sie scheinen wenig Gefechtskenntnisse zu besitzen, sonst würden Sie nicht verbieten wollen, was gesetzlich erlaubt ist.

Der Amtsvorsteher: In meinem Dorfe hat bis jetzt Ruhe und Frieden geherrscht. Die Arbeiter sind mit mir zufrieden und ich dulde keine Verbeugung.

Der Gauleiter: Von Arbeitgebern, die ihren Arbeitern das gesetzliche Recht der Organisation verbieten wollen, kann man im allgemeinen sagen, daß ihre Arbeiter nicht mit ihnen zufrieden sind.

Der Amtsvorsteher (zum Gastwirt): Wenn Sie diesen Mann in Ihrem Lokal dulden, verbiete ich den Leuten im Dorfe Ihr Lokal.

Der Gauleiter: Das können Sie ja gar nicht. Aber das zeigt so recht die Gewalttätigkeit der Amtsvorsteher auf dem Lande. Ich versichere Ihnen aber, daß ich noch recht oft nach Lentzschel kommen werde.

Der Amtsvorsteher: Aber eingeschickt bekommen Sie in Lentzschel nichts, das verichere ich Ihnen. Ich habe bereits zwei Arbeiter entlassen, die von Ihnen hergeschickt wurden, nicht um zu arbeiten, sondern um zu agitieren. Und ich werde das auch in Zukunft so machen.

Der Gauleiter: Ich komme ja nicht hierher, um zu trinken, sondern um zu agitieren. Im übrigen scheinen Sie schlecht unterrichtet zu sein. Es handelt sich hier nicht um politische, sondern um gewerkschaftliche Agitation. Ueberdies steht Ihnen das Recht der Entlassung von Arbeitern gar nicht zu.

Der Amtsvorsteher: Ich bin der Vorsteher der aus-

führenden Genossenschaft und habe deshalb die Entlassung verfügt. Sie dürfen auch nicht glauben, daß ich ein politisches Kind bin.

Nach dieser Unterhaltung schien der Oberleutnant die Ueberzeugung gewonnen zu haben, daß die verdamnten Verbandsagitatoren sich weder von einem Amtsvorsteher, noch von einem Oberleutnant etwas befehlen oder verbieten lassen. Denn der Herr suchte die Türflanke und verschwand. Ob sein Ansehen unter den anwesenden Arbeitern nach dieser Unterhaltung gestiegen war, soll dahingestellt bleiben.

Befehlen und verbieten, den Gastwirten mit Posten drohen: auf diesen Nachmitteln beruht die Herrschaft dieser Herren auf dem Lande.

Sämtliche technische Angestellte der Firma Wilhelm Köllmann & Co. in Warmen-Langerfeld haben, wie die „Deutsche Industriebeamten-Zeitung“ berichtet, ihre Kündigung eingereicht. In der Werkzeugmaschinenabteilung, in der zurzeit zwei Angestellte gekündigt hatten, weil sie sich verheerend, gab es tagaus tagu ein zwischen dem Bureauchef und den Konstrukteuren lebhaftes Differenzen, die auch bei den Herren der anderen Abteilung, die im gleichen Raum arbeiteten, lebhaften Unwillen erregten.

„Sozialdemokratische Monopolverträge“.

Der Verband der Freizeugehilfen umfaßt leider erst einen kleinen Teil der in Deutschland beschäftigten Gehilfen und muß sich deshalb darauf beschränken, wenigstens für diesen Teil, die organisatorischen Gehilfen, günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen.

Da nun der Zweigverein des Verbandes in Düsseldorf den Arbeitgebern seine Forderungen in Form eines Tarifvertrages unterbreitete, auf der Grundlage der Beschäftigung organisierter Gehilfen, muß dieser Tarifvertrag der Merkmalen Presse als „ein neuer Beweis dafür“ gehalten, wie es die sozialdemokratischen Gewerkschaften verstehen, durch Monopolverträge die Arbeiter zunächst in die sozialdemokratischen Gewerkschaften und dann nachher in die Partei zu pressen.

Kleines Feuilleton.

Die Flagge schwarz-weiß-rot. Auf Helgoland wurde ein Gedächtnis eingeweiht, der an die deutschen Seeleute erinnern soll, die bei den Katastrophen unserer Marine in der Nordsee ihr Leben ließen.

Das Denkmal ist aus einem zwei Meter hohen Granitblock in zylindrischer Form geschaffen und trägt auf der einen Seite diese Verse:

Treibt auch des wilden Sturm's Gewalt uns an ein Felsenriff, Gleichviel in welcherlei Gestalt Gefahr droht unserm Schiff, Wir wanken und wir weichen nicht, wir tun, wie's Seemanns Brauch, Den Zoo nicht scheuend uns're Pflicht noch bis zum letzten Hauch! Ja, mit den Wogen kämpfet noch der sterbende Pilot, In seiner Rechten hält er hoch die Flagge Schwarz-Weiß-Rot.

In diesen Versen ist nicht ein Wort, das persönlich geschaut und persönlich empfunden wäre. Dafür sind die landesüblichen Mißgeheim in exaltierter Vollständigkeit bekommen. Den „wilden Sturm“ brauchen wir nicht zu vermessen; das wegen seines Reims auf „Schiff“ so beliebte „Felsenriff“ war selbstverständlich nicht zu vermeiden, obwohl unserm Wissen bei den Unglücksfällen, an die erinnert werden soll, ein Felsenriff überhaupt keine Rolle gespielt hat; der „Seemannsbrauch“ wird zum millionenfachen heraufbeschworen, der „letzte Hauch“, von dem patriotische Fabelredner so oft zu melden wissen, fehlt auch hier nicht und daß der vortreffliche Dichter weder „wanken noch weichen“ will, ist bei seiner originalen Art zu empfinden nicht weiter bedenkend.

Immerhin aber enthält die Inschrift eine Wendung, die uns bisher neu war. Obwohl wir persönlich am Meer groß geworden sind, war uns der „sterbende Pilot“, der mit den Wogen kämpft, dabei aber die Flagge schwarz-weiß-rot mit der Rechten „hoch empor hält“, eine unbekante Erscheinung geblieben. Leider gehört gerade dieses Bild ausgesprochen in die Gattung der Iomischen Poesie. Müßten diese Warden denn ewig gepreist und aufdringlich sein?

Das Museum mit Schaufenstern. Aus Leipzig wird der „Frankf. Zeitung“ geschrieben: Alles drängt ans warme Leben. Ueberall werden Fenster aufgesperrt; man will drinnen nicht mehr abgekühten sein von der Luft, die draußen geht. Einer der lästigen und stöhnigen Räume, von Luft und Lärm draußen durch hohe Mauern geschützt, war bis heut' das Museum. Reflektiert die Welt in manchem, und oft, war man aus Sonne und Wärme in die Schattenfülle eines Ru-

seums, ist einem, als müßte man erst durch Grüste und Gräber hindurch, um in den Gebilden der Kunst das Leben wiederzufinden. Nichts dem Museum Entgegengekehrtes ist zu denken als der Laden, der moderne Laden mit den breiten Schaufenstern, mit spiegelnden und leuchtenden Lichtern. Und nun heißt es in dem Weltausgreifen, durch das die Stadt Leipzig Entwürfe für den von ihr geplanten Museumskomplex erlangen will: „Im Erdgeschosse ist an der Straße gelegen eine Folge von Schaufenstern vorzuziehen. Die Schaufenstergänge soll auch an einem Laubengange oder in einer offenen Galerie untergebracht werden.“ Ein Museum mit Schaufenstern — stärker laun sich der Drang, mit der Kunst das Leben zu durchdringen und künstlerisch mitzuarbeiten an den Kulturaufgaben der Gegenwart, nicht dokumentieren. Es ist das „Ausstellungshaus für modernes Kunstgewerbe, das als Glied des Neubaus des großen Leipziger Kunstgewerdemuseums diese Schaufenster bekommen soll. Unmittelbar an belebtester Straße werden also hier die Höchstleistungen moderner Qualitätsarbeit in den Schaufenstern ausgestellt werden und die Vorübergehenden zwar nicht direkt zum Kaufen, aber zum Eintreten verlocken. Und drinnen wird man zweimal im Jahre eine neue Ausstellung finden, das Museum will mit der lebendigen Entwicklung Schritt halten, und erst durch die strengste Auswahl aus den periodischen Ausstellungen soll allmählich die jährliche Musterammlung erweitert werden.

Musik.

Die Volks-Sinfonie-Konzerte des Blüthner-Orchesters erfreuen sich andauernd eines regen Zuspruchs, wovon wieder am Mittwochabend der gut besetzte Saal der Berliner Hofoper zeugen konnte. Und das mit Recht; verzeichnen doch die Programme zumeist ein oder das andere Musikwerk, dem man sonst schwerlich begegnen wird. Diesmal waren es gleich vier solcher seltenen Gaben deutscher Komponisten, die man zu hören bekam. Beethovens domergewaltig einschlagende Ouvertüre zu „Coriolan“, die das wild bewegte Gemüt des Helten und den plötzlich, schrecklichen Wechsel seines Schicksals mit ausdrucksvoller Tiefe darstellt, ging voran. Schuberts zweite „Zwischenaktmusik“ zu einem Ritterdrama „Rosamunde“, ein zartes, lyrisches Gebilde mit zwei Trios von süßester Melodie, ermanget trotz aller Schönheit doch eben des dramatischen Kerns, den Bühnenmusik haben muß. In Fortführung der instruktiven Serie „zur Erweiterung der Sinfonie“ kam Karl Dittersdorf (1739-1799) mit einer seiner 112 Sinfonien an die Reihe. Dittersdorf ist bis heute nicht ganz vergessen; denn er ist mit seinem „Doktor und Apotheker“ und einigen anderen Bühnenwerken heiterer Gattung als Gründer der Iomischen Oper anzuspprechen. Durch zwei größere Zeitgenossen: Haydn und Mozart wurde er jedoch überstrahlt. Was die vorgeführte Sinfonie C-dur anlangt, so bewegt sie sich natürlich in den damals üblichen Formen; sie amert aber sieghaftes Frohgefühl. Wesentlich anderer Art ist allerdings „Eine Faust-Duvertüre“ von Richard Wagner. Sie gehört zu seinen allerhöchsten musikalisch-poetischen Meisterwerken. Man veripirt darin den mächtigen Einfluß eines Beethovens gar wohl. Darüber hinaus schwingen freilich auch revolutionäre Stimmungen vom Beginn der dreißiger Jahre nach. Der leidenschaftliche Drang, seines innersten Wesens

Schmerzgedanken und Kämpfe zu offenbaren, klingt vernehmbar an der laut quackenden Töne. Zwei seiner herrlichen empfindungsgeprägten Liedergänge zu Texten von Mathilde Wesendonk hatte die Konzertsängerin Heta Tobias zum Vortrag gewählt. Ihrem Sopran gebracht es für sie am liebsten Timbre und an Tragfähigkeit in der Mittelstufe. Schubert könnte der Künstlerin näher stehen. Die Arie aus Haydns „Schöpfung“ mit Orchesterbegleitung wurde dagegen sehr annehmbar vorgelesen. Den Beschluß machte eine Suite „Der Rühnader“ des Hünen Peter Tschailowski mit eigenartig instrumentierten Marsch- und Tanzrhythmen slawisch-asiatischen Ursprungs. Was Bachmann dirigierte. Daß er jeder dieser vornehmlich so grundbeschiedenen Tonchöpfungen gerecht wurde, spricht für seine Feinsinnigkeit als nachschaffender Musiker. ek.

Notizen.

— Wertschätzung. In Berlin findet gerade eine Bücherauktion statt. Zeure Bücher, kostbare Bücher, wertvolle Bücher. Und die Händler bieten, und die privaten Sammler bieten. Vierhundert Mark, vierhundertfünfzig Mark, sprunghaft geht's nach oben. Und plötzlich: Nr. 374 „aus dem Jagdbüchlein des deutschen Kronprinzen“. Aist — Totenkühe. Ein kleines, graufames Kästlein umspielt die Lippen der Käufer. ... Endlich meldet sich eine sanfte, kläglichere Stimme: „Ich biete zehn Mark!“ — Stille. Fragend blickt der Auktionator umher. Und da sagt jemand ganz leise: „... Elf ... ich biete elf Mark!“ — Schwupp, da hatte er's — Der Markt kennt also seine Werte immer noch besser, als — sagen wir: die große liberale Presse.

— Kunstchronik. Die Ausstellung von Werken alter Kunst aus Privatbesitz von Mitgliedern des Kaiser-Friedrich-Museums-Vereins in der Igl. Akademie der Künste wird noch bis zum 15. Juni täglich von 10 bis 6 Uhr geöffnet sein.

— Theaterchronik. Das Deutsche Künstler-Theater bereitet als nächste Novität Ludwig Holbergs Komödie „Jeppe von Vege“ vor. Die Uraufführung ist auf Sonnabend, den 6. Juni, angelegt.

— Kapellmeisterfragen. Als Nachfolger Schuch's ist als Leiter der Kapellmeister der Dresdener Hofoper Dr. Rud. der frühere Dirigent der Berliner Igl. Oper, in Aussicht genommen. Und ist aber noch auf längere Zeit in Boston gebunden. — Generalmusikdirektor (entsprechender Titel) Steinbach hat wegen eines Herleidens seine Stelle als ständiger Kapellmeister und Direktor des Konseratoriums in Köln niedergelegt.

— Wagner in Paris. Mittwochabend fand in Paris im Théâtre des Champs Elysées die erste Aufführung von Richard Wagners „Meisterlanger“ in deutscher Sprache unter Leitung von Felix Weingartner mit starkem Erfolge statt. Weitere Werke Wagners werden folgen.

— Das neue Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten wurde in Hamburg eingeweiht.

— 3000 Jahre alte Urnen und Trinkgefäße wurden auf dem Plagefeld bei Kloster Chorin bei den Ausgrabungen des Märkischen Museums in Hünengräbern gefunden.

Die kirchliche Presse, die die Tarifverträge des Freiseurgeschäfts für ihre Zwecke auszunutzen versucht, spekuliert eben darauf, daß die „patriarchalischen“ Verhältnisse im Freiseurgewerbe wenig bekannt sind. Welchen Lohn die Gehilfen fordern und bei welcher Arbeitszeit, das wird bei der tiefgründigen Betrachtung über „sozialdemokratische Monopolverträge“ wohlweislich verschwiegen, da sich sonst kaum solche unfaubere Geschäfte damit machen ließen. Es lohnt sich nicht, auf die Fraktionierung der Tarifverträge der Freiseurgeschilfen einzugehen, wenn nicht System in der Werbung läge. Trotz mehrfacher Versuche ist es bisher noch nicht gelungen, eine „christliche“ Organisation der Freiseurgeschilfen zu schaffen, obgleich man in den Fachabteilungen der katholischen Gesellenvereine längst einige Gehilfen zur Verfügung hat und auch schon besondere Fachabteilungen für die Freiseurgeschilfen schuf. Dem letzten Kongreß der christlichen Gewerkschaften lag sogar ein Antrag vor auf Gründung einer christlichen Organisation der Freiseurgeschilfen. Bei der geringsten Regierung der organisierten Freiseurgeschilfen überall da, wo die kirchliche Richtung einige Bedeutung hat, fällt ihre Presse darüber her, um im Trüben zu fischen. Da dies bei sachlicher Beurteilung der Dinge nicht möglich ist, werden diese so lange verdrückt, bis sie für „den guten Zweck“ brauchbar, aus den dürftigen Lohnlisten der Freiseurgeschilfen „sozialdemokratische Monopolverträge“ geworden sind. Es genügt, dieses Treiben niedriger zu hängen.

### Tariffündigung des Rheinisch-Westfälischen Bezirks-tariffs im Brauergewerbe.

In 14 öffentlichen Versammlungen nahmen die Brauereiarbeiter Rheinland-Westfalens am Sonntag, den 24. Mai, zu dem am 30. September dieses Jahres ablaufenden Bezirksratssitzung. Die Versammelten beauftragten die Organisationsleitung, den bestehenden Tarifvertrag zu kündigen und die Einreichung zeitgemäßer Forderungen baldmöglichst in die Wege zu leiten.

### Zusatz zum Besuch der Buchgewerbe-Ausstellung.

Die Finanzkommission der Stadt Solingen bewilligte u. a. dem Verband der Deutschen Buchdrucker, Litzeverein Solingen, zum Besuch der Internationalen Buchgewerbe-Ausstellung in Leipzig 100 M. Zuschuß, dem Verband der Lithographen 50 M. und dem Buchbinder-Verband (Verwaltungsstelle Solingen-Wald) für die Solinger Mitglieder ebenfalls 50 M. als Beihilfen. Da die Kommission über Beiträge bis zu 300 M. selbständig entscheidet, ist der Beschluß endgültig.

Die Böttcher in der Leipziger Zwangsdämmung haben den Streik beschlossen und sind Dienstag früh in den Ausstand getreten. Kollegen Deutschlands, übt Solidarität! Werde keiner zum Verräter!

### Die Gelben als Konkurrenz der Christen.

Bei der Gewerkschaftswahl in Ludwigshafen entfielen auf die Liste der freien Gewerkschaften 7653 Stimmen, auf die der christlichen Gewerkschaften 568 Stimmen, die gelben Vereine, die sich zum ersten Male an der Wahl beteiligten und mit Unterstützung der Unternehmer ihren letzten Mann zur Wahlurne brachten, erhielten 2401 Stimmen. Die Stimmengabe der freien Gewerkschaften nahm gegen die Vorwahl um 1766 Stimmen zu. Die Christlichen büßten 66 Stimmen ein. Nach dem Stimmenverhältnis fallen den freien Gewerkschaften 14 (bisher 18), den Christlichen 1 (bisher 2) und den Gelben 6 Sitze zu. Die Wahl der Unternehmerbeihilfer brachte unserer Liste 6 (bisher 5) Sitze, während die Gegenliste 15 (bisher 13) Sitze erhielt.

### Ausland.

#### Bauarbeiterfreie in Genf.

Am Montag haben in Genf 1200 Maurer, Handlanger und Erdarbeiter die Arbeit eingestellt, weil die Bauarbeiter ihre Forderungen auf Einführung des Reinstundentages und Verbesserung der übrigen Arbeitsbedingungen abgelehnt haben.

#### Sägearbeiterfreie in Bulgarien.

In dem großen Sägewerk Balabanoff in Koffcherinowo in Bulgarien haben alle 600 Arbeiter die Arbeit eingestellt. Die Firma hat Agenten ins Ausland geschickt, um Ersatzkräfte heranzubekommen. Der Verband der Holzarbeiter in Sofia bittet deshalb, auf solche Arbeiter zu achten und den Zugang fernzuhalten.

### Zehnter Verbandstag des Holzarbeiter-Verbandes.

Dresden, den 27. Mai 1914.

#### 3. Verhandlungstag.

Die Mandatprüfungs-Kommission erteilt Bericht. Eine Reihe von Protesten fand keine Berücksichtigung. Auswärtig sind außer dem Vorstand, den Vertretern der Redaktion usw. 194 Delegierte, darunter eine Delegiertein.

#### Lohnbewegung und Kampfstil.

In der Erörterung der Lohnbewegung 1912/13 bemerkt der Redner, daß die Tarifverträge vom Schiedsverband gekündigt worden seien. Die eingeleiteten zentralen Verhandlungen blieben erfolglos. Die Aussetzung wurde angedroht. Durch Vermittelung des Herrn v. Verleß wurden Schiedssprüche herausgebracht, die zunächst bei keiner Partei Anerkennung fanden, schließlich aber doch akzeptiert wurden. Weiter erörtert Redner die bisher besorgte Tarif. Sie sei die Voraussetzung der erzielten Erfolge gewesen. Neue, große Aufgaben ständen der Organisation bevor. Für eine große Reihe von Städten, in denen die Arbeitsverhältnisse durchaus unbestriedigend seien, ständen im nächsten Jahre Verhandlungen in Aussicht. Der Referent empfahl die von der Statutenberatungskommission beantragten Resolutionen, in denen gesagt wird:

Der Verbandstag erneuert hinsichtlich der Stellung zu den Tarifverträgen die Beschlüsse der Verbandstage vom Jahre 1900 und 1906, die somit auch fernerehin für die Haltung des Verbandes Geltung haben.

Die Tarifverträge erfüllen nur dann ihren wirklichen Zweck, wenn die daran beteiligten Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter sowie deren einzelne Mitglieder den ernstlichen Willen haben, die Verträge unter allen Umständen zu halten. Diesen Willen haben viele Arbeitgeber in den letzten Jahren nicht vermessen lassen, und auch die verantwortliche Leitung des Arbeitgeberverbandes hat die nötige Garantie für die Durchführung der Verträge nicht zu leisten vermocht. Der Verbandstag legt aus diesen Gründen allen an Tarifverträgen beteiligten Mitgliedern erneut die Pflicht auf, ihrerseits für die frische Einhaltung der Verträge überall einzutreten und Vertragsverletzungen der Arbeitgeber in allen Fällen auf das entschiedenste und mit allen Mitteln zurückzuweisen. Insbesondere spricht der Verbandstag aus, daß diejenigen Unternehmer, die sogar, wie es leider oft vorgekommen ist, bewußt und beharrlich sich weigern, die materiellen Bedingungen hinsichtlich Arbeitszeit, Lohn und tariflicher Akkordpreise zu erfüllen, jeden Anspruch auf den Schutz der Vertragsinhaber vor Arbeitseinstellungen, Sperrten usw. verweigern.

Einer der größten Mängel in unserem Vertragswesen ist die ungenügende Geschäftsverlebung durch die meisten Schlichtungskommissionen. In vielen Fällen haben die Arbeitgeberbeihilfer nicht nur die Verhandlung über gemeldete Vertragsbrüche

ihrer Kollegen abgelehnt, sie haben diese sogar, trotz der klaren Bestimmungen der Verträge, in der einseitigsten Weise verteidigt und gütiggeheißt.

Wenn in diesem Punkte keine weitergehenden Garantien von der Arbeitgeberorganisation gegenüber Vertragsbrüchen seiner Mitglieder zu erlangen sind, wird unfererseits für die etwa weiter abzuschießenden Verträge die Instanz der Zentralorganisation zur Erledigung von Vertragsbrüchen gänzlich abgelehnt und die endgültige Entscheidung hierüber lediglich den einzelnen Orten überlassen.

Der Verbandstag hält das Verlangen unserer Kollegen, in allen Verträgen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen bestimmte Sühne festzulegen, für unbedingt berechtigt und beauftragt den Vorstand und die Ortsverbände, bei den zukünftigen Vertragsverhandlungen auf die Anerkennung solcher Bestimmungen zu bestehen.

Insbesondere ist darauf zu bestehen, daß alle in den Vertragsverträgen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, einschließlich der Hilfsarbeiter, die bei der Juridiktions- oder Fertigung von Arbeitsstücken oder Teilen derselben, im Maschinenraum, beim Leimen, Journalieren und in den sonstigen Betriebsabteilungen, beim Zureichen oder Zuragen des Materials oder der Arbeitsstücke usw. tätig sind, den Verträgen unterstellt und in jeder Beziehung als Vertragsarbeiter anerkannt werden.

Der Verbandstag erklärt ausdrücklich, daß in bezug auf die Führung unserer Lohnbewegung keinerlei Anlaß zu einer Abänderung unserer grundsätzlichen oder tatsächlichen Haltung vorliegt. Bei Lohn- und Tarifbewegungen sind für alle örtlichen Sitzungen und Verhandlungen die Entschädigungen aus der Lokalkasse zu decken.

Die Hauptkassette trägt die Kosten für alle zentralen Verhandlungen und die aus Anlaß von Lohnbewegungen notwendigen Konferenzen, welche vom Vorstand einberufen oder angeleitet werden.

Etwasige Ausnahmen hierbon unterliegen der Entscheidung des Vorstandes.

Dem unter Beifall aufgenommenen Referat folgte eine rege, sehr ausgedehnte Diskussion. Winkelhoch-Eberfeld ist mit dem Vorstand einverstanden. In Zukunft müsse die Forderung der Ferien mehr berücksichtigt werden; das gleiche gelte von der Forderung des freien Sonnabendnachmittags. — Blömer-Düsseldorf verlangt Freisetzung von Maschinenarbeitern für die Holzindustrie. — Schmidt, Vertreter der Statutenberatungskommission, erklärt, daß man das größere Gewicht auf die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit lege. — Weitere Redner beschäftigten sich mit der Frage der Ferien. — Müller-Berlin weist darauf hin, daß die Verhältnisse für die an Holzbearbeitungsmaschinen Beschäftigten gebessert werden müßten.

Glöck-Berlin ist wohl mit der Haltung der Verbandsleitung einverstanden, jedoch fürchtet er, daß den Wünschen der Unternehmer zu weit Rechnung getragen würde. Die Unternehmer umgeben die Bestimmungen über die Lohnbewegung, Garantien müssen gegeben werden in bezug auf Akkordarbeit und Verhinderung von Lebergeitarbeit.

Schnabel-Halle hält die Klagen Reumanns über Disziplinlosigkeit nicht für berechtigt. Die einzelnen Orte müssen ihre Wünsche unbedingt äußern können. Der unangebrachte Lobartikel der „Verbandszeitung“ nach Abschluß der zentralen Verhandlungen hat die örtlichen Verhandlungen nur erschwert. Auch dieser Redner besagt, daß die Unternehmer versuchen, sich den vertraglichen Verpflichtungen zu entziehen.

Wendt-Köln bemerkt, mit der ganzen Tarifpolitik könne man sich nicht unumwunden einverstanden erklären. Nicht nur es, den Unternehmern die Offensive zu überlassen. Das Zusammenlegen von Vertragsgruppen ist ein Fehler. Dem Reichstagsrat sind wir bedenklich nahe gekommen. Die auch von Reumann herausgestellten Vertragsbrüche der Unternehmer müssen entschieden bekämpft werden. — In der fortgesetzten Debatte werden dieselben Beschwerden von einer Reihe Redner ebenfalls erhoben. — Kiese-Ragdeburg: Die Ausführungsbestimmungen sind unklar. Bei unseren lokalen Schwierigkeiten hätte uns die Zentralleitung besser zur Seite stehen müssen. — Klein-Hamburg: Die Erwerbslosen von 1911 sind fast vollständig verloren gegangen. Wir verlangen nicht viel, aber doch etwas Mitbestimmungsrecht. Wir wollen nicht alles als Evangelium betrachten, was die Zeitung macht. Daß sie irren kann, lehrt die Erfahrung. Darum wollen wir in Zukunft selber dabei sein. (Sehr richtig!) — Enke-Kassel befürwortet, Vertragsbrüche der Unternehmer mit Arbeitseinstellung zu beantworten, den Zentralvorstand vor vollendete Tatsachen zu stellen. (Beifall.) Keinen Schritt weiter auf dem Wege zum Reichstagsrat.

Die Forderungen, Ueberstunden zu verweigern, Vertragsbrüche der Unternehmer nicht ruhig hinzunehmen, den Achtstundentag endlich durchzuführen usw., wurden noch von einer großen Zahl Redner verteidigt. Auch wurde betont, daß die Schiedssprüche nicht angenommen worden wären, hätte man sie richtig gefasst. Sehr ausführlich und lebhaft tritt Schleicher-Stuttgart nochmals für den freien Sonnabendnachmittag ein.

Kobert Schmidt-Berlin wendet sich gegen das geforderte Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Fabrikstellen. Er hält es für richtig, die Lohnfrage mehr in den Vordergrund zu stellen, und zwar mit Rücksicht auf die Verteuerung der Lebenshaltung. In der Zukunft sollte man möglichst wenig festlegen. Sie muß den jeweiligen Verhältnissen angepaßt werden. Die Frage des Sonnabendnachmittags habe große Bedeutung.

Ein Schlußantrag machte der Debatte ein Ende, doch im Schlußwort verteidigt der Referent nochmals eingehend die Taktik des Vorstandes. Das Programm habe gelaute: Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung. Der Vorstand müsse die Interessen aller Kollegen berücksichtigen. (Beifall.)

Schluß der heutigen Verhandlungen.

Im gestrigen Bericht ist hinter dem Schlußwort Leipzigs folgender Absatz verzeichnet geblieben: Kaiser, Redakteur des Hochblattes, gibt den Bericht über die Presse: Ich betrachte es als meine Aufgabe, die Originalität des Blattes zu wahren. Das wirtschaftliche und soziale Gebiet ist die Hauptache. Es läßt sich nicht vermeiden, politische Verhältnisse zu streifen. Weil das geschieht, soll der Verband politisch sein. Es ist unseren Mitgliedern aber immer gesagt worden, politisch müßten sie sich außerhalb des Verbandes betätigen. Man macht uns einen Vorwurf daraus, daß wir die Wahl sozialdemokratischer Kandidaten gefördert haben, das Eintreten für konservativ oder ultramontane Kandidaten würde man uns gern erlauben. Es zu tun, ist nicht möglich, weil die bürgerlichen Parteien alle mehr oder minder arbeitseindrig sind. In der Haltung der Zeitung soll keine Veränderung eintreten. — In der Debatte über den Bericht wurden bemerkenswerte Momente nicht erhoben.

### Aus Industrie und Handel.

#### Geschäftsausdehnung der Deutschen Bank.

Der Aufsichtsrat der Deutschen Bank beschloß gestern die Eröffnung von Zweigstellen in Mekko und Bagdad. Diese Geschäftserweiterung ist von besonderer Bedeutung. Die Filiale in Mekko bedeutet einen Vorstoß nach dem Südwesten Deutschlands, um die Beziehungen zur lothringischen Industrie zu befestigen. Die Eröffnung der Zweigstelle in Bagdad ist das äußere Zeichen der imperialistischen Bestrebungen in Asien. Bekanntlich liegt die Finanzierung der Bagdadbahn in den Händen der Deutschen Bank.

### Verschmelzung Schaaffhausen-Diskont.

In Köln nahm gestern eine außerordentliche Generalversammlung des Schaaffhausener Bankvereins zu der Verschmelzung mit der Diskontogesellschaft Stellung. Zur Begründung des Fusionsplanes führte der Aufsichtsratsvorsitzende u. a. aus: Die Verschmelzung der Bergisch-Markischen Bank mit der Deutschen Bank zeigt in ihrer Wirkung deutlich die Tendenz, daß auch andere Berliner Großbanken den Wunsch hegen, in Rheinland und Westfalen selbst festen Fuß zu fassen, und wir müßten uns die Konsequenzen klar machen, die eine solche Entwicklung für uns nach sich ziehen würde. Es konnten für uns keine Zweifel bestehen, daß wir der vermehrten Tätigkeit der Konkurrenz in unserem eigenem Arbeitsgebiet, wollten wir gleichzeitig unsere Stellung in Berlin wahren, auf die Dauer nur dann ein wirksames Gegengewicht entgegenstellen könnten, wenn es uns gelang, unser Aktienkapital entsprechend zu erhöhen. Hieran würden wir aber auf absehbare Zeit durch die zur Überführung unserer eigenen Stärkung notwendige zurückhaltende Dividendenpolitik gehindert. Unter diesen Umständen wäre es wohl möglich, und ich darf vom Standpunkte der Verwaltung aus behaupten, „unverantwortlich“ gewesen, die sich uns durch eine Annäherung an die Diskontogesellschaft bietenden Möglichkeiten ungenutzt vorübergehen zu lassen.

Nachdem ein Vorstandsmitglied sich über die formelle Seite der Verschmelzung geäußert hatte, wurde von mehreren Aktionären sehr scharfe Kritik an den Vorschlägen der Verwaltung geübt. So wurde bemängelt, daß man für die lediglich formelle und überflüssige Selbständigkeit große Kosten (16 bis 20 Millionen Mark) aufwenden wolle. Eine völlige Verschmelzung sei da vorzuziehen. Mit 1366756 gegen 18000 Stimmen wurde der die Verschmelzung angenommene.

### Soziales.

#### Die Fünizehnjährige als Kassiererin.

Der Mißbrauch, den sich manche Prinzipale bei der Lehrlingshaltung zuzuschulden kommen lassen, indem sie den Jugendlichen eine ihnen nicht zukommende Verantwortung aufbürden, fand von seiten der 3. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts berechnete Zurückweisung.

Ein Seifenhändler Fritz Patorowski hatte die in dem Prozeß als Klägerin auftretende 15-jährige Eise K. als Lehrling angenommen. Sie sollte ein Jahr lernen und 20 M. Monatsvergütung erhalten. Bald zeigte sich aber, daß sich der Besagte für die 20 M. monatlich eine billige Arbeitskraft verschaffen wollte. Denn die Klägerin sollte gleich eine Pistole führen und war den ganzen Tag über bei sich selbst im Geschäft überlassen. So gut es ging, versuchte sie auch, dem Posten gerecht zu werden. Eines Tages kam es jedoch zu einer Kassen Differenz von 10 M. Ein anderer, ebenfalls noch sehr junges Mädchen, das die Klägerin einmal betreten hatte, behauptete nämlich, letzterer 15 M. Kassenbestand übergeben zu haben, während die Klägerin beteuerte, nur 5 M. erhalten zu haben. Diesen Vorfall nahm der Besagte zum Anlaß, das Lehrlingmädchen sofort zu entlassen.

In der Verhandlung konnte das als Zeugin geladene junge Mädchen seine Beschuldigung nicht voll aufrechterhalten, es wolle die 15 M. auf den Tisch aufgebracht haben, ohne selbst gesehen zu haben, ob Klägerin das Geld an sich genommen habe.

Das Kaufmannsgericht hielt den Tatbestand nicht für geklärt. Es verurteilte den Besagten zur Zahlung der geforderten 20 M. — Es sei ein großes Verschulden des Besagten, wenn er ein 15-jähriges Mädchen mit der Führung der Kasse beauftragte. Das Lehrlingmädchen könne unter den obwaltenden Umständen für das Konto nicht verantwortlich gemacht werden.

### Berichtszeitung.

#### Fritz Raffary als Klägerin.

In einer Verhandlung, welche unter Vorsitz des Amtsrichters Dr. Hoffbeinz gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte befasste, trat als Klägerin die Schauspielerin Fritz Raffary (Friederike Raffary) gegen den verantwortlichen Redakteur und Herausgeber der Zeitschrift „Die Standarte“, Ernst Redarsulmer aus Wilmerdorf, auf.

In der „Standarte“ vom 9. Dezember v. J. war ein von dem Besagten verantwortlicher gezeichnet Artikel enthalten, der sich im allgemeinen mit der Berliner Theatermiese und im speziellen mit dem wechselvollen Schicksal des „Theaters am Rollendorfsplatz“ beschäftigte. Es heißt dann weiter: „Selbst die gute Fritz Raffary ist dieser Bühne untreu geworden, die stumme Soubrette, die trotz alledem immer noch halberde Bemühender ihres Reueerkenntnis findet, obwohl ihre einzige Heiligkeit mit der Senus von Wilo darin besteht, daß sie ebenfalls schon ziemlich alt ist.“ Bemerkenswert ist, daß die Klägerin erst am 21. März 1882 geboren ist. In einem in der folgenden Nummer erschienenen Artikel, der sich mit dem Ausscheiden der 70-jährigen Anna Schramm beschäftigt, wird im Gegenfall zu dieser von der Fritz Raffary gesagt, daß man bei dieser „Spuren einstiger Schönheit in ihren harten und scharfen Zügen“ nicht erkennen könne. — Da diese Behauptungen, die außerdem nicht im Rahmen einer Kritik, sondern in Form einer Blauderei gefallen wären, nach Ansicht der Frau Raffary den Stempel der absichtlichen Verhöhnung an sich trügen, ließ sie die vorliegende Privatklage einleiten.

Nach längeren Ausführungen der Vertreter der Parteien kam das Gericht zu der Beurteilung des Besagten mit dem Hinweis, daß der Artikel deutlich erkennen lasse, daß es dem Verfasser nur darauf angekommen war, der Klägerin ein ausgemisches, das Urteil lautete auf 100 Mark Geldstrafe.

#### Justiz und Verwaltung in Personunion.

Großes Aufsehen erregt in Deutsch-Ostafrika ein kürzlich vor dem kaiserlichen Bezirksgericht Ruansa verhandelter Prozeß wegen Beamtenebeidigung. Die Verhandlungsberichte zeigen eine derartig enge Verquickung von Justiz und Verwaltung, die für deutsches Rechtsempfinden geradezu empörend ist.

Der Pfleger K. fühlte sich durch Verbreitung angeblich unwahrer und ehrenkränkender Behauptungen des Bezirksamtsgehilfen Wärfel beleidigt und wandte sich daher beschwerdeführend an dessen Vorgesetzten, den kaiserlichen Bezirkskommandant, Regierungsrat Gunzeri zu Ruansa. Das Bezirksamt strengte daraufhin gegen den Pfleger Klage an wegen — Beamtenebeidigung. Der beschwerdeführende Pfleger sah sich damit plötzlich auf die Klagebank versetzt und der Möglichkeit der zugegenen Behauptungen seiner Behauptungen beraubt. Als Richter in dieser Angelegenheit erdicht, da der Bezirkskommandant, Regierungsrat Gunzeri in seiner Eigenschaft als Zeuge an der sonst ihm zustehenden Prozedur verhindert war, der diesem unmittelbar unterstellte Akseffor Boormann. Als Staatsanwalt fungierte der Vorsteher des Hauptquartiers. Von der gesetzlich zulässigen Zuziehung von landeskundigen Beisitzern machte der erst seit kurzem im Lande befindliche Richter keinen Gebrauch.

Selbst wenn man den unterfertigen afrikanischen Verhältnissen Rechnung trägt, muß eine derartige Gerichtsverhandlung, die Justiz und Verwaltung geradezu in Personunion vorführt, als eine staatsrechtlich unzulässige Ungeheuerlichkeit bezeichnet werden. Nach den ausführlichen Verhandlungsberichten der „Mabarara-Vost“ war der Pfleger als Zeuge zu vernehmende Bezirkskommandant nicht nur derzeit im Verhandlungsraum anwesend, sondern suchte gar unangefordert in die Verhandlung einzugreifen. Der ohne Rechtsbeistand erschienenen Angeklagte sah sich daher genötigt, formell dem

Antroz zu stellen, den Bezirksamtmann Regierungsrat Gungert aus dem Verhandlungsraum zu verweisen. Man male sich eine derartige Situation aus! Der als Richter fungierende junge Affessor soll seinen direkten Vorgesetzten aus dem Verhandlungsraum weisen! Regierungsrat Gungert ersparte seinem Untergebenen die peinliche Amtshandlung, indem er freiwillig hinausging. Nach Schluß der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten 450 Mark Geldstrafe, der Richter erkannte im Namen des Kaisers auf 4 Monate Gefängnis.

**Ein dramatischer Auftritt in der Verhandlung**

entstand, als der Angeklagte sich darüber beschwerte, daß seine Belastungszeugen das von ihm aufgeborene Protokoll nicht nur lange Zeit vorher in Händen gehabt, sondern sogar mit beleidigenden Randbemerkungen versehen hätten. Im Bericht der Kammerpräsidentin heißt es darüber: Angekl.: Würfel hat Bleistiftnotizen am Rand des von mir vor dem Berichtsschreiber aufgegebenen Protokolls gemacht. — Richter: Woher wissen Sie das? — Angekl.: Das weiß ich. Ich habe die Bemerkungen selbst gesehen. — Richter: (sehr erhaunt): Wie? Sie haben die Akten eingesehen? (Nähe den Fall sofort protokollieren.) Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß es vielleicht besser gewesen wäre, wenn Sie die Sache mit dem Protokoll nicht zur Sprache gebracht hätten. — Angekl.: Warum nicht? — Richter: Nun, Sie werden doch wohl nicht gut angesehen können, wie Sie zu der Einsicht der Akten gekommen sind. — Angekl.: Mein Protokoll ist mir von einem Beamten offiziell vorgelegt worden. — Richter: Offiziell? Wie können Sie so etwas behaupten? — Angekl.: Von einem Beamten, hier im Bureau im Dienst. — Ist das nicht offiziell? Ich kann auch den Namen des Beamten nennen. — Richter: (ordnet die Protokollierung an, diktiert): daß ihm die Akte vorgelegt habe. — Angekl.: Nein, Herr Affessor, nicht die Akten, sondern nur das Protokoll, und von diesem auch nur die Hauptsache. Der Bogen, welcher die Verfassungen enthält, war nicht dabei. — Richter: Also: (diktiert) „ein Teil der Akten“. — Angekl.: Das stimmt. — Richter: (diktiert) den Namen des Beamten zu nennen, weigert sich Angeklagter. — Angekl.: Nein, Herr Affessor! Ich habe gesagt, ich kann auch den Namen des Beamten nennen. — Richter: Das haben Sie nicht gesagt. Sie haben gesagt: Sie wollten den Namen des Beamten nicht nennen. — Angekl.: Ich habe gesagt, ich kann den Namen des Beamten nennen. Aber wenn Sie das anders gehört haben, so bitte ich das andere zu protokollieren und ich erkläre dann jetzt: Ich kann den Namen des Beamten nennen. — Richter: Wer ist es denn? — Angekl.: Der Herr Affessor selbst? — Richter: (bestürzt) Was? — Ja? — Angekl.: Ja! Ich bin vor etwa 14 Tagen hier war, um die Zeugen zur Hauptverhandlung zu nennen, sagte ich zu Herrn Affessor: Ich kann keine neuen Zeugen zur Hauptverhandlung beibringen, weil der Bezirksamtmann Regierungsrat Gungert mir das verboten hat. Die notwendigen Zeugen aber habe ich ja im Protokoll namentlich gemacht. Allerdings sind ja drei neue Anklagepunkte hinzugekommen und zwei alte sind anders gefaßt. Wenn es aber recht ist, bitte ich die alten Zeugen aus dem Protokoll herauszuschreiben zu dürfen, damit wenigstens die geladen werden. Darauf haben Herr Affessor mir hier am Tisch das Protokoll, welches noch nicht gefaßt war, gegeben. Ich bin dort in die Angeln gegangen und habe mir die Zeugen herausgeschrieben. Dabei sah ich die Randbemerkungen, und da sie für mich interessant genug waren, merkte ich sie mir. — Richter: (halb lächelnd) Na, das könnte ja sein. — Angekl.: Nein, das ist so, Herr Affessor. Mein Protokoll ist sowohl vom Herrn Regierungsrat Gungert wie auch vom Herrn Wirtschaftsgehilfen Würfel mit Bleistiftbemerkungen versehen. Ich siehe hier heute ohne Rechtsbeistand vor Gericht und kann als Laie nicht wissen, ob es zulässig ist, daß meinen Belastungszeugen mein Protokoll seit zwei Monate vor der Verhandlung zur Einsichtnahme und zum Anbringen von beleidigenden Randbemerkungen vorliegt. Ich muß aber sagen, daß ich das unter allen Umständen für vollkommen unzulässig halte. Ich verlese hier die Bemerkungen der Reihe nach, wie sie im Protokoll stehen: Würfel schreibt: Ist gemein, unwahr, Unstimmig! — Ist unwahr, stimmt nicht! — Lüge! — Sollte niemand verdächtigt, glaube es nicht! — unwahr, ist gemein — Niemand — kann sein, erinnere mich nicht mehr genau. — Ist gelogen — Ich behauptet, — die Verdächtigung ist gemein, niederträchtig.

Es lebe unsere Kolonialpolitik!

**Zur preussischen Jurendisziplin**

Die Rechtsunsicherheit gegen Entmündigung betrachtet folgender Fall: Im November d. J. wurde in Heilsberg (Ostpr.) Amtsgerichtsrat a. D. Hoppe, ein älterer leidender Herr, plötzlich von mehreren Männern gewaltsam aus seiner Wohnung geholt und im Auto nach dem katholischen Krankenhaus geschafft. Einige Tage später verfügte der Bürgermeister, der die Verhaftung nicht angeordnet hatte, die Freilassung des Herrn Hoppe. Dieser stellte darauf wegen Hausfriedensbruchs, Körperverletzung, Nötigung und Freiheitsberaubung gegen die schuldigen Personen Strafantrag. Doch der Staatsanwalt in Vartenstein lehnte eine Verfolgung mit der Begründung ab, die Beschuldigten wären von Dr. Vorsch, dem leitenden Arzt des St.-Georgens-Hospitals, und vom Rentier Kolberg (einem Verwandten des Herrn H.) zu der Ueberführung nach dem Krankenhaus beauftragt worden, weil Dr. Vorsch den Hoppe für gemeingefährlich geisteskrank hielt. Den Beschuldigten sei das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit nicht nachzuweisen, und die Behauptung, H. sei mißhandelt worden, werde bestritten und von Zeugen nicht bestätigt. Das Zeugnis des Hoppe reichte zur Verfolgung nicht aus. Schon dieser Vorfall ist ungemein bezeichnend. Ohne Mitwirkung der Crispolizeibehörde (der Bürgermeister mußte nichts davon) läßt der Leiter eines Krankenhauses einen Bürger aus seiner Wohnung abholen und nach dem Krankenhaus bringen. Doch es kommt noch ganz anders.

Einige Zeit darauf wurde Hoppe wieder aus seiner Wohnung gewaltsam geholt und in ein Automobil geschafft, worauf man mit ihm nach der Irrenanstalt Kortan fuhr. Es wurde nunmehr das Entmündigungsverfahren gegen ihn betrieben. Hoppe wandte sich an zwei Rechtsanwälte und bat um ihren Rechtsbeistand. Seit über vier Monaten schweigt bereits das Verfahren; aber bislang haben weder Hoppe noch die beiden Anwälte Einsicht in das Aktenmaterial erhalten. H. hat Beschwerden über Beschwerden an die verschiedenen Instanzen gesandt. Ein Erfolg ist nicht erzielt worden. Die Rechtsanwälte haben sich auch wiederholt beschwert. Doch auch ihre Bemühungen sind erfolglos geblieben. Bereits am 28. Januar hat das Amtsgericht zu Heilsberg dem einen Anwalt Einsichtnahme in die Akten versprochen, sobald die Geschäftslage es gestatte. Jetzt haben wir Ende Mai und der Anwalt kennt immer noch nicht die Akten. Eine Beschwerde hat das Landgericht Vartenstein zurückgewiesen, weil Hoppe nicht geschäftsfähig sei, und die Vollmacht, die er dem Anwalt erteilt habe — rechtsunwirksam sei.

Was jedem Würder ohne weiteres eingeräumt werden muß, wird hier dem Manne, der gemeingefährlich geisteskrank sein soll, verweigert. Das ist natürlich ganz unhaltbar. Hoppe soll u. a. zum Vorwurf gemacht werden, daß er „Eckentischen“ juristischen Rat erteilt habe, in den Restaurants Skandal mache, den „Vorwärts“ lese, mit Sozialdemokraten im Verkehr stehe und Artikel für die sozialdemokratische Presse geschrieben habe. Wir können vorläufig unmöglich annehmen, daß diese Angaben, die zum Teil vollkommen unrichtig sind, zum Belastungsmaterial gehören. Doch mag der Fall liegen wie er wolle, verlangt muß unter allen Umständen werden, daß den Rechtsanwälten das Aktenmaterial schleunigst vorgelegt wird.

**Der Herrenabend des „Artistenklub Roland“**

In dem Prozeß wegen des von dem „Artistenklub Roland“ in den „Pferdeställen“ veranstalteten Herrenabends wurde gestern nachmittags das Urteil verkündet. Die Hauptbeteiligten Blum, Lehmann und Böhm wurden zu je 3 Monaten und 2 Wochen Gefängnis, Rolke zu 4 Monaten und 2 Wochen und Rombach zu 3 Monaten und 5 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte Wernau, der Besitzer der „Pferdeställe“, wurde von der Anklage der Kuppelei und des Tändelns von Glückspielen freigesprochen und nur wegen Beihilfe zum Vergehen der Erregung öffentlichen Argernisses zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden mit Gefängnisstrafen von 10 Tagen bis zu 6 Wochen belegt. — Der Staatsanwalt hatte Gefängnisstrafen von 1 Monat bis zu 1 Jahr gegen die Angeklagten beantragt. — In der Urteilsbegründung hob der Vorsitzende hervor, daß das Gericht trotzdem die Tatsache angeklagt habe, daß derartige Veranstaltungen schon wiederholt von den Angeklagten und auch von anderen großen Vereinen arrangiert worden seien, ohne daß seitens der Polizei eine Beanstandung erfolgt sei.

**Urteil im Kieler Werftprozeß**

Im Bestechungsprozeß, der sich im Anschluß an den früheren Kieler Werftprozeß entwickelt hatte, wurde am Donnerstag, nachts 2 Uhr, das Urteil verkündet. Das Gericht sprach alle Angeklagten bis auf den Kaufmann Reugebauer schuldig. Den Angeklagten, früherem Gefängnisoberaufseher Hiesermann und früherem Gefangenenaufseher Rolff wurden mildernde Umstände befohlen. Hiesermann erhielt drei Jahre Zuchthaus, Rolff zwei Jahre Zuchthaus. Außerdem wurde gegen jeden auf fünf Jahre Ehrverlust erkannt. Der frühere Hausvater Böblers erhielt vier Monate Gefängnis und der frühere Hilfsaufseher Griese drei Monate Gefängnis, Kaufmann Frankenthal zweieinhalb Jahr Gefängnis mit fünf Jahren Ehrverlust, Käthe Frankenthal und der Diplomingenieur Heintze je 300 Mark Geldstrafe, Reugebauer wurde freigesprochen. Die Beurteilten lehnten sämtlich bis auf Böblers die Annahme des Urteils ab. Alle bisher in Haft genommenen wurden darauf dem Gefängnis wieder zugeführt.

**Der Kavalier als Erpresser**

Der Kaufmann Karl Schmidt in Karlsruh, Godesberger Str. 3, erludt und um Mitteilung, daß er mit dem wegen Erpressung beurteilten Karl Schmidt nicht identisch ist.

**Versammlungen.**

Die Eisen-, Metall- und Revolverdecker vom Deutschen Metallarbeiterverband nahmen in zwei kurz belauften Versammlungen Stellung zum Jahresbericht der Agitationskommission. Branchenvertreter Rich. Müller führte einleitend aus, daß die Branche auf ein zehnjähriges Bestehen blicken könne. Es sei deshalb angebracht, einmal die Entwicklung der Branche sowie die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse kurzulegen. Besonders das letztere sei notwendig, um die vielen Rippenhandnisse zu beseitigen. Mancher innere Streit würde vermieden werden, wenn über diesen Punkt volle Klarheit bestände. Die verhältnismäßig günstige Stellung der Dreher im Produktionsprozeß der Metall- und Stahlbetriebe ist für die Gründung und organisatorische Entwicklung der Branche von erheblichem Einfluß gewesen. Im Jahre 1900 waren 2056 Dreher im Metallarbeiterverband organisiert. 1913 waren es 8504. 12 Jahre brachten Mitgliederzunahme, während 2 Jahre, 1908 und 1913, erhebliche Verluste aufwiesen. Diese beiden Jahre waren Krisenjahre, wodurch die Verluste begreiflich werden. Das Organisationsverhältnis ist von jeher ein gutes gewesen. Statistiken vom Jahre 1907, 1910 und 1913 geben darüber ausführlich Auskunft. Bei der statistischen Erhebung im Jahre 1913 wurden 7246 Personen erfaßt — ohne die Gelbmetallbetriebe —, davon waren 88,5 Proz. organisiert. Von den 11,5 Proz. Nichtorganisierten gehörten 4,9 Proz. gelben Verbänden an. Bei diesen statistischen Erhebungen sind alle an Dreherwerken beschäftigten Personen berück-

sichtigt worden, gleichviel ob gelernt oder ungelern, ob längere oder kürzere Zeit als Dreher beschäftigt. Dadurch wird das Organisationsverhältnis ungünstig beeinflusst. In welchem Umfange dies der Fall ist, zeigt ein Blick auf die Statistik über die Berufsarten. Im Jahre 1907 hatten 34,4 Proz. der erfaßten Personen keine Lehrgangzeit als Dreher, 1910 waren es 29,5 Proz. und 1913 liegt die Zahl auf 30 Proz. Besonders in letzter Zeit macht sich das Festhalten, gelernte Dreher durch ungelernete zu ersetzen, sehr bemerkbar, was durch die technische Entwicklung sehr begünstigt wird. Andererseits muß konstatiert werden, daß sich der größte Teil der ungelerneten Kollegen zum qualifizierten Dreher durchgearbeitet haben, was im Kampf mit den Unternehmern von erheblicher Bedeutung ist. Die ungelerneten Kollegen sind nicht nur der Organisation zugeführt worden, es ist auch versucht worden, sie im Dienste den gelernten gleichzustellen. Die Statistiken zeigen in dieser Hinsicht erfreuliche Resultate. — Ueber die Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden ebenfalls umfassende statistische Erhebungen aufgenommen. Im allgemeinen ist ein Steigen der Löhne zu konstatieren. Dagegen haben sich die Arbeitsbedingungen verschlechtert. Alle Berliner Großbetriebe sowie die meisten Mittelbetriebe sind mehr oder weniger nach dem Taylorsystem reformiert worden. Ueberall finden wir die von Taylor vorgeschriebenen Arbeits- oder Kalkulationsbureau und die von diesen Bureau ausgeübte Arbeitskontrolle und Zeitstudie. Verschiedene Werke arbeiten seit Jahren nach diesem System, während andere erst vor kurzem dazu übergegangen sind. Eine oberflächliche Betrachtung dieser Werke zeigt schon die Wirkung des neuen Systems. Die Agitationskommission hat umfangreiche statistische Erhebungen veranstaltet, um genaues Material zu erhalten. Es wurden persönliche Fragebogen sowie Betriebsfragebogen an die Vertrauensleute ausgegeben. Dabei wurde festgestellt, daß das Arbeitsverhältnis der Dreher sehr unsicher geworden ist. Während in früheren Jahren die Dreher im Betriebe gehalten wurden und nur selten ihre Arbeitsstelle wechselten, findet heute ein großer Wechsel statt. Durch die Erhebungen wurde z. B. festgestellt, daß 64,7 Proz. der befragten Kollegen weniger als ein halbes Jahr im letzten Arbeitsverhältnis beschäftigt waren. Davon 22 Proz. weniger als 4 Wochen und 7,8 Proz. weniger als 1 Woche. 39 Proz. der befragten Kollegen wurden von dem Vorgesetzten direkt entlassen und 61 Proz. nahmen freiwillig ihre Entlassung. Als Grund der Entlassung resp. das freiwillige Verlassen der Arbeitsstelle gaben 36,5 Proz. schlechte Affordpreise, Preisdifferenzen und Abzüge an, 24,5 Proz. Mangel an Arbeit und 17 Proz. hatten andere Ursachen. Durch die Arbeitskontrolle und die Zeitstudie — beides typische Merkmale des Taylorsystems — werden die besseren Afforde ermittelt und im Preise gefügt, die schlechten Affordpreise dagegen nicht aufgebessert. Das Erreichen des Durchschnittsverdienstes wird immer schwieriger. Viele Kollegen sehen dieser Erscheinung verständnislos gegenüber. Aufklärung ist deshalb notwendig, um Verständnis für die kommenden großen Kämpfe zu schaffen.

Grellstein gab den Kassenbericht, Belleri berichtete über die erledigten Beschwerden.

Der Jahresbericht rief eine lebhatte Diskussion hervor. Dem Brandenvertreter wurde vorgeworfen, er sei zu ausführlich auf das Taylorsystem eingegangen, das doch schon allen Kollegen bekannt sei. Das Ueberstundenwesen sei nicht genügend bekämpft worden. Ein Antrag Wapigkeil verlangt andere taktische Maßnahmen für Betriebe mit Schichtarbeit. Beim Kassenbericht wurden die großen Ausgaben für den letzten Kassenabend kritisiert.

Müller wies in seinem Schlusswort die Vorwürfe zurück. Gerade die Diskussion habe gezeigt, daß über das Taylorsystem und unsere Arbeitsbedingungen noch recht viel Unkenntnis bestehe. An der Hand des schriftlichen Agitationsberichtes vom August 1913 legte er weiter klar, daß gegen das Ueberstundenwesen alles nur mögliche getan worden sei, auch sind die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen worden. Die großen Kosten des letzten Kassenabends sind durch das umfangreiche Programm entfallen. — Der Antrag Wapigkeil sollte nach der Wahl der Kommissionsmitglieder revidiert werden, was bei der vorgezeichneten Zeit nicht mehr möglich war. Müller erklärte sich bereit, den Kollegen eine schriftliche Darstellung der Arbeitsverhältnisse zugänglich zu machen und soll dann der Antrag Wapigkeil revidiert werden.

Bei der Wahl des Brandenvertreter wurde von einer kleinen Gruppe eine scharfe Opposition gegen Müller entfaltet. Müller führte diese Opposition darauf zurück, daß er als Brandenvertreter oft verpöndelt gewesen sei, den Kollegen bittere Wahrheiten zu sagen; er werde dies auch in Zukunft tun. Die Abstimmung ergab seine Wiederwahl zum Brandenvertreter gegen wenige Stimmen. — Die Wahlen der übrigen Kommissionsmitglieder erfolgten ohne wesentliche Diskussion.

**Jugendveranstaltungen.**

**Schöneberg.** Am 1. und 2. Pfingstfeiertag findet eine zweitägige Partie nach Oberswalde-Kloster Chorin-Niederstarn-Oberberg-Fresenwalde statt. Die Unkosten betragen inkl. Fahrt, Ueberrachten, zweimal warmes Essen ungefähr 3 M. Treffpunkt: Sonnabend abend 9 Uhr, Koller-Wilhelm-Platz.

**Sonnitag, den 31. Mai (1. Pfingstfeiertag)** findet eine Tagestour nach Wannsee-Roorlose-Soltau-Köpenick-Bladow statt. Jahrgeld 75 Pf. Treffpunkt: Sonntag früh 7 Uhr, Koller-Wilhelm-Platz.

**Reinickendorf-Ch.** Pfingsten findet eine zweitägige Partie nach dem Werbellin- und Schimmigke statt. Abfahrt Sonnabend abend 9,22 Uhr, Bahnhof Gesundbrunnen. Jahrgeld und Nachlager zins 3,50 M. Proportant für 2 Tage, sowie Kocher und Wiederbücher sind mitzubringen.

**Reinickendorf-Werk.** Zur zweitägigen Pfingstpartie über Biesenthal-Marienwerder-Werbellinsee-Golow-Kloster Chorin-Oberswalde ist Treffpunkt Sonnabend abend 9,5 Uhr, im Jugendheim. Wiederbücher, Badehosen und Kochgeschirr sind mitzubringen. Jahrgeld 2,10 M.

**Wetterprognose für Freitag, den 29. Mai 1914.**

Ein wenig wärmer, zeitweise aufklarend, aber noch vorwiegend trüb mit geringen Regenfällen und mäßigen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

**Stiller**  
Gegr. 1867

**Reizende Neuheiten**  
der diesjährigen Sommer-Mode finden Sie in den Geschäften der alten Stiller-Firma auf das Reichhaltigste vertreten.  
Beachten Sie bitte unsere Schaufenster!

**Haupt-Geschäft: Jerusalemer Straße Nr. 32-35**  
Potsdamer Straße Nr. 2 | König-Strasse Nr. 25-26 | Chaussee-Strasse 114-115  
Tauentzien-Strasse 19 a | Rosenthaler Straße Nr. 5 | Schönberg-Str. 146  
Tauentzien-Strasse 7 b | Oranien-Strasse Nr. 101 | Neubölln, Berg-Strasse 95  
Friedrich-Strasse Nr. 75 | Gr. Frankfurter Str. 123 | Charl., Wilmersdorfer Str. 6

Verkaufsstellen in vielen Großstädten Deutschlands.

# A. Wertheim

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

# Billige Lebensmittel

## Frisches Fleisch

**Ochsenfleisch**  
Roastbeef mit Knochen . . . Pfund 1.00  
Roastbeef ohne Knochen . . . Pfund 1.40  
Schmorfleisch mit Knochen Pfund 90 Pf.  
Schmorfleisch oh. Knochen Pfund 1.00  
Spanrippe 70 Pf., Querrippe 65 Pf.  
Gehacktes 60 Pf., Roher Taig 50 Pf.

**Schweinefleisch**  
Schinken Pfund 70 Pf. geteilt 75 Pf.  
Kamm u. Schutt . . . Pfund 80 Pf.  
Lieser Pfund 55 Pf. Rücken fett 45 Pf.  
Eisbein (Dickbein) . . . Pfund 50 Pf.  
Pöklerinderbrust . . . Pfund 85 Pf.  
Pökellungen . . . Pfund 1.20  
Kassler im ganzen . . . Pfund 85 Pf.

## Wurstwaren

Schinkenwurst . . . Pfund 1.25  
Zervelat u. Salami . . . Pfund 1.15  
Magerer Speck . . . Pfund 85 Pf.  
Fetter Speck . . . Pfund 70 Pf.

Aus eigener Wurstfabrik

Teewurst . . . Pfund 1.20  
Bauernmettwurst . . . Pfund 1.10  
Jagdwurst . . . Pfund 1.00  
Pastetenleberwurst Pfund 1.05  
Landleberwurst . . . Pfund 85 Pf.  
Rotwurst . . . Pfund 45, 65 Pf.

## Butter und Käse

Koch-, Backbutter Pfund 1.00, 1.10  
Tischbutter Pfund 1.18, Pfund-Pak. 59 Pf.  
Tafelbutter Pfund 1.25, Pfund-Pak. 63 Pf.  
Schweizer Käse . . . Pfund 80 Pf.  
Limburger Käse . . . Pfund 35 Pf.  
Harzer Käse Kiste 100 Stück 1.05

Junge Gänse . . . Pfund 98 u. 1.25  
Junge Enten . Stück 2.40 bis 3.95  
Junge Hamburg. Enten St. 4 10  
Supp-, Brathühn. 2.15 bis 2.90  
Schleibückl. 8 St. 20 Pf., 2 St. 10 Pf.  
Flundern . . . Pfund 30 und 40 Pf.  
Ger. Aale 1.10 u. 1.50, Bund 38 Pf.  
Sardellen . . . Pfund 65 und 85 Pf.

## Fische

Kabeljau in ganzen Fischen, 12 Pf., ohne Kopf . . . Pfund  
Schellfisch in ganzen Fischen, Pfund  
Rotzungen . . . Pfund 12 u. 20 Pf.  
Bratschollen . . . Pfund 12 Pf.  
Steinbutt . . . Pfund 70 Pf.  
Makrelen . . . Stück 23 Pf.  
Lachs in ganzen Fischen, Pfund 45 Pf.  
Lebende Hechte . . . Pfund 1.10  
Lebende Aale Pf. 85 Pf. bis 1.40  
Lebende Schleie . . . Pfund 1.25  
Lebende Krebse Mal. 45 Pf. bis 4.00  
Solo-Krebse . . . Stück 40 u. 60 Pf.

## Obst und Gemüse

Spargel . . . Pfund 10 bis 60 Pf.  
Erdbeeren . . . Pfund 45, 65 Pf.  
Blumenkohl Kopf 10, 15, 20 Pf.  
Knupperkirschen . . . Pfund 30 Pf.  
Stachelbeeren . . . 2 Pfund 35 Pf.  
Rhabarber . . . 5 Bund 10 Pf.  
Kohlrabi . . . Mandel 30 Pf.  
Junge Schoten . . . 2 Pfund 25 Pf.  
Junge Mohrrüben . . . Bund 25 Pf.  
Spinat . . . 3 Pfund 10 Pf.  
Salat . . . 3 Käfte 10 Pf.  
Gurken . . . Stück 8, 15, 20 Pf.  
Radieschen . . . 6 Bund 10 Pf.

# Theater und Vergnügungen

Freitag, 29. Mai 1914.  
Anfang 5 Uhr.  
Passage-Theater. Kino-Varieté.  
Poröbamer Naturtheater. Mit-  
Potöbann.  
Anfang 7 Uhr.  
Deutsches Opernhaus. Barfisch.  
Sines Hollendorf-Theater.  
Lichtspiele.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Kgl. Schauspielhaus. Der Weibchen-  
treiber.  
Deutsches. Was ihr wollt.  
Leistung. Beer Gant.  
Anfang 7 3/4 Uhr.  
Metropol. Die Kette um die Welt  
in 40 Tagen.  
Anfang 8 Uhr.  
Urania. Zum Hochten der Jung-  
frau.  
Kgl. Opernhaus. Coppelia.  
Kammerspiele. Frühlingserwachen.  
Schiller O. Ueber unsere Kraft.  
I. Teil.  
Schiller Charlottenburg. Klein-  
Eva.  
Deutsches Künstler-Theater.  
Der Raub der Sabinerinnen.  
Verfälscht. Wie einst im Mai.  
Königsgräber Straße. Mr. Wu.  
Theater des Westens. Polenblut.  
Kleines. Verlobung auf Kagos.  
Thalia. Wenn der Frühling kommt.  
Nose. Die Dollarprinzessin.  
Montis Operetten. Jung-England.  
Lustspielhaus. Die spanische Fliege.  
Herrfeld. Ein Reinfall. Deal  
ist übermorgen. Richard-Diaria.  
Theater am Hollendorfsplatz.  
Der Juxbaron.  
Apolo. Spezialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Säger.  
Palast-Theater. Das Mirakel.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Komödienhaus. Kammermusik.  
Weidens. Jeannettes Dunkelkammer.  
Friedrich-Wilhelmstädt. Die Förster-Christl.  
Die Förster-Christl.  
Zirkus Busch. Das Mirakel.  
Theater an der Weidendammer  
Brücke. Der müde Theodor.  
Walhalla. Zwischen Himmel und  
Erde.  
Lustig. Nur ein Traum.  
Solles Caprice. Der Luftturner.  
Das Kammer. Das Erdbeben.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Neues Gold-Theater. Hans  
Gudebein.  
Admiralspalast. Im Tangoklub.  
Sternwarte. Jubiläumstr. 57-62  
Schiller-Theater O. Theater.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Ueber unsere Kraft (I. Teil).  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Klein Eva.  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
Geschäft ist Geschäft.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Im weißen Röbi.  
Montag, abends 8 Uhr:  
Klein-Eva.  
Schiller-Theater Charlotten-  
burg.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Klein Eva.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Krieg im Frieden.  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
Rosenmontag.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Die Maschinenbauer.  
Montag, nachmittags 3 Uhr:  
Wilhelm Tell.  
Montag, abends 8 Uhr:  
Krieg im Frieden.  
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.  
Die letzten 5 Tage  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Theater des Westens.  
8 Uhr: Polenblut.  
1. Juni: Gastap. Pawlowa.

Theater in der Königsgräber Straße  
Zum 50. Male! 8 Uhr:  
Mr. Wu.  
Komödienhaus.  
8 1/2 Uhr:  
„Kammermusik“.  
Berliner Theater.  
8 Uhr:  
Wie einst im Mai.  
Deutsches Künstlertheater  
Sozietät.  
Nürnbergstraße 70/71, am Zoo.  
Kasse: Nollendorf 1382.  
Freitag, 8 Uhr:  
Der Raub der Sabinerinnen.  
Sonntag, 8 Uhr: Zum 25. Male:  
Schnelder Wibbel.  
Walhalla-Theater.  
Weinbergsweg 19/20.  
Täglich abends 8 1/2 Uhr  
Zwischen Himmel  
und Erde.  
Liegertkomödie in drei Akten  
von Ernst Landl.  
Theater am Nollendorfsplatz 5.  
8 Uhr:  
Der Juxbaron.  
Theater a. d. Weidendammerbrücke.  
Täglich 8 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.  
Zum 80. Male:  
mit sensationellem Lacherfolge:  
Der müde Theodor.  
Residenz-Theater.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Jeannettes Dunkelkammer  
Schwanz in 3 Akten von  
Benedikt Zachmann.  
Kragen und folgende Tage:  
Jeannettes Dunkelkammer.  
ROSE-THEATER  
Große Frankfurter Str. 132.  
Die Dollarprinzessin.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag, zum erstenmal: Das  
Kästel-Weib.  
Sonntag auf der Gartenbühne:  
Rund um die Erde.  
Folies Caprice.  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
er Luftturner.  
Das Karnickel.  
Das Erdbeben.  
Passage-Panoptikum.  
Lebend!  
Die letzten  
weiblichen  
Azteken!  
Der unfesselbare Rappo,  
der König der Ausbrecher.  
Aga, die schwelende Jungfrau.  
Buddhas Geisterfahne.  
Alles ohne Extra-Entree!  
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Sozialdemokratischer Wahlverein  
für den  
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.  
**Zwei Früh-Konzerte**  
am Sonntag, 31. Mai 1914 (1. Pfingstfeiertag)  
bei Ludwig, Treptow, Am Treptower Park  
am Montag, 1. Juni 1914 (2. Pfingstfeiertag)  
in d. Etablissement Brauerei Friedrichshain  
Eröffnung 4 Uhr. \* Billett 20 Pf. \* Anfang 5 Uhr.  
213/19 Guten Beach erwartet Das Komitee.

Sechster Berliner Reichstags-Wahlkreis.  
**Großes Früh-Konzert**  
am Sonntag, den 31. Mai (1. Pfingstfeiertag)  
im Berliner Prater, Kastanien-Allee 6/7.  
Konzert u. erstklass. Spezialitätenvorstellung.  
Eröffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Eintrittskarten 30 Pig.  
Die Eintrittskarten sind an den bekannten Stellen und an der Kasse zu haben.  
Das Komitee.

URANIA  
Taubenstraße 48/49.  
8 Uhr:  
Zum Hochfira der  
Jungfrau.

ZOOLOG  
ischer Garten  
Täglich ab 4 Uhr:  
Großes Militär-  
Doppel-Konzert.  
Eintrittspreise:  
Zoo 1 M., von 6 Uhr ab 30 Pf.  
Aquar. IM. v. d. Str. 50 Pf. v. Zoo  
Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.  
Neu! Neu!  
AQUARIUM  
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends

Metropol-Theater.  
Abends 7 Uhr 55 präglie:  
Die Reise um die Erde  
in 40 Tagen.

WINTERGARTEN  
Neues Programm!  
**Radjah**  
in ihren Tänzen  
Johnson u. Dean Jeannette Denarber  
Ragtime mit ihrem  
Sextett Ballon  
und eine Auswahl  
hervorragender Kunstkräfte!  
Entreepplatz wochentags  
M. 0.60.  
- Rauchen gestattet!

Reichshallen-Theater.  
Stettiner Säger.  
Herr D'rektor Kuhlicke  
Burlische non  
Nenjel.  
Anfang 8 Uhr,  
Sonntags  
7 1/2 Uhr.

Apollo-Theater.  
8 Uhr Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr  
10  
Welt  
-Attraktionen.  
Schluß der Saison!  
Sonntag, 31. Mai.  
Rauchen gestattet!

Brauerei Friedrichshain.  
1. u. 2. Pfingstfeiertag  
**Große Früh-Konzerte**  
2. Pfingstfeiertag: Sommerfest d. Männerges.-Vereins  
M. d. D. A. - S. - B. Dir. Thilo.  
Namenlos. Vokal-Konzert u.  
Tonkünstler-Orchester.  
Spezialitäten-Vorstellung.  
U. a.: Die Truppe Blackwells vom Zirkus Busch.  
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

R. Voigts Krampenburg vis-a-vis  
Schmückwitz  
An allen drei Feiertagen:  
Von früh an:  
bei stark besetztem Orchester.  
**Großer Ball**

Zirkus Busch.  
Gastspiel des  
Deutschen Theaters  
Direktion: Max Reinhardt.  
Das  
Mirakel  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Vorverkauf an der Kasse des  
Deutschen Theaters, Zirkus  
Busch und A. Wertheim.  
Preise der Plätze von 1-10 M.

EVA  
ERSTE  
VARIETE  
AUSSTELLUNG  
am Zoolog. Garten.  
Verlängert  
bis Pfingsten!  
Täglich bis 11 Uhr abds. große  
Vorführungen auf 5 Bühnen mit  
reichem Progr. Sensat.: Looping  
the Loop - Der Tanz durch d. Jahr-  
hunderlo. - Publikusier-Könige d.  
Luft u. v. a. m. Horsters Zauber-  
theater, F. W. Conradi, Otto Salzer.

Voigt-Theater  
Sadstraße 58.  
Geschlossen bis 30. Mai!  
Eröffnung der Sommer-  
saison am 31. Mai (1. Pfingst-  
feiertag).

Admiralspalast.  
Eis-Arena.  
Die  
Novität „Im Tangoklub“  
und das effektvolle Eisballer  
„Die lustige Puppe“.  
Bis 6 Uhr und ab 10 1/2 Uhr  
halbe Kassenpreise.  
Wein- und Bier-Abteilung.  
Berliner Uik-Trio  
Adr: Neukölln Lahnstr. 74





Kundschaft vergriffen und für eigene unglückliche Spekulationen verbraucht haben. Die Passiven des Bankhauses werden nach den ersten Feststellungen auf 14 bis 15 Millionen Frank geschätzt, denen Aktiven im Werte von annähernd drei Millionen Frank gegenüberstehen. Zu den Leidtragenden gehören vor allem Mitglieder der sogenannten höheren Gesellschaftskreise.

### Sichtwelle in Amerika.

In New York herrscht seit mehreren Tagen eine ungewöhnliche Hitze, die sich am Mittwoch beinahe bis zur Unerträglichkeit steigerte. Das Thermometer verzeichnete 88 Grad Celsius. Es ist dies seit 35 Jahren die höchste Temperatur, die jemals im Monat Mai verzeichnet wurde. Eine ganze Reihe von Hitzschlägen, von denen drei tödlich verliefen, hat sich ereignet. Verschiedene Personen haben auch infolge der ungeheueren Hitze ihrem Leben durch Selbstmord ein Ende gesetzt. Mittwochnachmittag ging plötzlich über die Stadt ein heftiges Gewitter, begleitet von Sturm und Hagel nieder, das die Temperatur innerhalb weniger Minuten auf 20 Grad sinken ließ. Der Sturm war so stark, daß er viele Unfälle verursachte. Auch die Eisenbahnlinie von New York nach Pennsylvania ist beschädigt worden. Eine furchtbare Hitze herrscht auch in den Städten Boston, Philadelphia und Baltimore.

### Kleine Notizen.

Ein ungetreuer Bürgermeister. Der Bürgermeister Hartmann aus Schwiebingen ist wegen verschiedener Verfehlungen, über deren Art noch nichts bekannt ist, vom Dienste suspendiert worden. Die Regierung hat eine Untersuchung eingeleitet. Hartmann bekleidete sein Amt in Schwiebingen seit 3 1/2 Jahren.

Schwerer Grubenunfall. Auf der Zeche „Dahlhausen“ bei Bochum wurden zwei Bergleute durch hereinbrechende Gesteinsmassen verschüttet und getötet.

Mit dem Gerüst abgestürzt. In der Bojestraße in Leipzig stürzte ein an einem Neubau befindliches Gerüst ein. Zwei Arbeiter wurden mit in die Tiefe gerissen und erlitten kurz nach der Einlieferung in das Krankenhaus ihren schweren Verletzungen.

Erdbeben in Zentralamerika. Wie aus Colon gemeldet wird, wurde dort am Mittwoch ein 30 Sekunden andauerndes Erdstöß verzeichnet, der stärker war, als irgendein seit Oktober vorgekommener Erdstöß. Vom Panamakanal werden keine Beschädigungen gemeldet.

Schwerer Unfall bei Flugveranstaltungen. Auf dem Barichauer Flugplatz stürzte ein Flugzeug aus bisher noch unbekanntem Grund plötzlich in die Zuschauermenge. Ein Knabe wurde auf der Stelle getötet, eine Frau schwer, mehrere Personen leicht verletzt.

### Pfingstveranstaltungen.

Schöneberg. Eine dreitägige Pfingstwanderung nach Fürstentum i. M. unter dem Titel „Freie Elternvereinerung“. Näheres können Interessenten heute abend in den „Neuen Rathhauskellern“ erfahren. Nach Pfingsten haben Sonntag Badepartie nach Heilbad Baumt. und Spiele auf dem hiesigen Platz Rudensstraße. Die regelmäßigen Spielabende finden jetzt jeden Montag und Mittwoch in den Rathhauskellern, abends 6 1/2 bis 8 1/2 Uhr statt.

Sickensberg. Der Minnerchor Borchagen-Kummelsburg (M. d. D. A.-S.-B.), Chorleiter V. Schaeferberg, veranstaltet am Sonntag, den 31. Mai (1. Pfingstfeiertag) ein Festkonzert im Garten des Café Bellevue, Hauptstr. 2 (Inhaber W. Tempel). Anfang des Konzerts 5 Uhr früh. Eintritt 20 Pf.

Zeigel. Der Gesangsverein „Junotergrün“ Zeigel (M. d. D. A.-S.-B.), Chorleiter R. Lehmann, veranstaltet am 1. Pfingstfesttag im Schloßrestaurant, Inhaber Karius, ein Frühkonzert. Mitwirkende: Männer- und Frauenchor und das Neue Berliner Singschüler, Dirigent R. Müller. Eintritt 20 Pf.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen ist uns heute Nr. 18 des 4. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Ein Förderer der Unmütigkeit. — Die Arbeiterin in der Glasindustrie. Von E. G. — Die Wägen- und Wagenführer in der Stadt. Von F. Kl. — A demi mort. . . . (Schluß).

### Billige Parzellen!

Direkt am Bahnhof, westlicher Vorort, zum Bau von Eigenheimen besonders geeignet. Kleine Anzahlung. Geringe jährliche Zinszahlung. Guter Boden. Bauparzellen v. 2000 M. inkl. Straßenplaner, Prospekt, Pläne etc. kostenlos. Schreiben Sie sofort, da nie wiederkehrende Gelegenheit.  
M. F. Buchholz, Berlin NO., Anhalterstr. 19. (891) 122\*

Kaulsdorf. Wohllich gelegene Parzellen, 20 Minuten vom Bahnhof entfernt, zu hanteln. Beding. verkauft. M. 15-2000.  
J. Lindenberger, Berlin NO., Georgenstraße 31.

### Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69.  
Sozialdemokrat. Flugschriften: 20. Sozialdemokratie und Militärvorlage. 21. Sozialdemokratie und Arbeitslosenfürsorge.  
Referat v. Joh. Timm-München erstattet auf dem Parteitage zu Jena 1913.  
Der Preis beträgt pro Heft 10 Pfennig. 249/5

### 20000 Aerzte

empfehlen und verordnen Gaserkrankung für Magen- und Darmkrankte, Blutarmer, Bleichsüchtige, Jüngerfranke, Schwächerinnen und Konvaleszenten. Kein anderes Gaserpräparat übertrifft an Wohlgeschmack, Nährwert, Leichtverdaulichkeit und Schnelligkeit, einfacher Zubereitung.

### Dr. A. J. Weil's Hafermark

Von nur allerbestem, gereinigtem Hafer hergestellt, ist Dr. A. J. Weil's Hafermark selbstverständlich auch ein vorzügliches Blut- und Muskelbildendes Kraftnähremittel für Gelunde jeden Alters. 273/3  
Gebrauchsvorschrift auf den Packeten.  
Originalpaket = 1 Pfd. 40 Pf.  
General-Depot:  
D. Mader, Prinzenstr. 86.  
Zu haben in den Filialen der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.

### Wanderer! Ruderer! Radfahrer!

Reichhaltiges Lager in Wanderkarten: Silva, Straube, Kiebling, Pharus. Radfahrerkarten: Mittelbach, Straube. Reiseführer: Grieben. Ruderbücher: Silva, Straube. Kurshbücher: Kiebling, Storm, König. Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 69.

### Sanocifol - Anocifol



Sehrall zu haben in Flaschen von 10 Pf. an. Fabrik: Chemische Werke Lubaryski & Co. Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.

# Im Passage-Kaufhaus Friedrichstr. 110-112

Verkauf 9 bis 1 Uhr, 3 1/2 bis 8 Uhr, Sonnabend bis 9 Uhr

## Schluß des Konkursmassen-Ausverkaufs

Sonnabend, den 30. Mai

Die noch vorhandenen Restbestände gelangen mit den höchsten Rabattsätzen zum Verkauf. Auf die grossen Vorräte folgender Abteilungen wird besonders hingewiesen:

### Glas, Porzellan, Steingut - Parfümerien, Seifen, Toiletteartikel

Wollene Kinderstrümpfe von heute ab **70%** herabgesetzt. Bilder u. Kunstblätter. Trikotagen, Wäschestickereien ab **70%** herabgesetzt. Galanterie-Waren.

Kleiderbesätze Serie I früher bis 1.00, jetzt **10 Pf.** Serie II früher bis 1.30, jetzt **25 Pf.** Serie III früher bis 2.50, jetzt **45 Pf.** Serie IV früher bis 3.50, jetzt **75 Pf.** Serie V früher bis 5.00, jetzt **95 Pf.** Serie VI früher bis 8.00, jetzt **1.50**

Restbestände der Chirurgischen Abteilung: Instrumente, Bandagen, Krankenpflege-Artikel **50%** herabgesetzt

Ordo-Tee Rote Packung . . . früher Pfund M. 2.50, jetzt **95 Pf.** Blaue Packung . . . früher Pfund M. 4.00, jetzt **1.40**  
Braune Packung . . . früher Pfund M. 3.00, jetzt **1.10** Gelbe Packung . . . früher Pfund M. 5.00, jetzt **1.95**  
Weiße Packung . . . früher Pfund M. 7.50, jetzt **2.85**

Von der Kundschaft des Passage-Kaufhauses und der Potsdamer Strasse noch vorhandene photographische Platten werden derselben zum Preise von **M. 1.— per Stück** überlassen

Der Konkursverwalter.

# Sechsmarter!

adhtet auf dieses Etikett

**J. Goldfarb Preuss. Stargard**  
aus den Tabak-Fabriken  
gegründet 1839.

Tabac russe à priser goût de Kowno.

Prawdziwa tabaka do zazywania „Kownoer“

## Preis-Ausschreiben von 10000 Mark.

Unser

Aus nachfolgenden Gründen sehen wir uns genötigt, nochmals bezüglich unseres Preisausschreibens von M. 10000 das Wort zu ergreifen, da uns von verschiedenen Seiten der Einwand gemacht worden ist, daß die Bedingungen desselben nicht ganz klar verständlich seien.

Wir wollen hiermit darauf hinweisen, daß schon ein einfacher kurzer Satz oder ein Knüttelvers, worin in kürzester und schlagendster Form auf die enormen Vorteile der Providol Seife als billiges und wirklich reelles Schönheitsmittel und auf ihre wissenschaftlich anerkannten schützenden Eigenschaften hingewiesen wird, genügt, wie z. B. „Providol, die Schönheitsseife“, oder „Providol nützt, denn Providol schützt“.

Gleichzeitig stiftet wir, um möglichst viele für ihre Mühe zu entschädigen, 400 weitere Preise à M. 5.—, zusammen M. 2000, so daß sich das Preisausschreiben auf insgesamt 12 000 M. erhöht.

Die ausgesetzten Preise betragen nunmehr:

1. Preis M. 3000, 2. Preis M. 2000, 3. Preis M. 1000, vier Preise von M. 500, gleich M. 2000, zehn Preise von M. 100, gleich M. 1000, zwanzig Preise von M. 50, gleich M. 1000 und 400 Preise à M. 5.—, gleich M. 2000,

zusammen 437 Preise im Gesamtbetrag von M. 12 000 in barem Gelde.

Hier sei nur noch kurz bemerkt, daß jedermann Gelegenheit hat, ohne unnötige Kosten sich an diesem Preisausschreiben zu beteiligen; denn jeder, der uns zur Legitimation den leeren Karton eines neuen großen 50 Pfg.-Stückes einschickt, ist berechtigt, an dem Preisausschreiben teilzunehmen.

Die Lösungen sind bis spätestens zum 15. Juni 1914 einzusenden und müssen mit der Aufschrift: „Betrifft „Preisausschreiben“ an die Providol Gesellschaft m. b. H., Berlin NW. 207 gerichtet sein. Die Prämierung findet am 15. Juli statt. Das Resultat und die Namen der Preisträger werden nach erfolgter Prämierung in den Zeitungen veröffentlicht.

Providol Gesellschaft m. b. H., Berlin NW.

### Ohne Anzahlung

Größen Lager

Herren-, Damengarderobe

bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung u. bequemer Abzahlung

Herren-Anzüge • Ulster • Paletots  
Damenkostüme, Kleider, Röcke u. Blusen  
Auch einzelne Möbel zu herabgesetzten Preisen

Sport- und Kinderwagen.

**S. DORN**, Weinmeisterstrasse 9  
Ecke Alte Schönhauser Strasse.

Kein Laden

## Arbeiter, jeder praktisch Mann

Handwerker, jeder praktisch Mann

Arbeitskleidung • Berufskleidung

Größtes Spezialgeschäft dieser Art  
Alexandrerstr. 12. — Kollentaler Str. 53 — Landberger Allee 118 — Neukölln; Bergstr. 66.

Neckle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Maßart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

### 4. Preussisch-Süddeutsche (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 17. Ziehungstag 24. Mai 1914. Vormittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Vorklassige Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr W. St. u. f. Z.) (Nachdruck verboten)

11 60 192 (1000) 508 608 734 (3000) 809 80	1004 242 07
372 507 (1000) 60 672 789 914	2048 55 126 42 73 352 662 615
18043 21 31 (3000) 133 (600) 383 402 16	603 (3000) 52 703
871 (1000) 17051 96 196 484 658 876	603 37 94 18079
8705 425 825 82 (500) 602 4 891 84 904	61 61 270 80 373 431
890 711 28 (1000) 87 7140 461 637 4887 785 825 948	8052 105 20
90 313 98 10 18 88	9070 (500) 132 (1000) 373 80 34 414 632
48 705 802 11 (500) 988	
10036 (500) 135 488 871 95 900	11000 41 77 161 (500)
238 94 349 616 972	12013 184 210 42 305 (500) 871 89 876
898	13027 103 300 7 584 625 636 61 849 97
14065 107 38	
86 90 410 43 828 608 674	15140 205 303 95 444 231 615 79
18043 21 31 (3000) 133 (600) 383 402 16	603 (3000) 52 703
871 (1000) 17051 96 196 484 658 876	603 37 94 18079
8705 425 825 82 (500) 602 4 891 84 904	61 61 270 80 373 431
890 711 28 (1000) 87 7140 461 637 4887 785 825 948	8052 105 20
90 313 98 10 18 88	9070 (500) 132 (1000) 373 80 34 414 632
48 705 802 11 (500) 988	
10036 (500) 135 488 871 95 900	11000 41 77 161 (500)
238 94 349 616 972	12013 184 210 42 305 (500) 871 89 876
898	13027 103 300 7 584 625 636 61 849 97
14065 107 38	
86 90 410 43 828 608 674	15140 205 303 95 444 231 615 79
18043 21 31 (3000) 133 (600) 383 402 16	603 (3000) 52 703
871 (1000) 17051 96 196 484 658 876	603 37 94 18079
8705 425 825 82 (500) 602 4 891 84 904	61 61 270 80 373 431
890 711 28 (1000) 87 7140 461 637 4887 785 825 948	8052 105 20
90 313 98 10 18 88	9070 (500) 132 (1000) 373 80 34 414 632
48 705 802 11 (500) 988	
10036 (500) 135 488 871 95 900	11000 41 77 161 (500)
238 94 349 616 972	12013 184 210 42 305 (500) 871 89 876
898	13027 103 300 7 584 625 636 61 849 97
14065 107 38	
86 90 410 43 828 608 674	15140 205 303 95 444 231 615 79
18043 21 31 (3000) 133 (600) 383 402 16	603 (3000) 52 703
871 (1000) 17051 96 196 484 658 876	603 37 94 18079
8705 425 825 82 (500) 602 4 891 84 904	61 61 270 80 373 431
890 711 28 (1000) 87 7140 461 637 4887 785 825 948	8052 105 20
90 313 98 10 18 88	9070 (500) 132 (1000) 373 80 34 414 632
48 705 802 11 (500) 988	
10036 (500) 135 488 871 95 900	11000 41 77 161 (500)
238 94 349 616 972	12013 184 210 42 305 (500) 871 89 876
898	13027 103 300 7 584 625 636 61 849 97
14065 107 38	
86 90 410 43 828 608 674	15140 205 303 95 444 231 615 79
18043 21 31 (3000) 133 (600) 383 402 16	603 (3000) 52 703
871 (1000) 17051 96 196 484 658 876	603 37 94 18079
8705 425 825 82 (500) 602 4 891 84 904	61 61 270 80 373 431
890 711 28 (1000) 87 7140 461 637 4887 785 825 948	8052 105 20
90 313 98 10 18 88	9070 (500) 132 (1000) 373 80 34 414 632
48 705 802 11 (500) 988	
10036 (500) 135 488 871 95 900	11000 41 77 161 (500)
238 94 349 616 972	12013 184 210 42 305 (500) 871 89 876
898	13027 103 300 7 584 625 636 61 849 97
14065 107 38	
86 90 410 43 828 608 674	15140 205 303 95 444 231 615 79
18043 21 31 (3000) 133 (600) 383 402 16	603 (3000) 52 703
871 (1000) 17051 96 196 484 658 876	603 37 94 18079
8705 425 825 82 (500) 602 4 891 84 904	61 61 270 80 373 431
890 711 28 (1000) 87 7140 461 637 4887 785 825 948	8052 105 20
90 313 98 10 18 88	9070 (500) 132 (1000) 373 80 34 414 632
48 705 802 11 (500) 988	
10036 (500) 135 488 871 95 900	11000 41 77 161 (500)
238 94 349 616 972	12013 184 210 42 305 (500) 871 89 876
898	13027 103 300 7 584 625 636 61 849 97
14065 107 38	
86 90 410 43 828 608 674	15140 205 303 95 444 231 615 79
18043 21 31 (3000) 133 (600) 383 402 16	603 (3000) 52 703
871 (1000) 17051 96 196 484 658 876	603 37 94 18079
8705 425 825 82 (500) 602 4 891 84 904	61 61 270 80 373 431
890 711 28 (1000) 87 7140 461 637 4887 785 825 948	8052 105 20
90 313 98 10 18 88	9070 (500) 132 (1000) 373 80 34 414 632
48 705 802 11 (500) 988	
10036 (500) 135 488 871 95 900	11000 41 77 161 (500)
238 94 349 616 972	12013 184 210 42 305 (500) 871 89 876
898	13027 103 300 7 584 625 636 61 849 97
14065 107 38	
86 90 410 43 828 608 674	15140 205 303 95 444 231 615 79
18043 21 31 (3000) 133 (600) 383 402 16	603 (3000) 52 703
871 (1000) 17051 96 196 484 658 876	603 37 94 18079
8705 425 825 82 (500) 602 4 891 84 904	61 61 270 80 373 431
890 711 28 (1000) 87 7140 461 637 4887 785 825 948	8052 105 20
90 313 98 10 18 88	9070 (500) 132 (1000) 373 80 34 414 632
48 705 802 11 (500) 988	
10036 (500) 135 488 871 95 900	11000 41 77 161 (500)
238 94 349 616 972	12013 184 210 42 305 (500) 871 89 876
898	13027 103 300 7 584 625 636 61 849 97
14065 107 38	
86 90 410 43 828 608 674	15140 205 303 95 444 231 615 79
18043 21 31 (3000) 133 (600) 383 402 16	603 (3000) 52 703
871 (1000) 17051 96 196 484 658 876	603 37 94 18079
8705 425 825 82 (500) 602 4 891 84 904	61 61 270 80 373 431
890 711 28 (1000) 87 7140 461 637 4887 785 825 948	8052 105 20
90 313 98 10 18 88	9070 (500) 132 (1000) 373 80 34 414 632
48 705 802 11 (500) 988	
10036 (500) 135 488 871 95 900	11000 41 77 161 (500)
238 94 349 616 972	12013 184 210 42 305 (500) 871 89 876
898	13027 103 300 7 584 625 636 61 849 97
14065 107 38	
86 90 410 43 828 608 674	15140 205 303 95 444 231 615 79
18043 21 31 (3000) 133 (600) 383 402 16	603 (3000) 52 703
871 (1000) 17051 96 196 484 658 876	603 37 94 18079
8705 425 825 82 (500) 602 4 891 84 904	61 61 270 80 373 431
890 711 28 (1000) 87 7140 461 637 4887 785 825 948	8052 105 20
90 313 98 10 18 88	9070 (500) 132 (1000) 373 80 34 414 632
48 705 802 11 (500) 988	
10036 (500) 135 488 871 95 900	11000 41 77 161 (500)
238 94 349 616 972	12013 184 210 42 305 (500) 871 89 876
898	13027 103 300 7 584 625 636 61 849 97
14065 107 38	
86 90 410 43 828 608 674	15140 205 303 95 444 231 615 79
18043 21 31 (3000) 133 (600) 383 402 16	603 (3000) 52 703
871 (1000) 17051 96 196 484 658 876	603 37 94 18079
8705 425 825 82 (500) 602 4 891 84 904	61 61 270 80 373 431
890 711 28 (1000) 87 7140 461 637 4887 785 825 948	8052 105 20
90 313 98 10 18 88	9070 (500) 132 (1000) 373 80 34 414 632
48 705 802 11 (500) 988	
10036 (500) 135 488 871 95 900	11000 41 77 161 (500)
238 94 349 616 972	12013 184 210 42 305 (500) 871 89 876
898	13027 103 300 7 584 625 636 61 849 97
14065 107 38	
86 90 410 43 828 608 674	15140 205 303 95 444 231 615 79
18043 21 31 (3000) 133 (600) 383 402 16	603 (3000) 52 703
871 (1000) 17051 96 196 484 658 876	603 37 94 18079
8705 425 825 82 (500) 602 4 891 84 904	61 61 270 80 373 431
890 711 28 (1000) 87 7140 461 637 4887 785 825 948	8052 105 20
90 313 98 10 18 88	9070 (500) 132 (1000) 373 80 34 414 632
48 705 802 11 (500) 988	
10036 (500) 135 488 871 95 900	11000 41 77 161 (500)
238 94 349 616 972	12013 184 210 42 305 (500) 871 89 876
898	13027 103 300 7 584 625 636 61 849 97
14065 107 38	
86 90 410 43 828 608 674	15140 205 303 95 444 231 615 79
18043 21 31 (3000) 133 (600) 383 402 16	603 (3000) 52 703
871 (1000) 17051 96 196 484 658 876	603 37 94 18079
8705 425 825 82 (500) 602 4 891 84 904	61 61 270 80 373 431
890 711 28 (1000) 87 7140 461 637 4887 785 825 948	8052 105 20
90 313 98 10 18 88	9070 (500) 132 (1000) 373 80 34 414 632
48 705 802 11 (500) 988	
10036 (500) 135 488 871 95 900	11000 41 77 161 (500)
238 94 349 616 972	12013 184 210 42 305 (500) 871 89 876
898	13027 103 300 7 584 625 636 61 849 97
14065 107 38	
86 90 410 43 828 608 674	15140 205 303 95 444 231 615 79
18043 21 31 (3000) 133 (600) 383 402 16	603 (3000) 52 703
871 (1000) 17051 96 196 484 658 876	603 37 94 18079
8705 425 825 82 (500) 602 4 891 84 904	61 61 270 80 373 431
890 711 28 (1000) 87 7140 461 637 4887 785 825 948	8052 105 20
90 313 98 10 18 88	9070 (500) 132 (1000) 373 80 34 414 632
48 705 802 11 (500) 988	
10036 (500) 135 488 871 95 900	11000 41 77 161 (500)
238 94 349 616 972	12013 184 210 42 305 (500) 871 89 876
898	13027 103 300 7 584 625 636 61 849 97
14065 107 38	
86 90 410 43 828 608 674	15140 205 303 95 444 231 615 79
18043 21 31 (3000) 133 (600) 383 402 16	603 (3000) 52 703
871 (1000) 17051 96 196 484 658 876	603 37 94 18079
8705 425 825 82 (500) 602 4 891 84 904	61 61 270 80 373 431
890 711 28 (1000) 87 7140 461 637 4887 785 825 948	8052 105 20
90 313 98 10 18 88	9070 (500) 132 (1000) 373 80 34 414 632
48 705 802 11 (500) 988	
10036 (500) 135 488 871 95 900	11000 41 77 161 (500)
238 94 349 616 972	12013 184 210 42 305 (500) 871 89 876
898	13027 103 300 7 584 625 636 61 849 97
14065 107 38	
86 90 410 43 828 608 674	15140 205 303 95 444 231 615 79
18043 21 31 (3000) 133 (600) 383 402 16	603 (3000) 52 703
871 (1000) 17051 96 196 484 658 876	603 37 94 18079
8705 425 825 82 (500) 602 4 891 84 904	61 61 270 80 373 431
890 711 28 (1000) 87 7140 461 637 4887 785 825 948	8052 105 20
90 313 98 10 18 88	9070 (500) 132 (1000) 373 80 34 414 632
48 705 802 11 (500) 988	
10036 (500) 135 488 871 95 900	11000 41 77 161 (500)
238 94 349 616 972	12013 184 210 42 305 (500) 871 89 876
898	13027 103 300 7 584 625 636 61 849 97
14065 107 38	
86 90 410 43 828 608 674	15140 205 303 95 444 231 615 79
18043 21 31 (3000) 133 (600) 383 402 16	603 (3000) 52 703
871 (1000) 17051 96 196 484 658 876	603 37 94 18079
8705 425 825 82 (500) 602 4 891 84 904	61 61 270 80 373 431

# Neue Scharfmachereien.

## Herrenhaus.

12. Sitzung vom 28. Mai 1914.

Am Ministertisch: Freiherr v. Schorlemer.

Präsident v. Wedel eröffnet die Sitzung 11 Uhr 15 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Landwirtschafts-  
etat, der nach längerer Debatte bewilligt wird.

## Etat des Ministeriums des Innern.

Herr v. Puttkamer:

Wir danken dem Minister, daß er den Kampf mit der Sozialdemokratie energisch führen und die Nachmittel des Staates auf Grund der bestehenden Bestimmungen mit allem Nachdruck anwenden wird. Aber dies genügt noch nicht. Die Regierung muß auch den Schutz der Arbeitswilligen energisch in die Hand nehmen, trotz der Haltung des Reichstags in dieser Frage. Wir hoffen, daß die Regierung hier ihren Standpunkt ändert. Die letzten Wahlen zeigen bereits einen Zug nach rechts. Bei einigen Nachwahlen haben die Sozialdemokraten nur durch den Verrat der Freisinnigen gestiegt, die ihrerseits wieder sozialdemokratische Kräfte benützt haben. Die Entwicklung einiger süddeutscher Bundesstaaten, in denen dem Vordringen der Sozialdemokraten Tür und Tor geöffnet ist, erfüllt uns mit Besorgnis.

Präsident v. Wedel:

Die süddeutschen Parlamentsverhältnisse stehen hier nicht zur Debatte.

Herr v. Puttkamer:

Das preussische Wahlrecht ist das festeste Bollwerk gegen den Umsturz. Doran darf nicht gerüttelt werden. Unser früherer Präsident, Herr v. Martuffel, hat gesagt, der Minister, der das Reichstagswahlrecht in Preußen einführen wollte, möchte es die nächste Laterne gehängt werden. So weit will ich zwar nicht gehen, aber ich hoffe, daß niemals ein preussischer Minister diese fürchterliche Verantwortung auf sich nehmen wird. Man muß gegen die schändlichen Artikel der sozialdemokratischen Presse einschreiten, die sich gegen den Kaiser und gegen den Kronprinzen richten und zum Treubruch und Landesverrat hegen. Geradezu die Luft reinigend hat es gewirkt, daß man die wildeste Hysterie, die russisch-polnische Jüdin Rosa Luxemburg zu einem Jahre Gefängnis verurteilt hat. Trotzdem reißt sie wieder mit dem jüdischen Rechtsanwalt Rosenfeld mit Hysterie im Lande herum. Dafür sollte ihre Strafe empfindlich verschärft werden. Dem

wästen Treiben der Juden und Judengenossen

muß ein energisches Galt entgegengerufen werden. Aber die Regierung weicht im Reichstag fortwährend vor der Sozialdemokratie zurück. Auch in der Verwaltung vernichten wir die notwendigen Energie. Dadurch muß das Machtgefühl der Sozialdemokratie gesteigert werden. Den französischen Genossen Jaurès hätte man sofort ausweisen müssen. Scheidemann hätte man nach seiner verächtlichen Pariser Rede scharf anfaßen müssen. Und fehlt ein Bismarck, der den

## Mut zum Sozialistengesetz

hatte. Wenn es so weiter geht, dann werden wir es noch erleben, daß die Genossen Stadthagen, Bernstein, Cohn usw. in eine christliche Kirche zur Abhaltung eines sozialistischen Kongresses ziehen und von der Kanzel ihre Sekreden halten. In Berlin ist es ja beinahe so weit. Wie ist es möglich, daß bürgerliche Parteien mit diesen vaterlandslosen Leuten zusammengehen, deren Schlußruf jetzt ist: Vive la France! Eine Verübung ist nur, daß diese Sozialdemokraten nicht dem Christentum und dem Deutschtum angehören. Die Sozialdemokratie befindet sich seit den Tagen von Marx bis zu Singer auf dem Boden vollständiger Verjudung. Auch bei dem Austritt aus der Landeskirche sind die Juden die Hauptheber, und in der Agitation wird der Geburtenrückgang, ein sauberes Geschäft, von den Herren Moses und Jadael besorgt, die auch keinen christlichen Ursprung haben. Wir müssen deshalb prüfen, ob unsere Gesetze ausreichen gegen den Umsturz.

Die Politik des Scheiterns und Nichtstuns führt nur dahin, daß die Bevölkerung die Gefahr der Sozialdemokratie verkennt. Das Koalitionsrecht darf nicht zum Koalitionszwang werden. Wir verlangen ein energisches Verbot gegen das Streikpostenstreiken. Polizeiposten genügen nicht. Unsere Anträge im Reichstage sind leider abgelehnt worden. Von den Freisinnigen war das ja nicht anders zu erwarten, da diese ihre Mandate nur den roten Bundesgenossen verdanken. Herr Baffermann erklärte zu einer Arbeitsgemeinschaft bereit zu sein. Was meinte er damit? Nach dem Verhalten der Nationalliberalen bei der Präsidentenwahl und im Fall Jaberit scheinen auch die Nationalliberalen bereit zu sein, die Geschäfte der Sozialdemokraten zu besorgen. Wie läßt sich das mit dem angeblich nationalen Charakter dieser Partei vereinigen? Aber erfreulicherweise mehrten sich jetzt auch in der nationalliberalen Partei die Stimmen, die den Kampf gegen die Sozialdemokratie fordern.

Präsident v. Wedel

bittet den Redner, doch endlich zum Schluß zu kommen, da die Zeit des Hauses beschränkt sei.

Herr v. Puttkamer:

Wir müssen mit aller Macht der drohenden Revolution entgegenzutreten. (Lebhafte Beifall rechts.)

Minister v. Loebell:

Ich werde alle mir zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um der Agitation der Sozialdemokratie, soweit sie die gesetzlichen Grenzen überschreitet, mit allem Nachdruck entgegenzutreten. (Lebhafte Beifall.) Auch der Reichskanzler hat keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, um seine Stellung gegen die Sozialdemokratie mit aller Schärfe zu betonen. Der Reichskanzler hat es nicht abgelehnt, in der Frage des Schutzes der Arbeitswilligen vorzugehen. Er hat erklärt, daß die Regierung aktiv vorgehen wird, sobald sie glaubt, daß die Voraussetzungen dafür gegeben sind.

Gegenwärtig wird eine Enquete veranfaßt, um die nötigen Unterlagen hierfür zu schaffen.

Auch die Reichsregierung ist durchdrungen von der Pflicht, gegenüber den großen Lebensständen energisch vorzugehen, soweit die Gesetzgebung die Handhabe bietet, und wenn nötig, die Gesetzgebung zu verschärfen.

Dr. v. Studt

ersucht den Minister, mit allen Mitteln dem Unfug und den Ausartungen durch den allzu langen Wirtschaftsbetrieb entgegenzutreten.

Oberbürgermeister Dr. Dehler-Düsseldorf:

Ich muß die Ausführungen des Herrn v. Puttkamer zurückweisen, denn sie waren ja zum Teil selbst gegen die staatsverhaltenden Parteien gerichtet. Durch solche Reden erreicht man es nicht, daß die bürgerlichen Parteien sich zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie, den wir alle wünschen, zusammenschließen.

Minister v. Loebell:

Bezüglich der Antimierneipen werden Beschränkungen erwogen sowohl hinsichtlich der Polizeistunde selbst wie auch bezüglich der Verminderung der Ausnahmen von ihr. Erst in diesen Tagen ist von mir eine Anweisung an den Polizeipräsidenten ergangen, zu prüfen, was hier geschehen kann. Die Novelle zur Gewerbeordnung ist zwar aufgehoben, aber nicht aufgehoben.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird der Etat genehmigt. Der Etat des Kriegsministeriums wird ohne Erörterung erledigt.  
Freitag 11 Uhr Fortsetzung. Schluß 5/4, Uhr.

## Jung-Deutschlands erste Heerschau.

In der schwäbischen Metropole hat kürzlich der Jungdeutschland-Bund seine erste Tagung abgehalten. Es bedarf wohl kaum noch der besonderen Ermahnung, daß sämtliche Spitzen der Regierung vertreten waren. Der Herr Ministerpräsident von Welfer hatte es sich nicht nehmen lassen, eine wohl vorbereitete Begrüßungsrede zu halten, in der er hochoffiziell das Einverständnis seiner Regierung mit den Zielen des Bundes herbeizog. Natürlich verheißt der Herr Ministerpräsident nicht, auch die „nationale“ Notwendigkeit des „unpolitischen“ Jungdeutschland-Bundes ins rechte Licht zu rücken. Was man in diesen Kreisen so unter national versteht. Noch eine ganze Reihe von mehr oder weniger „offiziellen“ Begrüßungsansprachen wurden gehalten. Versteht sich, daß es auch nicht an einigen Duhend Guldigungstelegrammen fehlte. Und sie wurden auch beantwortet. Fast alle deutschen Bundesfürsten sandten telegraphisch ihre Antworten ein. Auch der Herr Reichskanzler und — der Kronprinz. Es wird berichtet, daß dessen Antwort mit ganz besonderer Freude entgegengenommen wurde. Wir verheißt die gegenseitige Sympathie zwischen dem Thronfolger und dem Bund. Haben sie doch in der ganzen Art ihres Auftretens sehr viel Berührungspunkte miteinander. Siehe das Kronprinzentelegramm an Oberst Reuter in Jaberit: „Immer feste druff.“

Der Bericht, der von keinem Verringeren als dem Generalfeldmarschall v. d. Goltz gegeben wurde, war sehr zufriedenstellend gehalten. Warum auch nicht? Fehlt es doch dem Bunde an seiner Art von Unternehmung. Wir erinnern nur an die bedeutenden Hochpreisermäßigungen, die die Staatsbahnen dem Bunde gewährten. Auch die Generalstabskarten, die beim Wandern notwendig sind und die vorher schon für die Anhänger des Bundes im Preise ganz erheblich ermäßigt waren, sind noch mehr im Preise heruntergesetzt worden, für die Jungdeutschlandbündler natürlich nur und die ihm angeschlossenen Vereine.

Dabei werden doch alle diese Einrichtungen aus öffentlichen Mitteln, also denen der Allgemeinheit, unterhalten. Es war somit auch notwendig, daß den so entgegenkommenden Behörden der heilige Dank Jungdeutschlands ausgesprochen wurde. Wir dürfen noch auch daran erinnern, daß der Millionenfonds, der aus den Steuern des ganzen Volkes genommen wird, fast ausschließlich dem Bunde zugute kommt. Daß sogar die „heiligen Hallen“ des Militarismus, die Kasernen, die man sonst nicht hermetisch genug verschließen kann, dem Bunde zur Verfügung gestellt werden.

Also warum soll man nicht die Zukunft im rönigsten Wichte leben? Nur schade, daß doch noch lange nicht alles Gold ist, was glänzt. Das zeigt sich bei den stolzen Zahlen, die da in die Welt hinausposaunt wurden. Anfang 1913 hatte der Jungdeutschland-Bund, so hoch es im Berichte, gegen 500 000 Jugendliche. Nach der letzten Abrechnung sollen es 745 156 Mitglieder sein. Gemiß, eine solche Zahl. Eine ganz bedeutende Steigerung. Da kann natürlich die proletarische Bewegung nicht mitkommen. Es hängt ja überhaupt nur von der Gnade des Herrn v. d. Goltz ab, daß ja noch lebt. Oder nicht? Heber solche Zahlen und über eine solche Steigerung dieser Zahlen verfußt sie sicher nicht. Aber dafür werden auch unsere Anhänger auf einem etwas anderen Wege und mit anderen Mitteln gewonnen, als jene des Bundes. Wir brauchen doch dieser stolzen Ziffern wahrlich nicht zu verzagen. Wissen wir doch, wie sie zusammenkommen. Wissen wir doch, mit welchen Mitteln da gearbeitet wird. So werden einfach ganze Regierungsbezirke, wie damals Oppeln, in verblüffend summarischer Weise dem Bunde „angeschlossen“, mit allen Vereinen, die dort vorhanden sind. Dazu gehörten auch viele Vereine, die von einem Anschluß an die Schöpfung des Herrn v. d. Goltz nichts wissen wollten. Es half ihnen aber alles nichts, sie galten einfach und gelten noch als dem Jungdeutschland-Bunde angeschlossen. Selbst das Organ der Nationalvereinerung der evangelischen Junglingsbündnisse Deutschlands, die „Rundschau“ war damals erdittert über diesen eigenartigen Mitgliedsengang und wöhnte: Wogu diese Kleinräumeri in einzelnen Kreisen. Das ganze Deutschland soll es doch sein. Es

meinte weiter, man möge doch einfach die ganze deutsche Jugend dem Jungdeutschland-Bunde anschließen — und besonders auch die Arbeiterjugend. Dann sei das Vaterland ja gerettet.

So wird es auch heute noch betrieben. In summa summarum werden ganze Bezirke dem weißberzigen Bunde einverleibt. Und so kommen dann diese schönen Zahlen zustande, die uns aber, da wir oben die Dinge kennen, nicht sehr imponieren können.

Die Führerzahl soll bereits 13 247 betragen. In welchem Sinne diese 13 000 arbeiten sollen, geht aus dem Schluß des Berichtes hervor, in dem aufgeführt wird, unermüdet weiterzuarbeiten an der deutschen Jugend und dabei nicht das Endziel aus dem Auge zu verlieren, ganz Deutschland dereinst zu vereinigen, um ein Geschlecht heranzuziehen, wie Deutschland es braucht, um seine Weltmachtstellung verteidigen zu können. Um ein Geschlecht heranzuziehen, das in unwandelbarer Liebe zu Kaiser und Reich steht und allseit ein festes Bollwerk sein wird für Thron und Vaterland.

Ein Antrag des Generalsekretärs v. Pawlowski, in den Fortbildungsschulen eine einheitliche gesundheitliche Überwachung einzuführen, wurde angenommen. Es ist recht bezeichnend für unsere berühmte Sozialpolitik, daß das bishen Jugendgesetz immer dann kommt, wenn der Koloch Militarismus fürchten muß, daß es ihm an Opfern fehlt. So fing in den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts der Kinderstich an und so ist es heute auch noch.

Oberbürgermeister Dominicus-Schöneberg führte eine Debatte herbei über eine körperliche „Ertrüchtigung“ auch der Einjährigen-Freiwilligen. Davon oder, den jungen Leuten ohne den Einjährigen-Schein, wenn sie über eine bestimmte körperliche Befähigung (Turnen usw.) verfügen, auch die Vorrechte eines Einjährigen-Freiwilligen zu gewähren, wollte man nicht wissen. Das sei, so hoch es, schwerer durchzuführen und komme erst in zweiter Linie in Frage. Es wäre ja auch noch schöner, auch noch anderen Leuten, als denen, die Geld dazu haben, die Vorteile des Einjährigen-Freiwilligen-Privilegiums zuteil werden zu lassen. An eine Abschaffung dieses Vorrechtes der bestehenden Klassen denkt man natürlich in diesen Kreisen nicht. Das Kriegsministerium hat sich indessen, wie Freiherr v. d. Goltz mitteilen konnte, mit dieser Frage schon seit einiger Zeit beschäftigt. Auf den Vorschlag eben dieses Herrn beschränkte man sich auf Annahme eines Beschlusses, der besagt, daß die Versammlung den Gedanken einer besseren Würdigung der körperlichen Erziehung für den Wehrdienst begrüßt und die Einführung des Nachweises ausreichender körperlicher Vorbereitung für die Einjährigen-Freiwilligen wünscht. Die Deutsche Turnerschaft hatte gewisse Hoffnungen gehabt, die sie einstweilen wird zurückstellen müssen.

Der Lehrer Rich. Schirrmann sprach dann über „Jugendwandering und Jugendüberbergen“. Auch hier konnte der Bund auf das größte Entgegenkommen bei allen möglichen Behörden hinweisen. Zum Hebernotchen bei größeren Wanderungen werden bereitwillig die Tore der Kasernen geöffnet. Natürlich nur den auf „nationalen Boden stehenden Jugendwanderern“. Aber die Kasernen reichen für die „Legionen deutscher Jugend“ bei weitem nicht aus. Es müssen, so meinte der Vortragende, überall dort, wo keine Kasernen sind, billige Unterkunftsgelegenheiten geschaffen werden. Der Vortragende selbst konnte darauf hinweisen, daß er selbst schon seit Jahren die Anregung dazu gegeben habe. Heute gibt es allein im Sauerlande bereits 80 solcher Unterkunftsstätten, die mit einem Kostenaufwand von 25 000 M. geschaffen worden sein sollen. Die Gesamtzahl dieser Wanderherbergen soll auf 241 angewachsen sein. Städtverwaltungen und Behörden sollen aber noch viel mehr Mittel (aus dem Sackel der Allgemeinheit natürlich) zur Verfügung stellen. Die Militärbehörden mühten insbesondere Militärbeiträge herzugeben. Die Jugendüberbergen sollen im Kriegsfalle zu Lazaretten hergerichtet werden können. Herr Schirrmann verspricht sich auch von den Jungdeutschland-Wanderungen ein Heberbrücken der Standesunterschiede. Seiner Meinung nach schleißt sich das alles ab, wenn die Jugend in gleichem Schritt und Tritt durch Deutschlands grüne Auen zieht.

Viel mehr verspricht sich der Bund von seinen Wanderungen. Das Naturgenießen, das Kennenlernen der Natur ist alles dem einen Hauptzweck untergeordnet. Für den Jungdeutschland-

Bund ist eben alles ein Mittel zum Zweck. Auch der Herr Schirrmann macht da keine Ausnahme. Mit wie warmen Worten er auch vom Wandern und seinen Genüssen und Freuden spricht, die Hauptsache ist auch ihm etwas, was mit dem Wandern absolut nichts zu tun hat. Durch jahrelange unangesehene Übungen, sich im Gelände zurechtzufinden, Entfernungen abzuschätzen, zu lernen, nach der Karte und dem Kompaß zu wandern und vor allen Dingen den Eigenwillen dem des Führers unterzuordnen, soll das Wandern eine unerlässliche Vorstufe für den Heberdienst sein. Das ist es, worauf es ankommt. Alles ohne Ausnahme wird vom rein militärischen Standpunkt aus behandelt.

Bei den Auseinandersetzungen spielte auch der Geburtenrückgang eine gewisse Rolle. Diese dem Militarismus natürlich sehr unangenehme Erscheinung soll auf das bekämpft werden. Und die Mittel dazu hat man auch schon bei der Hand. Kinderlose Ehepaare werden mit ganz besonderen Steuern bedroht. Was sind sie auch so gutlos und unpatrisch und drücken sich vorm Kindertriegen. Dagegen sollen die Eltern, die das biblische Gebot: „Wachset und mehret euch und erfüllet die Erde“ besser beherzigen, vom Staate unterstützt werden. Man wird sich alles, alles wenden. „Ander, das ich ich wohl, als sonst in Menschenköpfen, malt sich in diesem Kopf die Welt.“

Oberbürgermeister Dominicus sprach dann noch von den Pflichten, die die Gemeinden zu erfüllen hätten hinsichtlich der Einrichtung von Jugendherbergen und Jugendheimen. Auch die Gemeinden mühten für diese Zwecke viel mehr tun, als sie bisher getan. Er schilderte dann ein demnach zu eröffnendes Jugendheim, welches die Stadt Schöneberg bei Berlin auf dem Exerzierplatz der Eisenbahner errichtet habe, und knüpfte daran die Hoffnung, daß andere Städte diesem Beispiel folgen würden. Freiherr v. d. Goltz glaubt vor der Errichtung zu festspieliger Jugendheime warnen zu müssen. Weiter wird mitgeteilt, daß die Militärverwaltung Grundstücke hergegeben habe zur Errichtung von Jugendheimen, und zwar zunächst in Tegel, Roabit und Reufolin. Was in Berlin möglich sei, müsse sich auch in anderen Garnisonen verwirklichen lassen. Es werde sich sicher überall ein Plätzchen finden, wo man ein Jugendheim einrichten könne.

Trotz aller dieser Unternehmung und offenen Heberverehrung des eigentlichen letzten Zieles konnte noch behauptet werden, der Bund sei nicht einseitig militärisch. Kann man überhaupt einseitiger sein, als es der Jungdeutschland-Bund ist? Ober will man das vielleicht dadurch aus der Welt herausreden, daß man einen Beschuß annimmt, der das Tragen von Uniformen verbietet? Kann man denn noch mehr uniformiert sein, als es jetzt schon der Fall ist? Man sehe sich doch einmal eine solche Schar des Sonntags an. Als sollte es direkt nach China gehen, um dort den Hören deutsche Kultur beizubringen. In ein Bild in das offizielle Organ des Bundes, die „Jungdeutschland-Post“, sagt schon mehr als genug.

Aber trotz alledem: wir sind nicht einseitig militärisch! Ein General Freiherr v. Sedendorf brachte eine Resolution ein, die sich gegen das Waffentragen wendet. Na, ja, der Standa war eben doch schon zu groß geworden. Es sollte schon nicht mehr viel und der Bund hätte sich die Sympathien auch der Kreise, auf die er am meisten ist, verheißt. Es ist doch schon eine ganz nette Deporelliste von Unglücksfällen im Laufe der paar Jahre, die der Bund befehlt, zusammengelassen. Und erst in den letzten Tagen kam die Nachricht, daß das unglückliche Opfer der Kriegsspielerel, der Volksschüler Herr, der infolge einer solchen Veranstaltung sein Augenlicht verlor, mit seinen Entschuldigungsansprüchen abgewiesen worden ist. Das und so viele andere Fälle der letzten Jahre dürften den Beschuß mit herbeigeführt haben. Ob aber jetzt das Kriegsspiel und die gefährliche Anallerei aufhören wird? Nach den Erfahrungen der letzten Zeit ist das billig zu bezweifeln. Auch war die Mehrheit, die sich für das Verbot des Waffentragens fand, gerade keine überwältigende. Zweihunddreißig Stimmen fanden gegen fünfundsiebzig. Dertelbe Herr, der die Resolution gegen das Waffentragen einbrachte, redete dann noch was von dem legendären Wirken des Jungdeutschlandbundes auch in sozialer Beziehung. Nirgends gebe es, so meinte der Herr General, so viele Berührungspunkte zwischen Arm und Reich wie in dem Bund Jungdeutschland.

Es sind doch eigentlich sonderbare Schwärmer diese hohen Herren. Das Abschaffen von sozialen Unterschieden ist ja so einfach

Man braucht nur die Konzepte der v.d.-Goltz-Jünger anzusehen und sich den Kaskaden auf's Haupt zu stellen, und alle Unterschiede zwischen Arm und Reich, alle Gegensätze sind ausgeglichen.

Wir aber wollen den Jungdeutschenbund keine Wege gehen lassen. Die, die er marшиert, sind schon die richtigen — für uns. Nehmen sich doch schon die Stimmen, die mit dem Treiben der Scharen des Herrn v. d. Goltz durchaus nicht einverstanden sind. Gibt es doch schon heute genug einsichtige Leute, die von dieser allzu frühen Heberspannung des militärischen Gedankens nichts wissen wollen. Wir wollen den Jungdeutschenbund durchaus nicht unterdrücken. Zweifelloser bildet er für jetzt ein gewisses Hindernis für uns. Verfügt er doch über ganz andere Mittel, über ganz andere Hilfe, als die proletarische Jugendbewegung, die von den Behörden, die angeblich über den Parteien steht, nichts zu erwarten hat, als brutale Verfolgung und kleinlichste Kadelströpfung. Aber dies Hindernis ist ein, das genommen werden muß und genommen werden wird. Dafür werden wir sorgen.

## Aus der Partei.

### Aus den Organisationen.

Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Anhalt I (Teich-Jerbis) konnte seine Mitgliederzahl von 3768 auf 6750 steigern; die Zunahme beträgt also 982. Das Volksblatt für Anhalt hat über 14000 Abonnenten. 51 öffentliche Agitationsversammlungen wurden abgehalten; ferner fanden 154 Mitglieder- und Parteiverfassungen statt. In einigen Landorten müssen die Mitglieder- und Parteiverfassungen immer noch in der Wohnung eines Genossen abgehalten werden, da uns in diesen Orten die Lokale zur Abhaltung von Versammlungen verweigert werden. Der Kassensbericht der Kreisfasse bilanziert in Einnahmen und Ausgaben mit 21 821,15 M. Die Sterbeunterstützungsvereinsvereine zählte im Berichtsjahre 4435 Mitglieder. In die Hinterbliebenen von 32 verstorbenen Parteigenossen wurden je 100 M., insgesamt 3200 M. gezahlt. Seit dem Bestehen der Vereinigung (1. April 1910) wurden insgesamt 15 542,28 M. ausgezahlt. Vom 1. April 1913 ab wird für die Sterbefasse ein Monatsbeitrag von 10 Pf. erhoben.

Dem Bericht der Bezirkskommission für die obere Rheinprovinz entnehmen wir folgende allgemein interessierende Angaben: Am 31. März 1914 waren im Bezirk 15 440 männliche und 1901 weibliche, zusammen 17 341 Mitglieder vorhanden. Rechnet man die 707 Mitglieder der beiden Wahlkreise Otzweiler-St. Wendel und Saarbrücken ab, da das Saargebiet dem Bezirk erst im Laufe des Berichtsjahres angegliedert wurde, so ergibt sich eine Mitgliederzahl von 16 634. Der Agitationsbezirk umfaßt 20 Wahlkreise und das Fürstentum Völklingen. Die Abonnentenzahl der „Arbeiter-Jugend“ stieg von 1571 auf 1776. Der Fortschritt über das Erfurter Programm mit 12 Vorträgen, der in 11 Orten des Bezirks eingerichtet wurde, war durchweg gut besucht. Die kommunalpolitische Tätigkeit ist infolge der Hebermacht des Alkalisimus im Bezirk außerordentlich erschwert. In drei Städten des Agitationsbezirkles haben wir 10 Stadtverbände und in 10 Gemeinden 21 Gemeinderatsmitglieder. Das Parteiorgan für den Bezirk, die „Rheinische Zeitung“, hat hauptsächlich infolge der Agitation in der Roten Woche, die 1300 neue Abonnenten brachte, beträchtlichen Leserzuwachs zu verzeichnen. Die Wochenausgabe der „Rheinischen Zeitung“ ging mit dem 1. April ein. An ihrer Stelle wird jetzt eine monatlich erscheinende Agitationschrift „Der Säemann“ herausgegeben. Der Volkskalender wurde wieder in vielen Exemplaren verbreitet. Die Gesamtzählungen im Bezirk belaufen sich auf 119 407,13 M.; davon wurden 9837,20 M. an die Bezirksfasse, 10 422,10 M. an den Parteivorstand abgeführt.

Der sozialdemokratische Verein für Mecklenburg-Vorpommern hat seine Mitgliederzahl von 1068 auf 1902 im letzten Geschäftsjahre gesteigert, der Zuwachs entfällt aber allein auf die

Genossinnen. Gemeinlich organisiert sind in seinem Bezirk 2740 Personen, so daß also das Verhältnis zwischen den gewerkschaftlich und den politischen Organisierten nicht gar so sehr differiert, wenn es auch noch besser sein könnte. Das Parteiblatt wird in 653 Exemplaren gelesen. Es hat seine Auflage im Kreise gesteigert, wird aber noch lange nicht genügend beachtet. Nur der Agitationserfolg der Roten Woche hat einem Rückgang vorgebeugt. In 10 Gemeinderatswahlen beteiligte sich die Organisation, dabei mit Erfolg in drei Fällen. Sie gewann dadurch 8 neue Gemeinderatsmitglieder. Flugschriften und Tracts wurden 41 700 verbreitet.

Auf der Kreisversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Lennep-Remscheid-Neumann, die am Sonntag in Remscheid stattfand und von 100 Delegierten besucht war, wurde berichtet, daß die Kreisorganisation im letzten Geschäftsjahre ihre Mitgliederzahl von 3651 auf 4656, also um 1007 gesteigert hat. In der Roten Woche wurden allein 1002 neue Mitglieder gewonnen. Der Zugang im ganzen Jahre betrug 1768, der Abgang 1061. Der große Abgang ist fast ausschließlich auf die wirtschaftliche Depression zurückzuführen. Unter den 4656 Mitgliedern befinden sich 802 weibliche. Im Berichtsjahre wurden 289 Versammlungen abgehalten, darunter 106 öffentliche, 175 Mitglieder- und 8 Frauenversammlungen. Es gelangten 31 Flugblätter in einer Auflage von 388 800 Exemplaren und 5 Broschüren in 20 200 Exemplaren zur Verbreitung. Im ganzen Kreise sind jetzt 48 sozialdemokratische Gemeinderatsmitglieder vorhanden gegen 51 im Vorjahre. Der Kassensbericht wies bei einer Einnahme von 36 932,12 M. und einer Ausgabe von 35 707,60 M. einen Bestand von 1224,52 M. auf. Die Konferenz beschloß einstimmig über den Antrag: „Zur Förderung der Bildungsarbeit und Jugendbewegung soll ein einmaliger Extrabeitrag von 1,20 M. pro Mitglied erhoben werden“, eine Erhebung im Kreis vorzunehmen zu lassen. Der niederrheinische Bezirksparteitag soll durch 10 und der deutsche Parteitag durch 3 Delegierte besetzt werden. Die Konferenz erklärte sich mit den Vorschlägen der Kreisleitung einverstanden, monach am 30. August ex. in Korb- eine große Laffaffelfeier stattfinden soll aus Anlaß der 50jährigen Wiederkehr des Todesjahres Ferdinand Lassalles.

Ueber den Stand der politischen Entwicklung im 16. sächsischen Kreise unterrichtet der soeben erschienene Geschäfts- und Kassensbericht des sozialdemokratischen Reichstagswahlkreises (Chemnitz). Die Mitgliederzahl erhöhte sich im Berichtsjahre von 18 408 auf 20 380; darunter befanden sich 3446 weibliche Mitglieder, deren es vor Jahresfrist erst 2201 waren. Es beträgt die Zunahme also rund 4000! Der intensiven Agitations- und Organisationsarbeit der Genossen in der Roten Woche ist der Hauptanteil an diesem schönen Erfolg zu danken. Vor zehn Jahren zählte die politische Organisation des Kreises erst 2976 Mitglieder. Dem erfreulichen Wachstum der Organisation entsprechend ist auch die finanzielle Leistungsfähigkeit gewachsen. Die Einnahme aus Mitgliederbeiträgen, die 1903 4506 M. betrug, zeigt heute die Summe von 79 148,10 M. Ueber zufriedensstellende Ergebnisse berichtet auch das Chemnitzer Parteiorgan, die „Goldschmiede“, deren Einnahmen in allen Geschäftszweigen gestiegen sind. Der Verlag hat ein Nachbargrundstück, eine Parzelle, gekauft, um sich Betriebsverweigerungsmöglichkeiten zu schaffen. Hier hat die Zentralkasse und das Jugendheim würdige Räume erhalten, die in den nächsten Tagen ihrer Bestimmung übergeben werden sollen.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Der verhängnisvolle Druckfehler.

Das Landgericht Halle hatte im Februar d. J. einen Amts- vornehmer von der Anklage der Körperverletzung, begangen an einem politischen Arbeiter, freigesprochen, obgleich der Staatsanwalt gegen den Angeklagten 300 M. Geldstrafe beantragt hatte. In der Begründung des freisprechenden Urteils hatte das Gericht mit peinlicher Sorgfalt alle Momente erwogen, die zugunsten des Anklagten sprechen konnten. Unser Gärlicher Parteiblatt hatte hier-

über berichtet und am Schluß gesagt, daß in einem umgekehrten Falle einem Arbeiter gleich peinlich genau ermägende Richter zu wünschen wären. In der Zeitung war aber in dem fraglichen Schlußsatz eine Stelle des Wortes „für und für“ Richter (also gewissenhafte, peinlich genau ermägende Richter), struppellose Richter zu lesen.

Obgleich sofort eine Richtigstellung erfolgte, wurde Strafentwurf gegen den Verantwortlichen der Gärlicher „Volkszeitung“, Genossen Baumgart, gestellt, der sich am Mittwoch vor dem Landgericht in Gärlich wegen Beleidigung der Halleischen Richter zu verantworten hatte. Der Staatsanwalt beantragte nicht weniger als 1000 M. Geldstrafe, obgleich der Verteidiger überzeugend nachwies, daß der Angeklagte in keinem Fall einem Arbeiter habe „gewissenhafte“ Richter wünschen können, also nur ein bedauerlicher Druckfehler vorliege, wie er in jeder Zeitung sich einmal einschleiche. Das Gericht erkannte auf 300 M. Geldstrafe.

## Jugendbewegung.

### Die Geister, die sie rufen . . .

Die patriotische Jugendbewegung mit ihrem militärischen Drill verursacht jetzt schon bei den Gegnern der proletarischen Jugendbewegung ganz erhebliches Magenruhen. Zuerst traten die Handwerkermeister gegen die meist überaus großen Strapazen bei den „Schlachtfeldern“ der patriotischen Jugendbewegung auf, weil ihre Lehrlinge, soweit sie daran teilnahmen, an den Tagen nach solchen Übungen einfach untüchtig zur Arbeit waren und dabei einschleiften. Zu ihnen gesellte sich jetzt die Kirche. So schreibt ein katholisches oberhessisches Blatt aus Hagen:

(Das „Nachtgebet“ der Pfadfinder.) Die nächtlichen „Nebungs- märche“, „Gefechte“ und sonstigen „Schauspiele“ nach militärischer Art“ scheinen sich bei den Pfadfindern immer mehr einzubürgern. Erst im vergangenen Jahre hatten wir Gelegenheit, zu beobachten, wie Pfadfinder an einem Sonntagmorgen 6 Uhr von einem bei Rathesdorf abgehaltenen Bivoual heimkehrten, in einer Zeit, als die Straße bereits mit Kirchgängern gefüllt war. Trotz des gegen diese Unsitte öffentlich erhobenen Protestes haben die „Nebungs-“ in den Sonntagmorgen nicht nachgelassen, obwohl es den Führern der Pfadfinderabteilungen bekannt sein mußte, daß dergleichen Veranstaltungen in den Sonntagmorgen geeignet sind, die Kinder von Kirchenbesuch fernzuhalten und sie dadurch an der Ausübung ihrer religiösen Pflichten zu hindern. Eine solche Nachübung fand auch in der Nacht zum letzten Sonntag statt. Die Kinder marschierten von hier aus über Rathesdorf, Sobnihe, Rathesdorf, Freiwitz, Chudow nach Kunjendorf und dann dieselbe Strecke wieder nach Hagen zurück, wo sie nach 4 Uhr morgens antrafen. Außer dem langen Dauer- marsch wurden unterwegs noch „Gefechtsübungen“ vorgenommen. Auch Gleiwitzer Pfadfinder sollen sich dem „Trupp“ angeschlossen haben; durch Gesang und Spiel der Trommeln und Pfeifen, so heißt es in dem Bericht, verging die Nacht schnell. Jawohl, aber auch der Sonntagvormittag verging durch Schlaf und die Müdigkeit der Kinder noch schneller, und es wäre interessant zu hören, wieviel jener Pfadfinder, soweit sie Kinder katholischer Eltern sind, den Gottesdienst mit gebührender Andacht oder überhaupt demselben beigewohnt haben. Im übrigen sind aber auch solche „Nebungen“ durchaus unmilitärisch, denn niemand wird etwa behaupten wollen, daß dergleichen Geländebummeln in den Sonntagmorgen bei Friedenszeiten vorgenommen werden.

Die Sorge um die Gesundheit der Jugend liegt den Handwerkermeistern und der Kirche weniger am Herzen, als das Schwänzen des Kirchenbesuches und die ungenügende Ausbeutung der Arbeitskraft. Deshalb machen beide Front gegen die Auswüchse der patriotischen Jugendbewegung. Tatsächlich ist aber die bloße Kriegsspielerei nicht allein vom kulturellen, sondern auch vom militärischen Standpunkt aus ein großer Unfug.

# Loden-Kleidung

zu enorm billigen Preisen



**Loden - Pelerinen 750**  
für Herren und Damen, grau und oliv „Imprägniert“, 120 bis 150 cm lang

**Loden - Pelerinen 450**  
für Knaben u. Mädchen, grau und oliv „Imprägniert“, 70 cm lang . . .

**Bozener Loden- Mäntel 1250**  
grau und oliv „Imprägniert“ . . . . .

**Touristen-Anzüge 1800**  
grünlicher Loden, Faltenjoppe und kurze Hose . . . . .

**Falten - Joppen 500**  
grünlicher Loden — mit Gurt

**Sport-Mützen . . . . . 55 Pf.**

Loden-Hüte, Gamaschen, Sporthemden, Rucksäcke

**Manschest.-Touristen- Anzüge 2400**  
Falt-Joppe u kurze Hose, prakt. Farb.

**Gummi-Mäntel 1250**  
echt englisch (Gingie), modelfarbe, hochgeschlossen . . . . .

# BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung  
Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Straße 20 Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10

Pfingstsonntag geschlossen. □ Pfingstmontag von 8-10 geöffnet.

Achten Sie nur auf blau-weiße Firmenschilder !!!

## KREDIT-FEDER

Zentrale Norden:  
**Brunnenstrasse 1, Eingang Weinbergsweg 28**

Filiale Osten: Frankfurter Allee 89  
Ecke Mühlener Strasse

Filiale Süden: Kothluser Damm 103  
an der Kottbuser Brücke

Filiale Westen: Charlottenburg  
Scharrenstrasse 5.

Endet von heute ab in allen 4 Geschäften ein

### grosser Pfingstverkauf

zu enorm billigen Preisen mit ganz kleiner Anzahlung statt, und sollte ein jeder die ihm gebotenen Vorteile wahrnehmen. Ausserdem erhalten neue Kunden sofort nach gezahlem Einkauf in Höhe von mindestens 40 Mark und bei Vorlegung dieses Insrats eine

**Gutschrift von 5 Mark**

Anzüge	Auswahl wie im allerersten Spezialgeschäft!	Kostüme
Paletots		Kleider
Ulster		Blusen
Gummi-Mäntel	Spezial-Abteilung: Möbel und Polsterwaren Kompl. Wohnungs-Einrichtungen	Röcke
Jüngl.-Garderobe Knaben-Garderobe		Wäsche

Damenhüte, Stangenreihler, Paradiesreihler  
Schuhwaren für Damen, Herren u. Kinder

# PREISWERTE MODE-SPANGEN-SCHUHE

Das Entzücken der Damenwelt!  
Kreuzspangenschuhe für die Strasse

Lack mit farbigem Chevreauaufsatz .....	8 <sup>90</sup>	Weiss Leinen .....	6 <sup>90</sup>
Modebraun Chevreau .....	7 <sup>90</sup>	4-Spangenschuhe in f. Chromlack	8 <sup>90</sup>
Champagnerfarbig Chevreau ..	6 <sup>90</sup>	3-Spangenschuhe edel Chevr., mode- braun m. Lederabs.	9 <sup>75</sup>
„Lavallière“ der aparte Mode-Spangenschuh!		In ff. Chromlack, beige, grau, oliv Chevreau .....	12 <sup>50</sup>

## Conrad Tack & Cie. A.-G. Schuhfabrik, Burg b. Magdbg.

144 Verkaufsstellen im Reiche;  
davon 21 in Berlin u. Umgebung:

C. Spittelmarkt 15 (Tollhaus)  
C. Rosenhauer Strasse 14  
W. Potsdamer Strasse 50  
W. Schillstrasse 16

NW. Turmstrasse 41  
NW. Wilancker Strasse 22  
NW. Deusselstrasse 29  
N. Friedrichstrasse 127

N. Mollerstrasse 3  
N. Reinickendorfer Str. 23  
N. Brunnenstrasse nur 37  
N. Danziger Strasse 1

O. Androssstrasse nur 50  
O. Frankfurter Allee 125  
SO. Oranienstrasse 2a  
SO. Oranienstrasse 32

SO. Wrangelstrasse 49  
SW. Friedrichstr. 240-241  
Charlottenburg: nur Wil-  
mersdorfer Str. 122-123

Neukölln:  
Bergstrasse 50-51  
Potsdam: Brandenburger  
Strasse nur 54



Erstklassig-  
**„Unsere  
Marine“**  
Beste 2 Pfg  
Cigarette

PAUL SCHMIDT

### Günstiges Pfingst-Angebot!

**Reste** in Konfektions-Stoffen, wie:  
Garbardine, Tuche, Molree-  
Velours, Taft, Liberty etc.

### Fertige Konfektion

Kostüme, Staubmäntel in Gummitulle u. Popeline  
Seiden-Paletots, Jackett- u. Blusen-Fasson

verkauft von heute an zu  
**aussergewöhnlich billigen Preisen!**

**C. Pelz, Kottbuser Strasse 5**

**Abessinier Brunnen**  
zum Selbstausstellen für 3 m  
Tiefe (schon von 12 Mark an)  
Goldpumpen, Garzen- u.  
Trudpumpen usw.  
5 Jahre Garantie.  
Multieste Preisliste gratis.  
**Koblanck & Co.,**  
Pumpenfabrik, Berlin N.  
Reinickendorfer Strasse 93.

### Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Annahme.

**Zentrum:** Albert Dähnisch, Adlerstr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 11-1<sup>1/2</sup> und von 4<sup>1/2</sup>-7 Uhr.  
**1. Wahlkreis:** S. und SW.: Gustav Schmidt, Bismarckstr. 42, an der Oranienaustrasse. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.  
**2. Wahlkreis:** St. Friedrich, Oranienstr. 31, Hof rechts past. Geöffnet von 11-1<sup>1/2</sup> und von 4<sup>1/2</sup>-7 Uhr.  
**3. Wahlkreis:** O. Ost: Robert Bengels, Markstr. 36. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr. — Petersburgerplatz 4 (Laden). Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.  
**4. Wahlkreis:** Südosten: Paul Böhm, Laufferplatz 14/15. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.  
**5. Wahlkreis:** Leo Buch, Annamuelstr. 12 (Hof). Geöffnet von 11-1<sup>1/2</sup> und von 4<sup>1/2</sup>-7 Uhr.  
**6. Wahlkreis (Moabit):** Solomon Joseph, Wilhelmshagenstr. 49. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.  
**Wedding:** J. Döhnisch, Müllerstr. 34a, Ecke Kirechter Str., Laden. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.  
**Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt:** H. Bolgast, Wallstrasse 9. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.  
**Gesundbrunnen:** Fischer, Wallstr. 6, Laden. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.  
**Schönhäuser Vorstadt:** Karl Marx, Breitenhagenstr. 22. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.  
**Adlershof:** Karl Schwarzkopf, Bismarckstr. 28. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.  
**Alt-Glienke:** Wilhelm Dörre, Köpenicker Str. 8.  
**Baumschulenweg:** G. Horwig, Marienhaler Str. 13, I.  
**Bernau, Röntgenal., Zepernick, Schönau, Schönbrück und Buch:** Helmuth Bröde, Wühlstr. 3, Laden.  
**Bohnsdorf, Falkenberg und Falkenhorst:** Paul Genjch, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies“.  
**Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Seidenheimer Str. 1. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.  
**Elchwalde, Schmöckwitz:** Oskar Nadie, Bismarckstr. 4.  
**Erkner, Neu-Zittau:** Emil Zwang, Schornweberstr. 10.  
**Friedersdorf-Petershagen, Eggersdorf:** E. Döselbarth, Petershagen.  
**Friedenau, Steglitz, Südende, Groß-Lichterfelde, Lankwitz:** G. Steiner, Alenstr. 3 in Steglitz. Geöffnet von 11-1<sup>1/2</sup> und von 4<sup>1/2</sup>-7 Uhr.  
**Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck:** Ernst Werkmann, Friedrichshagen, Köpenicker Strasse 18.  
**Grünau:** Franz Klein, Friedrichstr. 10.  
**Johannisthal, Rudow:** Max Gonschur, Pachtstr. 6.  
**Karlshorst:** Richard Rüter, Köpenicker Str. 9, II.  
**Königs-Wusterhausen, Wildau, Niederlehme:** Friedrich Baumann, Bohnsdorfstr. 2, Eingang Borsdorfer Strasse.

**Köpenick:** Emil Böhler, Kiefernstr. 6, Laden. Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.  
**Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen:** Otto Seiffel, Wartenbergstr. 1 (Laden). Geöffnet von 8<sup>1/2</sup>-2 und von 4<sup>1/2</sup>-7 Uhr.  
**Mahlsdorf, Kanisdorf, Biesdorf:** F. Oebberg, Sandberg, Herblindstr. 17.  
**Mariendorf:** August Seip, Gaussestr. 29.  
**Marienfelde:** Emil Weiser, Berliner Str. 114 II.  
**Neuenhagen, Hoppegarten:** E. Rachen, Wolterstr. 31.  
**Neukölln:** W. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden. Geöffnet von 9-1 und von 4-7 Uhr; Neufeldstr. 10, Hof, Siegfriedstr. 29/30. Geöffnet von 7-1 und von 4-7 Uhr.  
**Nieder-Schöneweide:** Wilhelm Haruh, Wüdenstr. 10, II.  
**Nowawes:** Wilhelm Jappe, Luthenstr. 2.  
**Ober-Schöneweide:** Alfred Bader, Wilhelmminnenhofstr. 17, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.  
**Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg:** Hermann, Wühlstr. 30. Geöffnet von 11-1<sup>1/2</sup> und von 4<sup>1/2</sup>-7 Uhr.  
**Reinickendorf - Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:** W. Gersch, Froyingstr. 56, Laden. Geöffnet von 11-1<sup>1/2</sup> u. 4<sup>1/2</sup>-7 Uhr.  
**Rummelsburg, Boxhagen, Stralau:** H. Rosenkrantz, Wühlstr. 50. Geöffnet von 11-1<sup>1/2</sup> und von 4<sup>1/2</sup>-7 Uhr.  
**Schenckendorf b. Köpenick, Borsdorf:** Eduard Dähnisch, Dorfstr. 10.  
**Schöneberg:** Wilhelm Baumler, Karlsruher Str. 69, im Laden. Geöffnet von 9-2 und von 4-7 Uhr.  
**Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen:** Köppen, Breiterstr. 64. Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.  
**Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West:** Paul Kiene II, Borsigwalde, Bismarckstr. 10. Geöffnet von 11-1<sup>1/2</sup> u. von 4<sup>1/2</sup>-7 Uhr.  
**Teltow:** Wilhelm Gonschur, Teltow, Berliner Str. 16.  
**Tempelhof:** Joh. Krohn, Bornstr. 62.  
**Treptow:** Rob. Gramenz, Kiehlstr. 412, Laden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.  
**Weißensee, Heinersdorf:** R. F. Hermann, Seidenstr. 105, past. Geöffnet von 11-1<sup>1/2</sup> und von 4<sup>1/2</sup>-7 Uhr.  
**Wilmsdorf, Halensee, Schmargendorf:** Paul Schubert, Wilhelmstr. 17.  
**Zehlendorf, Hiersdorf:** Ernst Dätig, Zeulhen, Wiersdorfer Str. 14.

Alle Portalliteratur sowie alle wochenhellen Werke werden geliefert.  
Sonntags sind die Ausgabestellen geschlossen.

**Otto Plehl**  
Berlin N.

Kompl. Küche von 48-180 M.  
Wohnzimmer von 265 M. an  
Eig. Schlafzimm. von 295 M. an

**Wohnungs-Einrichtung** **230 M. an**

Speisezimmer von 320 M. an  
Garnituren 100-350 Mark  
Umbausola von 52 Mark an

**Otto Plehl Möbel-Magazin**  
Brunnenstrasse 120

Teilzahl. jedem Kein Kredithaus

**Möbel**  
Brautleuten Vorzugsloofferten

5% Extra-Rabatt auf kompl. Zimmer



Vorortnachrichten.

Wilmerdorf.

Ueber die Reorganisation der Partei in Groß-Berlin referierte in einer im großen Saal des Viktoriaparkes stattgefundenen Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Fritz Zuberl. Redner meinte, die Organisationsfrage sei die wichtigste Frage in der Partei. Mit dem Wachsen derselben habe sich im Laufe der Zeit die Organisation den neuen Verhältnissen anpassen müssen. So sei gerade in Groß-Berlin durch die Zunahme der Mitglieder die Organisation komplizierter geworden. Hier treten Schwierigkeiten besonders noch dadurch in die Erscheinung, daß acht Reichstags- und 18 Landtagswahlkreise vorhanden seien, deren Grenzen sich nicht decken, ein Zustand, der Veranlassung zu Grenzstreitigkeiten geben könne. Zu wünschen sei, daß die Zahl der Wahlkreise mehr als bisher zu größeren zusammengelegt und dann auf ihnen gute Vorträge gehalten werden. Im Wahlkreise Teltow-Deslow-Charlottenburg beständen eine Reihe kleinerer Wahlkreise, die alsdann eine große Selbstständigkeit erlangt haben; trotzdem seien von denselben selten neue Gedanken angeregt worden. Jetzt werde über Bureaufreimachung in der Partei gesprochen; so schäme man es nicht, sich an Organisationsleben zu beteiligen und wenn nötig, Vorschläge zu einer Reorganisation zu machen. Von Neukölln komme ein Vorschlag, der zwar annehmbar, leider in diesem Jahre nicht mehr durchzuführen sei. Der Vorschlag, einen großen Bezirkswahlverein zu bilden, der in selbständige Abteilungen zerfällt, könne nicht durchgeführt werden, ohne daß der Partei dazu Stellung genommen werde. Ein anderer Vorschlag gehe dahin, die Landtagswahlkreise für die Einweisung zugrunde zu legen. Redner schlägt nun vor, die Einrichtung von Abteilungen vorzunehmen, deren Vorsitzender gleichzeitig Mitglied des Zentralvorstandes sei; alle Fragen müßten gleichmäßig in den Abteilungsversammlungen erledigt werden. Dadurch werde eine regere Mitarbeit der Parteigenossen erzielt.

In der Diskussion vertrat Genosse Schild die Meinung, daß das Mittelglied besser auszubauen sei. In der jetzigen Fassung wiederhole es bloß längst Bekanntes, auch bekämen es die Jahlabendichter viel zu spät, um sich auf den Jahlabend vorbereiten zu können. Einmal Bureaufreimachung trete heute dadurch zutage, daß die Flugblätter schematisch geschrieben und vorbereitet würden. Genosse Schneider meinte, deshalb, weil im Vorjahre die Mitglieder der Stellung zur Massenfrage genommen hätten, seien sie in der Verbandsgeneralversammlung gerüffelt worden. Der Jahlabend sei die Grundlage der Organisation, er müsse nur besser ausgebaut werden. Gerade im kleinen Kreise trauten sich die Genossen auch rednerisch Anteil am Leben der Partei zu nehmen. Genosse Herzog machte den Vorschlag, diejenigen Genossen, die sich beharrlich weigern, Parteiarbeiten zu verrichten, aus der Partei auszuschließen.

In seinem Schlußwort befürwortete Genosse Jüdel die Zusammenlegung von drei bis vier Jahlabenden, um dann auch den Mitgliedern etwas bieten zu können.

Als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Jadian, Goddau, Schneider und Fuhrmann gewählt. Als Delegierte zur Verbandsgeneralversammlung fungieren die Genossen Jodian, Vötter, Hinrichsen und Anna Schwall.

Ein Antrag, den Ertrabeitrag von 5 auf 10 Pf. zu erhöhen, wurde nach kurzer Diskussion gegen eine Stimme angenommen.

Charlottenburg.

Bau eines Pavillons für spezialärztliche Behandlung im Krankenhaus Wehr. Der Magistrat unterbreitet den Stadtvorordneten den Entwurf für den Bau eines Pavillons für spezialärztliche Behandlung auf dem Krankenhaus in Bestend. In diesem Gebäude, dessen Errichtung sich als ein dringendes Bedürfnis herausgestellt hat, sollen Kranke, die im Krankenhaus wegen eines inneren oder äußeren Leidens stationär behandelt werden, in solchen Fällen, in denen neben der Behandlung des Hauptleidens die Zuspäunahme eines Spezialarztes erforderlich wird, die für sie zureichende Behandlung finden. Es kommen hierfür in Frage: Augenranke, Ohren-, Hals- und Nasenranke, Zahnranke und solche Kranke, die mit Malignum und Nierentiefenbestrahlungen behandelt werden müssen. Außerdem sind Räume vorgesehen für gymnastische Übungen an Turngeräten und mechanischen Apparaten zu Behandlungen nach Unfallsverletzungen, Gelenkerkrankungen und anderen Störungen des Bewegungsapparates; hier sollen nicht nur Kranke der stationären Abteilungen behandelt werden, sondern auch bereits

wieder in ihre Wohnung entlassene Rekonvaleszenten. Die gesamten Kosten betragen 336 000 M., die aus Anleihemitteln zur Verfügung stehen.

Röpenitz.

Selbstmord eines Kriegsveteranen. Der in der Dammvorstadt wohnhafte 77 Jahre alte Kriegsveteran A. wurde vorgestern in seiner Wohnung erhängt aufgefunden. Ob A. die Tat in einem Anfall von Geistesverwirrung oder aus einem anderen Grunde verübt hat, konnte mit Sicherheit nicht festgestellt werden.

Zehlendorf (Wanneseebahn).

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins beschloß, den Lichtbildervortrag „Aus russischen Kerkern“ in nächster Zeit auch am hiesigen Ort vorzuführen zu lassen. Ferner sollen im kommenden Winter vom Bildungsausschuß zwei belehrende Vorträge und zwei Kunst- resp. Unterhaltungsabende veranstaltet werden. Zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Hoffmann und Schmidt delegiert. In der nächsten Mitgliederversammlung am 23. Juni wird der Genosse Wiede seinen Vortrag „Klassenkämpfe in Deutschland“, der wegen des schlechten Wetters ausfallen mußte, halten. Die Parteigenossen werden schon jetzt ersucht, für besseren Besuch der Parteiveranstaltungen Sorge zu tragen.

Neukölln.

Mittwoch, den 3. Juni: Spielen im Treptower Park. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr am Wildenbruchplatz (Hauptweg). Um zahlreiche Beteiligung ersucht. Der Spielausschuß.

Tempelhof.

Aus der Gemeindevetretung. Von der Baukommission wurde beantragt, den Grundpfuhl zuzuschütten. Es soll an dieser Stelle ein Spiel- oder Schmutzplatz geschaffen werden. Der Grundpfuhl wurde bisher zur Entwässerung der Dorf- und Reinhardtstraße benutzt, in Zukunft soll diesem Zweck der Lehneseiche dienen. Inklusiv Vorpostkosten soll die gesamte Umänderung 10 000 M. erfordern, welche Summe dem Fonds zum Ausbau alter Ortstrassen entnommen wird. Der Antrag gelangte zur Annahme. — Der Ausbau der Blumenthal- und Berderstraße vom Friedensplatz einschließlich bis zum Grundpfuhl der Kumpstation wurde einstimmig beschlossen. Die Straße soll mit Kleinsteinpflaster auf Beton versehen werden, welches sich in der Dorf- und Schönburgstraße gut bewährt hat. Die Grünanlage am Friedensplatz soll um 6 Meter breiter werden. Die Fahrbreite der Straße, welche jetzt 10 Meter beträgt, wird auf 7 Meter verringert, so daß die an sich schmalen Bürgersteige je 1 1/2 Meter breiter werden. Die alten Bäume der Straße bleiben erhalten. — Zu den Kosten des besseren Ausbaus der Albrechtstraße (östliche Seite) und Dorfstraße zwischen Mantel- und Schönburgstraße werden die Anlieger zu 50 Proz. der Gesamtkosten herangezogen. Diese betragen in der Albrechtstraße pro laufenden Meter 30,12 M., in der Dorfstraße 52,20 M. — Der Gemeindevorstand setzt sich nun zusammen aus dem Gemeindevorsteher und den Schöffen, einem protestantischen und einem katholischen Geistlichen, einem von der Gemeinde zu bestimmenden Generalvormund und sechs Bezirksverwaltern, zu deren Unterstützung zwei weibliche Waisenpflegerinnen gewählt wurden. Es werden demnach sechs Bezirke mit je einem Waisenrat eingerichtet. Auch Genosse Wanzel wurde zum Waisenrat gewählt. — Mit der Hochbahn-Omnibusbeförderung m. B. G. soll ein Vertrag geschlossen werden über Einrichtung der Linie A nach dem Tempelhofer Felde. Von der Gemeinde resp. der Tempelhofer-Feld-Gesellschaft ist ein Zuschuß von 35 000 M. zu zahlen, wenn sich das Anlagekapital der ganzen Linie A nicht mit 5 Proz. verzinst. Genosse Müller kritisierte den Vertrag und verlangte weitere Verhandlungen, damit die Linie A bis Alt-Tempelhof, wenigstens während der verkehrsreichen Stunden weitergeführt wird. Der 35 000-M. Zuschuß zeige, daß hier ein Interesse der Tempelhofer-Feld-Gesellschaft vorliege. Die Gemeinde habe aber nicht im Interesse dieser Gesellschaft, sondern so zu handeln, daß mehr Gelegenheit für den ganzen Ort geschaffen werde. Selbst von bürgerlicher Seite wurde gegeben, daß im alten Ortsteil eine Verkehrsalamität besteht. Der Bürgermeister erklärte, alles getan zu haben, um die Linie weiter zu führen; mit der Bebauung des Feldes würden sich später auch die Verkehrsverhältnisse ändern; im übrigen müsse für den neuen Ortsteil ebenso gesorgt werden, wie für den alten. Der Vertrag wurde angenommen. — Die Errichtung eines Gymnasiums mit Vorstufe auf dem Tempelhofer Felde rief eine lebhafteste Debatte hervor. Zum 1. April 1915 sollen vorläufig in provisorischen Bauten die drei Vorklasssen und die Sexta und Quinta eröffnet werden. Um die Sexten des Reformrealgymnasiums

zu entlasten, welche je 50 und 51 Schüler haben, soll eine dritte Sexta in den Räumen des Reformrealgymnasiums nach dem Lehrplan des humanistischen Gymnasiums eingerichtet und diese Sexta Ostern 1915 nach dem Tempelhofer Felde verlegt werden. Bis zur Einrichtung dieser humanistischen Sexta wird in Latein Erziehung unterrichtet. Die erforderlichen Kosten zum Bau der Baracken werden 50—60 000 M. betragen, welche Summe die Tempelhofer-Feld-Gesellschaft auf zwei Jahre zinsfrei leiht. Genosse Franz stellte den interessanten Unterchied fest, der darin liegt, daß man für 236 Volksschüler im Industrieviertel keine Schule errichten wollte, für die 70 in Betracht kommenden Schüler des Tempelhofer Feldes dagegen sofort eine provisorische Schule baue. Mit denselben Gründen, wie damals die bürgerlichen Vertreter die Volksschule abgelehnt haben, werden heute seine Freunde die Baracken auf dem Felde ablehnen. Die Vorlage sei vertilgt. Dr. Richter unternahm es, die Vorlage zu verteidigen und ritt eine gar lustige Triade gegen unsere Genossen Franz, indem er zu ihm gewendet sagte, „er verziehe keine Ausführungen insofern, als ja das humanistische Gymnasium sehr schwer zu verstehen sei.“ Große Gerechtigkeit schnellte den Pfeil auf den Schützen selbst zurück. Direktor Gröfel beantragte die Vorlage bis zum nächsten Jahre zurückzustellen, da dann mit einer größeren Anzahl Schüler zu rechnen sei. Er wolle nur die Lehrkräfte für eine dritte Sexta des Reformgymnasiums bewilligen. Schöffe Trennert meinte, man könne die Schule in Mieträumen unterbringen. Der Antrag Gröfel und Trennert wurde abgelehnt, die Gesamtvorlage gegen die sozialdemokratischen und etlichen bürgerlichen Stimmen angenommen. Den Volksschülern des Tempelhofer Feldes soll auf Antrag das Fahrgeld zur Schule zurückerstattet werden. — Einer Umänderung des Pfastervertrages mit der Terraingesellschaft für die Berder- und Goldbühlstraße wurde zugestimmt.

Steglitz.

Gemeindevorwahl. Trotz der wüsten Agitation unserer Gegner endete der Wahlkampf mit der Wiederwahl unserer Genossen Krug und Seimbach. Diese erhielten 1174 resp. 1175 Stimmen, die Gegner 1131 resp. 1156 Stimmen.

Buckow.

In einem skandalösen Zustand befindet sich, namentlich bei der gegenwärtigen Bitterung, das Straßensystem vor der Galtstelle Chausseestraße 50. Trotzdem bereits wiederholt auf diesen Mischstand hingewiesen worden ist, sind noch keinerlei Schritte unternommen worden, um demselben zu steuern. Dabei muß an jener Stelle jeder aussteigende Fahrgast in einen Pfuhl angesammelten Regenwassers treten. Die Spitzen des hiesigen Verschönerungsvereins, die sich gegenwärtig als staatsbehaltende Gedungsfäden eifrig in der Abtreibung des der Arbeiterstadt zur Verfügung gestellten Verschönerungsfonds betätigen, könnten sich ein viel größeres Verdienst bei der Bevölkerung erwerben, wenn sie ihren Einfluß in der Gemeindevetretung auf Beseitigung des oben gerügten Mischstandes geltend machen würden.

Friedenau.

Ueber die Reorganisationsfrage referierte in der gut besuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Zippel. Nach einer Kritik an der heutigen Organisation, empfahl der Redner den vom Genossen Laufen im „Vorwärts“ gemachten Vorschlägen zuzustimmen. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Eine hierauf zur einstimmigen Annahme gelangte Resolution lautet: „Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins Friedenau stimmt im Prinzip den vom Genossen Laufen im „Vorwärts“ gemachten Vorschlägen zur Organisationsfrage zu und beauftragt die Delegierten, auf der Kreis- und Verbandsgeneralversammlung in diesem Sinne zu wirken.“ Nach der hierauf erfolgten Wahl der Delegierten zur Kreis- und Verbandsgeneralversammlung wurde Genosse Großmann als 2. Schriftführer gewählt.

Potsdam.

Längere Arbeitslosigkeit hat den verheirateten Klempner A. now hier in den Tod getrieben.

Lichtenrade.

Der bei Lokomotive eines Vorortzuges warf sich gestern in selbstmörderischer Absicht in der Nähe der Station Rangsdorf ein anscheinend dem Arbeiterstande angehörender Mann. Der Lebensmüde, dessen Personalien nicht zu ermitteln waren, wurde in schwerverletztem Zustande in das Krankenhaus nach Mariendorf gebracht.

Reinhardt's Sommer-Spezialitäten-Theater. Hasenheide 57 und Camphausenstraße 22-24. An den Pfingstfeiertagen: Große Früh- u. Nachmittags-Vorstellung. Anfang der Vorstellung früh 6 Uhr u. nachm. 4 Uhr. Vom 3. Juni ab: Jeden Mittwoch Großes Kinder-Freuden-Fest. Jedes Kind erhält ein Präsent gratis.

Monatsgarderobe. Anzüge, Paletots, sehr wenig getragen, aus den feinsten Maßwerkstätten, direkt Prachtstücke, spottbillig! Rosenthalerstr. 37, Perlinsky, I. Etage, kein Laden. In freien Stunden. Die Wochenchrift für Arbeiterfamilien. Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Der edle Hämorrhoidal-Likör. Ein altes, bewährtes, häusliches Genus- und Hausmittel zur Reinigung des Blutes, zur guten Verdauung und Vermeidung von Verstopfung. In jedem Apotheken-Behälter, besonders bei Personen mit hohem Lebensalter. R. M. 1.— u. 1.50. Otto Reichel, Eisenbahnstraße 4. Telefon-Nr. 4751, 4752, 4753.

Oswald Naefe. Färberei u. Chemische Wäscherei. Fabrik: Britz Rudower Str. 34. Tel.: Nk. 208. Färben und Reinigen von Garderoben, Innendekorationen, Polstermöbeln usw. Gardinen-Wäscherei, Mehan. Teppich-Schüttelwerk. Kul. Bedienung. Bill. Preise. Abholung u. Zustellung kostenlos. Filialen in Neukölln: Bergstr. 74, Bergstr. 151, Saalestraße 7, Kaiser-Friedrich-Str. 248 (Hermannplatz), Kaiser-Friedrich-Str. 82, Kaiser-Friedrich-Str. 193, Münchener Straße 36/37, Ecke Mainzer Straße, Steinmetzstr. 43, Friedelstraße 34, Kneesebeckstr. 119, Ecke Hermannstr., Weserstr. 16, Emserstr. 16/17, Teupitzer Str. 105. Berlin 8: Gräfestr. 82. Schöneberg: Goltzstr. 12, Siedsstr. 1, Akazienstr. 5, Hauptstr. 105.

Announce mitbringen Wert 5 Mark. Announce mitbringen Wert 5 Mark. Grosser Pfingst-Verkauf. Mit 1 Mark Wochenrate erhält jeder reell dankende Kredit. Meine Auswahl ist hervorragend! Meine Preise sind bekannt billig! Meine Bedingungen sind kulant! Ueberzeugung macht wahr! Mit jeder nur annehmbaren Anzahlung Herren-, Damen- u. Kinder-Garderobe darunter besonders billig: 1 Posten Anzüge, Paletots v. M. 25 an, hochmod. 1 Posten Kostüme, Kleider, Sätze, Schuwar. In Spezial-Abteilung: Möbel u. Polsterwaren, kompl. Wohnungsanrichtungen mit Küche v. M. 10, 20, 30 Anr. Hugo Udo Cohn, nur Kolthuser Damm 13, Ecke Schönlindestrasse. Announce mitbringen Wert 5 Mark. Announce mitbringen Wert 5 Mark.

Schau-fenster Carl Zobel Schau-fenster. 121 Köpenicker Str. 121. Eckhaus Michaelkirch-Str. 9-10. Herren-, Jünglings- und Knaben-Bekleidung fertig und nach Maß. Alle Größen, auch für sehr korpulente wie überschlanke Herren, stets reiche Auswahl. Sehr billige, aber feste Preise. Frühjahrs-Neuheiten. Anzüge • Paletots • Ulster M. 18.—, 20.—, 24.—, 27.—, 30.—, 33.—, 36.—, 39.—, 42.—. Werkstätten im Hause. — Ankleidezimmer in jeder Abteilung. Besichtigung meiner Lager ohne Kaufzwang. Gr. Stofflager für Maß-Anfertigung. Staatspreise. Goldene Medaille. Ehrenpreise.

# M. Schulmeister,

Berlin SO, Dresdener Str. 4  
Abteilung mod. Kleidung für junge Herren und Knaben

Hochbahnst.  
Kottbuser Tor  
im Alter von  
2-19 Jahren

Zum Pfingstfest!

Junglings-Anzüge  
in Blau  
von 14 bis 36 M.

Junglings-Anzüge  
in farbig  
von 12 bis 40 M.

Jungl.-Beinkleider  
in modernen Streifen  
von 5 bis 14 M.

Knaben-Stoffanzüge  
in Blau, Schloßform  
von 5 bis 18 M.

Schlupfblusen-Anzüge  
in allen Größen am Lager  
von 6 bis 20 M.

Knaben-Pyjacks  
von 4 M. an

Knaben-Waschanzüge  
Schlupfblusen, von 3 M. an

Knaben-Waschanzüge  
von 450 M. an

Knaben-Hosen  
und Blusen  
von 250 an

Nur eigene Konfektion!

## Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Westen

Erscheint wöchentlich einmal.  
Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

**Bäcker- und Konditoreien**  
Paul Bethge  
Albert Dickow  
C. Friebe  
Otto Heinrich  
H. Langguth  
H. Liebelt  
C. Schmidt  
Wilhelm Schmidt  
H. Schoenherr  
Otto Schülke  
Jacob Simon  
Carl Sprengel  
Wilhelm Thiele  
Uskar Ulbricht  
Hob. Willmsky

**Fleisch- u. Wurstwaren**  
A. Bösenberg  
H. Ehrentraut  
J. Menzel  
Fr. May  
Leo Schmude  
W. Steiner  
M. Traist  
O. Völzke

**Schuhwaren**  
Carl Grieger  
P. Krüger  
Leob. Leeb  
Otto Peters  
J. Teske  
Schuh-Vertrieb

**Charlottenbg.**  
F. Rostmann  
Optiker Brandt  
„Elegant“  
K. Gläser  
H. Gumbel  
Juno-Drogerie  
Gebr. Kiedling  
Leibnitz-Lichtspiele  
H. Schoder  
Optiker Senger  
Usk. Aldag  
Emile Ankam  
W. Becker  
W. Dommenz  
P. Heizermann  
W. Hübner  
Paul Keusch  
E. Krause  
H. Lizke  
G. Mühlenhaupt  
Molk. Reicher  
Afr. Ritter

**Zehlendorf**  
Kaufhaus Wolfenstein  
**Nowawes**  
L. Hildebrand  
Bayerischer u. Potsdamer  
Stangenbier-Brauerei  
J. Matzanke  
**Drogenhaus Becker**  
Adolf Friedrich  
P. Balz  
Beerdigungsanstalt  
R. Lehmann  
Joh. Krane  
A. Kieper  
H. Kühne  
Adolf Richter  
Ad. Thiele  
P. Vetter  
J. Abraham  
Adler-Drogerie  
F. Barkow  
Bochmann  
P. Bothé  
W. Conrady  
H. DeLock  
H. Fuchs

**Nowawes**  
H. Haase  
Otto Holzvoigt  
Ferd. Johl  
Paul Koppe  
Max Martin  
Nord. Konfit.-Haus  
Paul Quandt  
A. Richter  
P. Rösler  
Schilde  
Schlegelmilch  
Robert Spöck  
W. Ziegler  
Wiener Chick  
M. Martin  
F. W. Brose

**Spandau**  
Max Bierwirth  
Fischer  
Schulze-Hoppe  
Möbel-Albrecht  
Paul Gaege  
Willy Kamnik  
Alfred Bartels  
Germ.-Drog.  
Georg Giesler  
Ed. Holtzmann  
E. Schwarzkopf  
B. Stockmann  
Jos. Schrott  
Fr. Rizer  
Erich Mayer  
Aug. Platka  
Hans Wilke  
H. Wienstruck  
G. Wolters

**Beerdigungsanstalt**  
W. Löschner  
Blumen und Kränze  
E. Kallner

**Brauereien**  
W. Adeltung & A. Hoffmann  
Spez. Potsdam-Stangenbier  
Brauerei  
W. Senst a. G.

**Butter und Fleischwaren**  
Otto Thürmann

**Cigarrenhandlungen**  
Gottlieb Ebert  
K. Falkowski  
C. Krakow

**Drogen, Farben und Lacke**  
Apoth. Haase  
Curt Bärmig  
Walt. Geiger  
K. Heldman  
A. Horn  
W. Köppen  
H. Kratz  
Carl Metzke  
Patrizier-Drog.  
F. Schütze

**Eisen-, Stahlwaren**  
E. Fiedler  
P. Ipeodahl

**Grammophone**  
Schrotter, Spandau, Fabrikanten  
Spez. Fahrzeile-Reparatur u. Systeme

**Fourage- und Mehlhandlung**  
F. E. Liefeldt  
W. Pritzkow

**Gelegenheits-Käufe**  
Rud. Platauer

**Herrn- und Knaben-Garderobe**  
G. Richter

**Hüte, Mützen**  
Vereinigte Hut-Compagnie

**Kaufhäuser**  
M. Ludwig

**Kohlen, Koks Briketts**  
Adolf Milda G. m. b. H.

**Kolonialwar.**  
Georg Burow  
O. Huschke  
W. Koker  
Arthur Paulowski  
Benno Rohmeyer  
Georg Schenk

**Lederwaren**  
H. Schreiber

**Molkereien**  
Nord-West  
Molkereiwirtschaft  
Joghurt Spezial-Gesellschaft  
G. Schulze

**Möbel-Magazine und -Fabriken**  
Möbelhaus Hanes  
Friedr. Bürger  
O. Winter

**Seifen**  
J. Harring  
J. Maniasak

**Sprechmaschinen und Schallplatten**  
Charlottenb. Fabrik-Centrale

**Uhren und Goldwaren**  
O. Ausermann  
Otto Ebert  
J. G. Smolla  
Fr. Triest

**Warenhäuser**  
Hugo Deutschland

**Weiß-, Woll-, Trikotagen**  
Kaufh. Alt-Moabit  
O. Haucke  
M. Lewerentz  
Fr. Rost

**Wirtschaften Etablissements.**  
Happold-Bier-Ausschank  
Wilh. Hoeck

**Zahnateliers**  
S. Bokofzer  
M. Jarowski

**Steglitz**  
St. Hubertus-Drogerie  
Max Schröder  
Rud. Brett  
Göhlmann  
Bernh. Hoff  
Emil Krüger  
H. Lüftschwager  
Franz Mey  
Eis.- u. Stahlwar.  
O. Scheer  
Schildhorn-Drog.

**Lankwitz**  
Kaufhaus Max Schlesinger

**Potsdam**  
Gust. Pflügge  
Emil Müller

**Teltow**  
Berl. Kaufhaus  
P. Mackensy  
H. Schmidt